



Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Ausgleich mit Augenmaß Gespräche mit Ernst Breit

Hrsg. von Hans-Otto Hemmer

Mit einem Vorwort von Michael Sommer

Hans-Otto Hemmer war von 1981 bis 2004 Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte und ist Vorsitzender der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Berlin.

Titelfoto:
Manfred Vollmer, Essen

DGB-Protestveranstaltung gegen die geplante Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz in Düsseldorf, 18.12.1985
V.l.n.r.: Hermann Rappe, Hans Mayr, Ernst Breit

IMPRESSUM

© Copyright 2010 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf

Redaktion: Michaela Kuhnhenne

Layout: G. Sylvester, Düsseldorf

Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany 2010
Bestellnummer: 30346

BILDNACHWEISE

S. 4, S. 96, Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdsD der FES, Bonn
S. 6, DGB/Franka Bruns
S. 8, AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
S. 28, Manfred Vollmer, Essen

BEZUGSQUELLE

Setzkasten GmbH
Fax: 0211-408009040
E-Mail: mail@setzkasten.de

Ausgleich mit Augenmaß

Gespräche mit Ernst Breit

Hrsg. von Hans-Otto Hemmer

Mit einem Vorwort von Michael Sommer

5	VORBEMERKUNG
6	VORWORT
7	MEISTER DES AUSGLEICHS Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit
28	DEN LADEN ZUSAMMENHALTEN Gespräche
96	STICHWORTVERZEICHNIS
133	LEBENS LAUF ERNST BREIT



Vorbemerkung

Ernst Breit war von 1982 bis 1990 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es waren schwere Jahre für die deutschen Gewerkschaften – geprägt vom Niedergang der Gemeinwirtschaft, von harten Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit und von der Deutschen Einheit. Das wäre Stoff genug für eine aufschlussreiche Autobiografie, die leider nicht in Aussicht ist.

Der vorliegende Band kann sie natürlich nicht ersetzen. Er bietet drei Bausteine eines Lebensberichts – eine Skizze über den DGB-Vorsitzenden Breit, ein Gespräch mit Ernst Breit über sein Leben und seine Arbeit und ein „Stichwortverzeichnis“ mit Originalzitaten Breits zu relevanten Begriffen.

Alle drei Teile erheben keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sind in dem Wunsch und mit dem Willen entstanden, einen Einblick zu geben in Arbeit und Leben eines politischen Menschen, den man zu den ganz wenigen dieser Spezies zählen kann, die (fast) ganz ohne Eitelkeit ausgekommen sind und auskommen. Das ist zweifellos ein gewisses Handicap für die mediale Wirkung, aber höchst angenehm für den menschlichen Umgang.

Deshalb danke ich an erster Stelle Ernst Breit für die vielen geduldigen Antworten in vielen Stunden des Gesprächs mit ihm. Es wurde nie langweilig, es war herzlich und offen. Dass seine Frau ganz wesentlich zu dieser Atmosphäre beiträgt, möchte ich mit Dank und Respekt ausdrücklich hinzufügen.

Dank schulde ich der Hans-Böckler-Stiftung, die das Projekt möglich gemacht hat, in Sonderheit Michaela Kuhnhenne und Nik Simon, die stets aufgeschlossen und hilfsbereit waren.

Meine Frau hat die mit derartiger Arbeit unweigerlich einhergehende „schöpferische Unordnung“ zum wiederholten Mal nachsichtig hingenommen. Es ist an der Zeit, ihr einmal dafür zu danken.

Hans-Otto Hemmer

Vorwort



Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
Vorsitzender des Vorstands der Hans-Böckler-Stiftung

Im Mittelpunkt des politischen Wirkens von Ernst Breit standen immer die Menschen. Gewerkschaften waren, sind und müssen verlässliche Anwälte der sozialen Gerechtigkeit bleiben. Für Ernst Breit war das gesetzt.

Er übernahm für den DGB in schwieriger Zeit Verantwortung. Als er im Mai 1982 in Berlin zum Vorsitzenden des DGB gewählt wurde, steckte dieser in seiner bis dahin tiefsten Krise, ausgelöst durch den Neue-Heimat-Skandal und im Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft gipfelnd.

Ernst Breit konnte verhindern, dass der DGB, dass die Gewerkschaften existenzbedrohende Schäden erlitten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften waren damals in einer tiefen Vertrauenskrise. Ernst Breit schaffte es, diese Vertrauenskrise zu überwinden. Denn er hatte den unerschütterlichen Willen, den Laden zusammenzuhalten, und die Integrität, diesem Willen Nachdruck zu verleihen.

Das lange Berufsleben Ernst Breits war von Anfang an von gewerkschaftlicher Arbeit geprägt – angefangen nach dem Krieg mit dem schrittweisen Aufbau des

Sozialstaates und der Gewerkschaften. Er hat die Geschichte der Gewerkschaften, und damit die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mitgeschrieben: als Vorsitzender der damaligen Postgewerkschaft, die ich in ver.di führen durfte, als Vorsitzender des DGB, und als Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Mit Willenskraft, Kompromissfähigkeit, Überzeugungskraft und Weitblick, mit dieser idealen Mischung, steuerte Ernst Breit den DGB durch die Achtziger Jahre, durch Jahre der schärfsten politischen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit der Kohl-Regierung, vor allem um den Paragraphen 116 AFG. Unter ungünstigen Vorzeichen vollbrachte er ein gewerkschaftspolitisches Meisterstück, weil sowohl die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, als auch Modelle der Altersteilzeit und der Verminderung der Lebensarbeitszeit durchgesetzt werden konnten.

Gewerkschaften sind das Stärkste, oft auch das Einzige, das die Schwachen haben. Unter diesem Banner sind die Gewerkschaften vor hundertfünfzig Jahren angetreten, und es besteht keinerlei Anlass, das Bemühen um soziale Gerechtigkeit für erledigt zu erklären. „Wer den Klassenkampf von oben übt, wird ihn von unten bekommen“ rief Ernst Breit der damaligen Kohl-Regierung zu. Diese Worte sind aktueller denn je!

Im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung nahm Ernst Breit die internationale Arbeit der Gewerkschaften nicht nur wichtig, sondern er wertete sie enorm auf. Das galt für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften innerhalb Europas und den transatlantischen Dialog ebenso wie für die Kontakte mit den Gewerkschaften in Osteuropa und den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die deutschen Gewerkschaften im DGB sind seit 1949 Einheitsgewerkschaften. Das war eine gute, eine richtige Entscheidung, bei der aus der Geschichte gelernt wurde. Den Laden zusammenhalten – das ist die Maxime Ernst Breits ebenso gewesen wie die seiner Vorgänger und Nachfolger. Es ist die vornehmste Aufgabe eines jeden DGB-Vorsitzenden: Die Einheit der Gewerkschaften zu wahren, sie als Einheit zu stärken und auch zu erneuern – das ist auch heute die größte Herausforderung an den Bund und den Dachverband der Gewerkschaften.

Michael Sommer, Vorsitzender des DGB

Meister des Ausgleichs – Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit



Eines der ganz wenigen Fotos aus der jüngeren Geschichte des DGB, das sich allgemein eingepreßt hat, zeigt den lachenden ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker, der dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit einen Kehrbesen überreicht. Das Foto wurde beim DGB-Kongress von 1982 in Berlin aufgenommen – kurz nach Breits Wahl zum neuen DGB-Vorsitzenden und Nachfolger Heinz Oskar Vettters. Es symbolisiert Klunckers Wunsch und Aufforderung, den Augias-Stall „auszumisten“, zu dem der DGB nach seiner Auffassung durch den Neue-Heimat-Skandal geworden war.

Breit wäre es sicher lieber gewesen, wenn diese Geste unterblieben und das Foto nicht entstanden wäre.¹ Im Unterschied zu seinem Freund Kluncker fehlte ihm die Lust an der Provokation und es war ihm bewusst, dass er, wie alle seine Vorgänger im DGB-Vorsitz, auch in dieser exzeptionellen Lage ein Meister des Ausgleichs würde sein müssen. Ist er es geworden?

1 So sieht es auch Hans-Jürgen Beck, Vorstandssekretär des DGB-Vorsitzenden Breit und langjähriger Vertrauter. Gespräch mit Hans-Jürgen Beck am 15. September 2005 in Düsseldorf. Diesem Gespräch verdanke ich viele Einblicke und Einsichten. Wertvolle Hinweise hat mir das unveröffentlichte Manuskript eines Gesprächs zwischen Max Reinhardt und Ernst Breit am 2.3.2004 in Bonn gegeben.

Erinnerung

Die autobiografische Abstinenz bei führenden Gewerkschaftern der deutschen Gewerkschaftsbewegung seit deren Anfängen im 19. Jahrhundert ist auffallend. Sie ist mit dem Vorrang der Kollektivität, mit der durchweg proletarischen Herkunft auch der Spitzenfunktionäre sowie mit einer spezifischen „Sprachlosigkeit“ zweifellos zutreffend erklärt worden. Schaut man ein bisschen genauer auf die Lebensläufe dieser Gruppe von Gewerkschaftern, erkennt man einen weiteren Grund, der Autobiografien verhinderte: Etliche dieser Männer (es waren durchweg Männer) sind früh und/oder im Amt verstorben. Bei den Vorsitzenden der (frei-)gewerkschaftlichen Bünde trifft das etwa für Carl Legien, für Hans Böckler und Heinz-Werner Meyer zu. Von den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaften gehören Robert Dißmann und Otto Brenner in diese Reihe. Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg hingegen, ein literarisch interessierter und schriftstellerisch begabter Gewerkschafter, lehnte es prinzipiell ab, eine Autobiografie zu verfassen.²

Es gibt also – in mehr als 100 Jahren Gewerkschaftsgeschichte – keine Autobiografie eines Mannes oder einer Frau aus der ersten Reihe – und auch bei den Funktionären der Ränge darunter ist sie, wie die knappe Darstellung des Gründers des ersten Berliner Gewerkschaftshauses und international tätigen Funktionärs Johannes Sassenbach, die Erinnerungen des Bergarbeiterfunktionärs Adam Wolfram oder die voluminöse Lebensgeschichte von Kurt Hirche, dem langjährigen Leiter der Parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB in Bonn, die Ausnahme.³

Eine Art „Notlösung“ stellen die biografischen Darstellungen von Mitstreitern oder Mitarbeitern dar, so Theodor Leiparts Buch über Carl Legien; das von Walter Arendt und Horst Niggemeier betreute Lebensbild August Schmidts oder die von Adolf Mirkes bearbeiteten und herausgegebenen Erinnerungen Josef Simons.⁴ In jüngerer Zeit gibt es auch etliche knappe pu-

2 Zu Ludwig Rosenberg s. Frank Ahland, Ludwig Rosenberg. Jugend, beruflicher Anfang und Emigration (1903-1946), in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), 7/2003, S. 314-401; Hans Dieter Baroth, Jugendtraum: Vorsitzender. Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg, in: GMH 7/2003, S. 402-408.

3 Johann Sassenbach, Erinnerungen. Faksimile, Berlin 1999; Adam Wolfram, Es hat sich gelohnt. Der Lebensweg eines Gewerkschafters, Koblenz 1977; Kurt Hirche, Immer in Bewegung: Lebensweg eines deutschen Sozialisten, 3 Bde., Marburg 1994/95.

4 Theodor Leipart, Carl Legien. Mit einem Vorwort von Heinz Oskar Vetter (Reprint der Ausgabe von 1929), Köln 1981; August Schmidt, Lang war der Weg, Bochum 1958; Adolf Mirkes (Hrsg.), Josef Simon. Schuhmacher, Gewerkschafter, Sozialist mit Ecken und Kanten, Köln 1985.

blizistisch-journalistische Versuche, Leben und Werk von Gewerkschaftern zu würdigen – Beispiele dafür sind Bücher über Walter Freitag, Ludwig Rosenberg, Heinz Oskar Vetter und Klaus Zwickel, auch über Ernst Breit gibt es eine solche Würdigung.⁵

Das Genre der wissenschaftlichen Biografie von führenden Gewerkschaftern begründete Ulrich Borsdorf mit seinem Maßstäbe setzenden Werk über den DGB-Gründungsvorsitzenden Hans Böckler. Ihm folgt die biografische Würdigung des DGB-Vorsitzenden Willi Richter von Gerhard Beier.⁶ Nach diesen Pioniertaten dauerte es geraume Zeit, bis sich die Geschichtswissenschaft der Biografie von Gewerkschaftern erneut verstärkt und mit systematischem Interesse annahm: Inzwischen liegen beachtliche Biografien u. a. zu Carl Legien, Theodor Leipart, Hans Gottfurcht, Otto Brenner und Eugen Loderer vor.⁷ Andere, etwa zu Robert Dißmann, sind in Arbeit.

Einige Gewerkschafter, die nicht selber autobiografisch schreiben wollten oder konnten, haben ausführliche Interviews oder Gespräche mit Autoren geführt, die dann, oft zusammen mit anderen authentischen Texten des Befragten, zu semi-autobiografischen Darstellungen verarbeitet wurden. Der Prototyp dieser Behelfs- oder Zwischenform ist der von Christian Götz erarbeitete Band über den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Ein neueres Beispiel ist der Band „Auf die Wirkung kommt es an“ über den langjährigen ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker.⁸

-
- 5 Hermann Herberts, Walter Freitag. Weg und Wollen eines deutschen Gewerkschafters, Berlin 1954; Dieter Schuster, Ludwig Rosenberg, Freudenstadt 1969; Günther Paschner, Heinz Oskar Vetter. Ein Porträt, Oettingen 1972; Klaus Zwickel/Anton Zuber, Geben und Nehmen. Die Autobiografie, Leipzig 2005; Heli Ihlefeld, Über Ernst Breit, Stuttgart 1983. Ihlefelds Bändchen gebührt in dieser Reihe ein besonderer Rang, es besticht durch sorgfältige Recherche, Detailreichtum, Einfühlsamkeit und behutsames Urteil. Zum Lebensweg Breits bis zu seiner Wahl zum DGB-Vorsitzenden finden sich hier die wichtigsten Informationen.
 - 6 Ulrich Borsdorf, Hans Böckler. Erfahrungen eines Gewerkschafters, 1875 bis 1945, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 2005; inzwischen ergänzt durch: Karl Lauschke, Hans Böckler. Gewerkschaftlicher Neubeginn. 1945 bis 1951, Frankfurt a. M. 2005; Gerhard Beier, Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978.
 - 7 Karl Christian Führer, Carl Legien 1861-1920. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter, Essen 2009; Ulla Plener, Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz – Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), 2 Bde., Berlin 2001; Ursula Bitzegeio, Über Partei- und Landesgrenzen hinaus: Hans Gottfurcht (1896-1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, Bonn 2009; Rainer Kalbitz, Die Ära Otto Brenner in der IG Metall, Frankfurt a. M. 2001 sowie Jens Becker/Harald Jentsch, Otto Brenner. Eine Biografie, 3 Bde., Göttingen 2007; Klaus Kempfer, Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters, Filderstadt 2003.
 - 8 Heinz Oskar Vetter – Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln/Frankfurt a.M. 1977; Hans-Otto Hemmer/Hartmut Simon (Hrsg.), Auf die Wirkung kommt es an. Gespräche mit Heinz Kluncker, Frankfurt a.M. 2000.

Auch Ernst Breit, Jahrgang 1924, DGB-Vorsitzender von 1982 bis 1990, gehört zu den Gewerkschaftern, die keine Autobiografie schreiben wollen, auch keine Elemente dazu. Anders als Kluncker, der gerne über die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst, insbesondere unter dem Reichskanzler Heinrich Brüning, hätte schreiben wollen und dazu auch schon mancherlei Vorarbeiten geleistet hatte, hat Breit keinen schriftstellerischen Ehrgeiz. Das mag angesichts der Vielzahl von belang- bis wertlosen „Erinnerungen“ selbst junger und jüngerer „Prominenter“ sympathisch wirken, ist allerdings der Sache nach ärgerlich und schade. Es war auch nicht ganz einfach, Breit zu einem ausführlichen lebensgeschichtlichen Gespräch zu bewegen. Glücklicherweise ist es schließlich doch gelungen. Woran mag diese Zögerlichkeit, diese Zurückhaltung liegen?

Zunächst ist da das alte, höchst ehrenwerte Motiv führender Menschen der Gewerkschaftsbewegung, sich nicht in den Vordergrund zu spielen. Das hat mit Solidarität, Gleichheit und Demut zu tun. Bei Ernst Breit kommt sicher ein landsmannschaftlicher Einschlag hinzu: Der wortkarge Dithmarscher spricht schon gar nicht gern über sich selbst. Und schließlich ist da die trügerische Erinnerung: Der 85-jährige, der mehr als 60 Jahre lang gewerkschaftliche Funktionen ausgeübt hat, kennt die Unschärfen, die Untiefen, die Unwägbarkeiten seines Erinnerungsvermögens.

Hier nun sind wir bei einer zentralen Problematik der Befragung von Zeitzeugen, der oral history allgemein: der Erinnerung. Ihre Systematik, ihre Möglichkeiten und vor allem ihre Grenzen sind inzwischen subtil und facettenreich erforscht und erfasst, mit einigermaßen ernüchternden Ergebnissen, etwa „dass von einer authentischen Erinnerung an die Situation und das Geschehen, die sich bei jemandem als eine Erfahrung niedergeschlagen haben, nur im seltenen Grenzfall auszugehen ist.“⁹

Die Lebenserfahrung bestätigt „den trügerischen Charakter unserer Erinnerungen“¹⁰, und der Zeitzeuge ist geradezu als „Feind“ des professionellen

9 Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, 2. Aufl., München 2008, S. 21. „Es gehört zu den erstaunlichsten Leistungen des menschlichen Gedächtnisses, vergessenen Ereignissen in der Retrospektive eine Bedeutung zuzumessen, die diese zum Zeitpunkt ihres Eintreffens nie gehabt haben.“ So beginnt: Timm Genett, *Der Fremde im Kriege. Zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876-1936*, Berlin 2008, S. 15.

10 Aleida Assmann, *Wie wahr sind Erinnerungen?*, in: Harald Welzer (Hrsg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001, S. 103-122, S. 103. Der Schriftsteller Hans Keilson (Jg. 1909) hat sich dazu so geäußert: „Man hat mich des öfteren, meines Alters wegen, zum Zeitzeugen ernannt. Nun: Zeitzeugen sind nicht immer die zuverlässigsten Zeugen, ihre Erinnerungen sind von besonderer Art, heimge-sucht durch Lücken oder Fälschungen. Erinnerungen, die sie mit durch Vor- oder Naturteil bedingte Fantasien auszuschnücken versuchen. Zeitzeugen sind Pendler

Historikers charakterisiert worden, dem die materiellen und insbesondere die schriftlichen und amtlichen Quellen nach wie vor verlässlicher sind. Breits Zurückhaltung und die Reserve der Fachleute passen also zusammen, auch seine „Erinnerungslandschaft“ entspricht durchaus dem, was Forschung darüber herausgefunden hat. Da ist jene „für das junge Erwachsenenalter typische(n) Erinnerungsverdichtung“¹¹, die die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und die unmittelbar darauf folgende Zeit betrifft.

Danach gibt es lange Strecken, die weitaus weniger gut beleuchtet erscheinen, geprägt von einer Fülle verschiedener Aufgaben, einer Unzahl von Menschen, der über viele Jahre kaum selbstbestimmbaren Terminplanung eines politisch Verantwortlichen – ohne genügend Ruhe und Muße, um Erlebtes und Erfahrenes nachdenklich zu stabilisieren.

Spätestens seit Nietzsche wissen wir: „Vergessen und Erinnern gehören zusammen und zwar derart, dass ein gelebtes, dem Leben zugehöriges Erinnern immer nur zusammen mit dem Vergessen möglich ist.“¹² Ernst Breit räumt unumwunden ein, dass er vieles vergessen hat – auch Wichtiges, gerade aus der Rückschau Bedeutsames, etwa in der Arbeitszeitfrage, dem Gemeinwirtschafts-Skandal und weiteren Feldern der „großen Politik“. Über den Zusammenhang zwischen Erinnern und Vergessen haben Neurowissenschaften, Kultur-, Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften inzwischen

zwischen den Zeiten und wie die meisten Pendler nirgendwo wirklich zu Hause.“ Hans Keilson, „Sieben Sterne ...“. (Meine) Geschichte zur Sprache gebracht, in: Neue Sammlung, 40. Jg./Heft 2, April/Mai/Juni 2000, S. 265-275, S. 268. Der Mediävist Johannes Fried schlägt sogar insgesamt eine neuartige „Memorik“ vor, die von „erinnerungskritischer Skepsis“ geprägt ist („*Alles, was sich bloß der Erinnerung verdankt, hat prinzipiell als falsch zu gelten*“, S. 48): „Wir stoßen allenthalben auf eigentümlich korrekt-inkorrekte Gedächtniskonstrukte, durchmengt von Fehlern und Verzerrungen, von Rechtfertigungen und Wertungen und durchlöchert von irreführenden Selektionen. Wer wissen will, wie es gewesen, und wie er oder sie, was gewesen, zweifelsfrei erkennen oder doch wenigstens einen Zipfel vergangener Wirklichkeit erhaschen kann, muß in den Zerrspiegel des Gedächtnisses, oder genauer: in dessen Konstruktionsbüro blicken, muß die geschichtswissenschaftlich relevanten Verzerrungskoeffizienten, denen das dort Verarbeitete unterliegt, die Verformungsmöglichkeiten und Verzerrungsformen erfassen und vermessen, um beurteilen zu können, womit er es zu tun hat.“ (Johannes Fried, *Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorik*, München 2004, S. 49). Dazu neuerdings: Marcel Müllerburg, *Risse im Schleier der Erinnerung. Zu Kritik der historischen Memorik*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 58. Jg., 3/2010, S. 201-221.

11 Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis*, S. 209.

12 Günter Figal, *Nachwort*, in: Friedrich Nietzsche, *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*. Mit Anmerkungen und Nachwort hrsg. von Günter Figal, Stuttgart 2009, S. 238.

viel herausgefunden¹³ – er ist komplex und schwierig, auch individuell unterschiedlich ausgeprägt. Ein Ergebnis unter vielen geht dahin, „dass die emotionale Tönung eines Erlebnisses und der Situation seiner Erinnerung wichtig für die Reichhaltigkeit und Präzision des Erinnernten ist.“¹⁴ Man kann davon ausgehen, dass Pflicht und Alltag selbst einen gewerkschaftlichen Spitzenfunktionär nur im Ausnahmefall emotional besonders berühren.

Generation

„Generationen sind die eigentlichen Träger kollektiver Erinnerung“ sagt Heinz Bude.¹⁵ Generationenbegriff und Generationenforschung sind in jüngster Zeit wieder so sehr in Mode gekommen, dass Bernd Weisbrod warnt: „Es gilt ..., vorsichtiger zu sein im Umgang mit dem Generationsbegriff.“¹⁶ Und in der Tat: Schon bei der Jahrgangseingrenzung fangen die Differenzen an und sie hören bei der Einschätzung der Wirkmächtigkeit noch lange nicht auf. Legt man die Ergebnisse von Dirk Moses¹⁷ und Ulrich Herbert¹⁸ zugrunde, kann man Ernst Breit unzweifelhaft der Generation der „45er“, also einer der drei politischen Generationen des vergangenen Jahrhunderts zurechnen, und zwar der „vermutlich einflussreichste(n) politische(n) Generation des 20. Jahrhunderts“.¹⁹

Breit wurde 1924 geboren, durchlief Volks- und Realschule, begann eine Lehre bei der Post und wurde 1942 zur Wehrmacht eingezogen. Noch nicht 20 Jahre alt, ist er in militärischer Ausbildung und im Kriegseinsatz in Däne-

13 Grundlegend: Hans J. Markowitsch/Harald Welzer, Das autobiographische Gedächtnis. Hirnorganische Grundlagen und biosoziale Entwicklung, Stuttgart 2005. Zu autobiografischen Aspekten neuerdings: Carsten Heinze, Autobiographie und zeitgeschichtliche Erfahrung. Über autobiographisches Schreiben und Erinnern in sozialkommunikativen Kontexten, in: Geschichte und Gesellschaft, 36. Jg. 2010/Heft 1, S. 93-128.

14 Welzer, Das kommunikative Gedächtnis, S. 36.

15 Heinz Bude, Die Erinnerung der Generationen, in: Helmut König/Michael Kohlstruck/Andreas Wöll (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 69-85, S. 71.

16 Bernd Weisbrod, Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte, in: Aus Politik und Zeitchriften (APuZ) 8/2005.

17 Dirk Moses, Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung 40/Heft 2(2000), S. 233-263.

18 Ulrich Herbert, Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.) unter Mitarbeiter von Elisabeth Müller-Luckner, Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 95-114.

19 Herbert, Generationen, S. 108. Maßgeblich zur Generationenfrage in der Arbeiterbewegung: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hrsg.), Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005.

mark, in Kreta, in Italien, in Pommern, in Süddeutschland und in Holland, wird schließlich zum Offizier befördert. Bereits im Sommer 1945 kehrt er wieder nach Hause zurück, beendet seine Ausbildung, heiratet bald und beginnt die Arbeit im erlernten Beruf.

Die Hinwendung zur Gewerkschaftsarbeit resultiert in erster Linie aus Gerechtigkeitsgefühl, aber auch aus der Möglichkeit, lebenspraktisch etwas für andere tun zu können und aus Eigeninteresse. Sie überwiegt seit den fünfziger Jahren die Berufsarbeit und wird in konsequenten Aufstiegsstufen über mehrere Jahrzehnte Lebensinhalt und -mittelpunkt. Viele Gewerkschaftsfunktionäre aller Ebenen, viele Betriebsräte, hatten ganz ähnliche Lebensläufe – wie übrigens die Funktionäre anderer Organisationen, wie Politiker, Unternehmer, Handwerker, Arbeitnehmer. Viele von ihnen durchaus angezogen und geprägt von den NS-Angeboten und -verführungen für Jugendliche, gezeichnet vom frühen Kriegseinsatz, von vielfacher Enttäuschung und bitteren Niederlagen, sodann entschlossen zu vergessen, besser zu machen, aufzubauen, Erfolg zu haben. Das alles entspricht durchaus jenem Muster, das Ulrich Herbert als charakteristisch für die „45er“ kennzeichnet: „die strikte Orientierung am eigenen Fortkommen, an beruflichem Aufstieg und sozialer Kernsolidierung“, sodann dem „Hang zum Praktischen, Reformwirken, Nichtideologischen“ und schließlich „eine ausgesprochen positive Haltung gegenüber dem Projekt eines sich vereinigenden Europas.“²⁰

Ebenso treffen die Befunde von Rolf Schörken, die er den „kleinsten gemeinsamen Nenner in Lebensgefühl und Bewußtseinslage“²¹ der Jugendgeneration 1945 nennt, auf Breit zu: Da ist neben dem „*Bewußtsein der verlorenen Jahre*“ das „*Gefühl des Betrogenwordenseins*“, das tiefe „*Erschrockensein*“ und die Gewissheit, „*Opfer*“ geworden zu sein.²² Alles zusammen genommen führt auch im Fall Ernst Breit, wie in unzähligen anderen Fällen, zu jener wirksamen „Neuorientierung“, der „als Anstoß das weitere Leben bestimmt“.²³

20 Herbert, S. 105. Diese Generation „tauchte ... gewissermaßen in Richtung Zukunft unter dem Problem der NS-Vergangenheit hindurch.“ Thomas Ahbe, Deutsche Generationen nach 1945, in: APuZ 3/2007, 15. Januar 2007, S. 38-46, S. 42. Heinz Bude formuliert: „Ein nüchterner, aufs Konkrete gerichteter Wirklichkeitssinn, der sich auf Distanz hält zu den politisch-ideologischen Angeboten, charakterisiert diese Generation“, Heinz Bude, Deutsche Karrieren, Frankfurt a. M. 1987, S. 43. Siehe zum Themenkreis auch Gabriele Rosenthal, „... wenn alles in Scherben fällt ...“ Von Leben und Sinnwelt der Kriegsgeneration. Typen biographischer Wandlungen, Opladen 1987.

21 Rolf Schörken, Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte, Frankfurt/M. 1994, S. 175.

22 Schörken, Jugend, S. 176 f..

23 Schörken, Jugend, S. 41.

Das gilt, jedenfalls in den Grundzügen, für eine Reihe von führenden Gewerkschaftsfunktionären der Nachkriegszeit, allerdings lassen sich bei genauerem Hinschauen relevante Binnen-Nuancierungen beobachten. So etwa bei dem Dreigespann Heinz Oskar Vetter (Jg. 1917), Ernst Breit (Jg. 1924) und Heinz Kluncker (Jg. 1925). Alle drei spielen führende Rollen im Rahmen des DGB und beim Wechsel im Amt des DGB-Vorsitzenden 1982 von Vetter zu Breit sind sie Hauptakteure.

Die drei Männer kennen sich lange: Vetter und Kluncker haben als junge Funktionäre gemeinsam einen der ersten Kurse an der „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ in Hamburg besucht; Breit und Kluncker haben sich im monatlich tagenden, von Vetter geleiteten DGB-Bundesvorstand kennengelernt (wo sie nebeneinander sitzen), nachdem Breit 1971 zum Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft gewählt worden war.

Breit und Vetter, die aus bürgerlich (Vetter)/handwerklichen (Breit) Milieus im Ruhrgebiet (Vetter) und in Norddeutschland (Breit) stammen, hatten vor 1933 keinerlei Berührung mit Gewerkschaften oder Parteipolitik. Kluncker stammt aus einer alten sozialdemokratischen Arbeiterfamilie Wuppertals. Alle drei – Kluncker im Streit mit seiner Familie – gehörten den nationalsozialistischen Kinder- bzw. Jugendorganisationen an und wurden Soldaten.

Breit erlebte das Kriegsende als Offizier in Holland, Vetter als Offizier in englischer Kriegsgefangenschaft, Kluncker als Deserteur in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Alle drei kehrten früh – Breit bereits im Sommer 1945 – in ihre Heimatorte zurück. Dort begannen sie einen beruflichen Neuanfang (Kluncker), setzten ihre beruflichen Anfänge fort (Breit und Vetter) und legten die Grundlage für ihre Karrieren in der Gewerkschaftsbewegung.

Weisen allein die wenigen hier genannten Lebensdaten die drei Männer als Vertreter der „45er-Generation“ aus, ergeben sich in der Dreierkonstellation doch markante Differenzen.

Ernst Breit ist eindeutig der ruhende Pol: Er versteht sich mit Vetter und Kluncker gleichermaßen, wobei der ÖTV-Vorsitzende ihm, nicht zuletzt wegen vieler Gemeinsamkeiten in der Tarifpolitik, aber auch menschlich näher ist. Kluncker schätzt Breit wegen seiner Verlässlichkeit und seiner Ausgeglichenheit, während er Vetter für einen „Hallodri“ hält – und später sogar Korruption nicht ausschließt. Vetter schätzt Breit wegen seiner Ausgeglichenheit und Verlässlichkeit; verbindliche Aussagen über Kluncker sind nicht verbürgt.

Mögen sich derartige Ab- und Zuneigungen zu einem größeren Prozentsatz auf die Persönlichkeits- und Charaktereigenschaften der Beteiligten zurückführen lassen, so sind darin zumindest auch Spurenelemente generationeller Eigenarten enthalten. So pflegten Kluncker und Breit selbst in geselligen gewerkschaftlichen Runden kaum bis gar nicht von Kriegserlebnissen zu berichten, während Vetter gelegentlich durchaus zu renommieren wusste, meist im Verein mit Kollegen ähnlicher Erfahrung. Kluncker missbilligte diese Attitüde schärfstens und in der Rückschau attestierte er Vetter zwar Schlagfertigkeit, allerdings „im Stil eines militärischen Vorgesetzten und damit systemgläubigen Offiziers.“²⁴ Hier wird ein relevanter Aspekt der Selbsteinschätzung einer Gruppe sichtbar. Kluncker bezweifelte wohl, dass es bei Vetter tatsächlich „zu einer Neudefinition des eigenen Ich“²⁵ gekommen sei, deshalb habe er ihm „mehrfach geraten, er solle seine militärische Vergangenheit endgültig entsorgen.“²⁶ Bei Ernst Breit sah er eine solche Notwendigkeit nicht.

Immerhin: Heinz-Oskar Vetter, den man aufgrund seines Geburtsjahrs 1917 gerade noch oder gerade nicht mehr zu den 1945ern zählen mag, hatte in den 13 Jahren seiner Amtszeit als DGB-Vorsitzender dieser Position und auch sich selbst intern wie extern Ansehen und Respekt erworben. Entsprechend tief war sein Fall im Neue-Heimat-Skandal und entsprechend groß die Aufgabe für den ihm folgenden 1945er, den bisherigen Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit. Er hatte eine kontinuierliche gewerkschaftliche Karriere – vom Betriebsrat bis zum Gewerkschaftsvorsitzenden – absolviert, hatte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG), deren Vorsitzender er von 1971 bis 1982 war, neu aufgestellt und 1980 deren ersten selbstständigen Streik erfolgreich geführt.²⁷ Er ist der erste Beamte an der Spitze des DGB, ja im Vorsitz aller freigewerkschaftlichen Dachverbände seit deren Gründung. Das ist für die immer noch von der Großindustrie geprägte

24 Hemmer/Simon (Hrsg.), *Wirkung*, S. 130.

25 Schörken, *Jugend*, S. 51.

26 Hemmer/Simon (Hrsg.), *Wirkung*, S. 130.

27 Zur DPG s. Karl Lauschke, „Zusammenhalten und gestalten“. Von der traditionellen Beamtenorganisation zur streitbaren Gewerkschaft: Die Deutsche Postgewerkschaft bis zur Bildung von ver.di, Hamburg 2009; zum Übergang im DGB-Vorsitz s. Hans-Otto Hemmer, Von Vetter zu Breit. Skizzen eines Amtswechsels, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.), *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert*, Bonn 2009, S. 189-198; zu den Aspekten des Wandels s. Klaus Dörre, Gewerkschaftseliten nach 1945 – Kontinuität und Wandel der Führungsgruppen deutscher Gewerkschaften: Das wiederlebte Interesse an den gewerkschaftlichen Führungsgruppen, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 35/2006, S. 7-27.

deutsche Gewerkschaftsbewegung ein relevantes Novum, das auf ihre Lage und deren Konsequenzen hindeutet. Während Breits Amtszeit wird es innerhalb der DGB-Gewerkschaften zu größeren Generationswechseln kommen und erstmalig wird mit Monika Wulf-Mathies eine Frau Vorsitzende einer großen DGB-Gewerkschaft, der ÖTV.

Der DGB-Vorsitzende Breit

Von den drei markantesten Herausforderungen für den von 1982 bis 1990 amtierenden DGB-Vorsitzenden Ernst Breit resultierten zwei aus „Jahrhundertereignissen“: dem – beginnend mit dem „Neue-Heimat-Skandal“ – vollständigen Niedergang der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft sowie der deutschen Einheit. Die dritte Herausforderung – Debatte und Kampf um Arbeitszeitverkürzung – war, da es darum auch erhebliche innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen gab, von ähnlicher Dimension.²⁸

a) Neue Heimat und Gemeinwirtschaft

Der Niedergang der Gemeinwirtschaft vollzog sich während der gesamten Amtszeit Breits – vom ersten Neue-Heimat-Bericht des „Spiegel“ im Februar 1982 über den Verkauf von BfG und Volksfürsorge bis zum Ende der coop AG 1989. Es war das größte selbstverschuldete Debakel und wohl auch der schlimmste hausgemachte finanzielle Aderlass in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Ernst Breit war auch deshalb in dieser Zeit der geeignete (vielleicht sogar der einzig mögliche) Repräsentant der Gewerkschaften, weil er nur wenig mit der Gemeinwirtschaft und deren Institutionen verbunden war. Als Vorsitzender der Postgewerkschaft war er zuvor zwar Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Neue-Heimat-Gemeinnützig gewesen, aber er hatte zum Beispiel, anders als viele gewerkschaftliche und sozialdemokratische Funktionäre, keine privaten Beziehungen zum Baukonzern. Da die Post eigene

28 Selbstverständlich hat sich der DGB-Vorsitzende mit vielen weiteren Problem- und Themenkomplexen zu beschäftigen gehabt (s. dazu das Stichwortverzeichnis in diesem Band), wobei wegen des Vorrangs der hier exemplarisch behandelten Politikbereiche andere, die dringlich hätten behandelt werden müssen, wie z. B. die DGB-Reform, zwangsläufig eher zu kurz kamen. Zur Gewerkschaftspolitik der Zeit s. Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990.

Bauaktivitäten betrieb, blickte die zuständige Gewerkschaft eher in diese Richtung, da viele Mitglieder in entsprechenden Wohnungen wohnten. Die Neue Heimat hingegen lag weitgehend oder ganz außerhalb des Interessenhorizonts. Auch hatte sich Breit an keinerlei Baumaßnahmen beteiligt, die steuerliche Vergünstigungen brachten, was seinem Vorgänger Vetter zum politischen Schaden gereicht hatte.

An der Integrität, Seriosität und Solidität dieses DGB-Vorsitzenden bestand keinerlei Zweifel, auch die einschlägige Presse kam bei ihm nicht auf ihre Kosten. Obwohl das ein wichtiger Aspekt und ein relevanter Vorteil nach innen und außen war, änderte es nichts daran, dass der Neue-Heimat-Skandal und der sich anschließende Verfall der Gemeinwirtschaft insgesamt verheerende Konsequenzen in der Mitgliedschaft ebenso wie in der Gesellschaft hatten.

Während der DGB-Vorsitzende Vetter noch sämtliche Aufsichtsratsvorsitze der Gemeinwirtschaft wahrgenommen hatte (immerhin 6 an der Zahl), beschränkte sich Breit auf den Aufsichtsratsvorsitzenden bei der „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG“ (BGAG). Er versuchte nicht, das „Krisenmanagement“ an sich zu reißen und sich in das Tagesgeschäft der Neuen Heimat einzumischen, sondern unterstützte zunächst den neuen Vorstandsvorsitzenden der Neuen Heimat, Diether Hoffmann, ehemals Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft, in seinem Bemühen, eine politische Lösung für die Stabilisierung des angeschlagenen Baukonzerns zu erreichen. Aufgrund der unvergleichlichen Dimension und des unabsehbaren Ausmaßes des Desasters schienen dem DGB-Vorsitzenden für seine Rolle und sein Handeln diese Eckpunkte wichtig: das Ansehen der Gewerkschaften, das Wohl der Arbeitnehmer und der Mieter der Neuen Heimat, eine einvernehmliche Problemlösung zusammen mit der Politik. Angesichts der Interessenlage der neuen konservativ-liberalen Bundesregierung, aber auch vieler Landesregierungen und zwar auch sozialdemokratisch geführter, erwies sich eine Lösung mit Unterstützung der Politik, etwa durch steuerliche oder gesetzliche Maßnahmen oder „durch den Verkauf von Unternehmensanteilen und Wohnungsbeständen an die öffentliche Hand“²⁹, spätestens im Frühjahr 1986 als nicht durchsetzbar.³⁰

29 Andreas Kunz (Hrsg.), Die Akte Neue Heimat. Krise und Abwicklung des größten Wohnungsbaukonzerns Europas 1982-1998, 2 Bde. (Bd. 1: Analysen und Interviews, Bd. 2: Dokumente), Frankfurt/New York 2003, Bd. 1, S. 135.

30 Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 134 ff..

Auch Ernst Breit hat die Reserve der Regierungspolitik schon bald zu spüren bekommen: Nachdem Bundeskanzler Kohl beim Antrittsbesuch des DGB-Vorsitzenden mit ihm gemeinsam vor die Presse gegangen war, lehnte Kohl es bei späteren Gelegenheiten ab, zusammen mit dem DGB-Vorsitzenden öffentlich aufzutreten. Und Konservative und Liberale erkannten schnell, welches antigewerkschaftliche und – sozialdemokratische Potential im Neue-Heimat-Skandal steckte. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass die massiven Versuche Diether Hoffmanns, eine politische Lösung der NH-Misere herbeizuführen, im Frühjahr 1986 ebenso scheiterten wie die diskrete Hilfestellung des DGB und seines Vorsitzenden dabei. Auch der sich anschließende ökonomische Lösungsversuch, diesmal unter Federführung der BGAG, der vom DGB und seinem Vorsitzenden unauffällig flankiert wurde, endete im Fiasko: Am 16. September 1986 wurde die NH Gemeinnützig für den symbolischen Betrag von einer D-Mark an den Berliner Unternehmer Horst Schiesser verkauft. Dieser damals spektakuläre Verkauf eines Konzerns an einen weithin unbekanntem Großbäcker ging zwar „zu einem nicht geringen Teil auf Alfons Lappas zurück“³¹, musste nun aber in der Öffentlichkeit im Wesentlichen vom DGB-Vorsitzenden vertreten werden. Breit, der bei den ersten Informationen über einen möglichen Verkauf an Schiesser Bedenken hinsichtlich dessen Seriosität geäußert hatte³², hatte sich in der entscheidenden Aufsichtsratssitzung, wie andere Teilnehmer auch³³, von Alfons Lappas davon überzeugen lassen, dass die Banken dieser Lösung zustimmen würden. Die Banken machten dann de facto doch nicht mit, sodass der Verkauf an Schiesser am 12. November 1986 rückgängig gemacht werden musste. Zu Ende des Jahres 1986 und am Beginn des Jahres 1987 – im Januar 1987 waren Bundestagswahlen – eskalierte die politische Auseinandersetzung um die Neue Heimat. Im August 1986 hatte ein Untersuchungsausschuss des Bundestages „Neue Heimat“ seine Arbeit aufgenommen. Als Alfons Lappas sich im Oktober weigerte, dort auszusagen, wurde er in einer spektakulären Aktion beim Gewerkschaftskongress der IG Metall am 19. Oktober 1986 in Hamburg festgenommen. Er wurde zwar zwei Tage später

31 Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 196. Alfons Lappas, Jg. 1929, war als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB u. a. für dessen Finanzen zuständig, dann von 1977 bis 1985 Mitglied des Vorstands und 1985/86 Vorsitzender des Vortands der BGAG.

32 Nikolaus Hüwe, Abteilungsleiter beim DGB-Bundesvorstand, in: Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 228.

33 So etwa Monika Wulf-Mathies, Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, und Egon Schäfer, Stellv. Vorsitzender der IG Chemie, in: Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 225 f..

entlassen und trat wenige Wochen später von seinem Amt als BGAG-Vorsitzender zurück, aber spätestens nun war „das Thema Neue Heimat in all seinen Schattierungen ... ein Politikum ersten Ranges“³⁴.

Immerhin: Nach den Bundestagswahlen im Januar 1987, die von der Koalition aus CDU/CSU und FDP gewonnen wurden, „erlahmte des bundespolitische Interesse am Schicksal der Neuen Heimat deutlich.“³⁵ Es begann die „Abwicklung“ des Konzerns, diesmal unter – mehr oder weniger – erfolgreicher Einbeziehung der Bundesländer und auch der Banken, denen wohl nicht zuletzt durch das Kapitel Schiesser klar geworden war, dass sie nicht auf Dauer würden abseits bleiben können. Die Übernahme des BGAG-Vorsitzes durch Hans Matthöfer, ehemals Bundesfinanzminister, und die Berufung des Bankers Heinz Sippel zum Treuhänder der Neuen Heimat trugen überdies dazu bei, Ruhe und Kontinuität in die weiteren Abläufe zu bringen. Bis 1990 (späte Ausläufer bis 1998) wurde die Neue Heimat, durchweg im Rahmen von Regionallösungen, „abgewickelt“. Alle anderen Bereiche der Gemeinwirtschaft kommen nach und nach auch zu Fall: 1987 wurden 50 Prozent plus eine Aktie der BfG an die Aachener und Münchener Beteiligungs-AG verkauft (später wird die BfG an den Crédit Lyonnais verkauft); 1988 ging auch die Mehrheit der Volksfürsorge an die AMB (später dann an Generali); im Oktober 1988 enthüllte der Spiegel die Lage der coop AG: „ein durch Bereicherung und riesige Schulden innen ausgehöhlter Komplex, der wie ein Kartenhaus zusammenzufallen drohte“³⁶. 1989 wurden ihre Reste verkauft, ihr ehemaliger Vorstandsvorsitzender Bernd Otto wurde 1993 vom Schwurgericht Frankfurt a. Main zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Rückblick auf diese Wegstrecke ist deutlich erkennbar, dass „die Neue Heimat die Idee der Gemeinwirtschaft begraben“³⁷ hatte und Ernst Breit resümierte, „dass Gewerkschaft als Unternehmer nicht sonderlich geeignet“³⁸ seien.

So wenig wieder DGB-Vorsitzende den Skandal um die Neue Heimat hatte verhindern können, so wenig konnte er den daraus resultierenden Nie-

34 Ernst Breit, in: Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 128.

35 Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 281.

36 Franz Kusch, Die Milliarden-Jongleure. Unternehmer DGB vor der Pleite, Zürich/Wiesbaden 1990, S. 102.

37 Eberhard Weiershäuser, Mitglied des Vorstands der WestLB, in: Kunz (Hrsg.), Bd. 1, S. 389.

38 Breit, in: Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 383 f..

dergang der Gemeinwirtschaft abwenden, denn „dieser berühmte „dritte Weg“, in einer Marktwirtschaft bessere Leistungen zu niedrigeren Preisen und günstigeren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten anzubieten, dieser Weg hat sich als nicht gangbar erwiesen.“³⁹ Breit blieb also nichts anderes übrig, als den desaströsen Prozess zu mildern, abzufedern, zu gestalten, zu erklären.

Er hat das nach Kräften getan, ein Großteil seiner Arbeitskraft ist in diese Aufgabe geflossen. Er hat unzählige Veranstaltungen mit Mitgliedern und Mietern zu dieser Thematik abgehalten, hat immer wieder mit den Mitarbeitern der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen gesprochen, er hat an unzähligen Gremiensitzungen teilgenommen, hat Untersuchungsausschüssen Rede und Antwort gestanden, hat die Presse informiert und mit ihr gesprochen. Die Verantwortlichen der Einzelgewerkschaften, von denen einige finanziell zumindest ebenso betroffen waren wie der DGB, waren wohl ganz froh, in dieser Lage Unangenehmes an den DGB delegieren zu können. Sie hatten nichts dagegen, wenn sie sich im Hintergrund halten konnten.

Auch wenn niemand an Ehrlichkeit und gutem Willen Breits zweifelte: den gravierenden Ansehensverlust der Gewerkschaften konnte auch er nicht verhindern.

Aber nach dem Rückkauf der NH von Schiesser trug er ganz maßgeblich dazu bei, einen konstruktiven Neuansatz zu finden. So machte er es sich zur Aufgabe, Hans Matthöfer, damals Schatzmeister der SPD, für die Funktion des BGAG-Vorsitzenden zu gewinnen. Breit erinnert sich, dass er deshalb zum SPD-Vorsitzenden Willy Brandt nach Unkel fuhr und dessen Frau Brigitte Seebacher beschreibt die Szene so: „Kein noch so großer Vorbehalt gegen Organisationen, die in der Tradition versteinerten, trübte seine (W. B.) Zuneigung zu Gewerkschaften, die sich und anderen treu geblieben waren. Ernst Breit empfing er auch zu Hause, einmal zu der Zeit, als Unkel, infolge des Chemieunfalls am Rhein, von seinem Trinkwasser abgeschnitten war. Es klingelte und W. sah nach unten. Dort stand der DGB-Chef mit zwei schweren Kanistern Wasser: Mensch, Ernst. Der rief laut zurück: Ich dachte, die könntet ihr jetzt brauchen, ich bin ein alter Camper.“⁴⁰ Brandt stimmte dem Wechsel Matthöfers zu, gegen erhebliche Widerstände aus der SPD.⁴¹

39 Wulf-Mathies, in: Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 385.

40 Brigitte Seebacher, Willy Brandt, München/Zürich 2004, S. 62.

41 Siehe dazu Werner Abelshauser, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009, S. 569 f.

Es war nicht zuletzt Breits Verdienst, „dass die Abwicklung der Neuen Heimat zu einer in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte sicherlich einzigartigen, wenn nicht sogar „vorbildlichen“ Abwicklung“⁴² wurde.

So ist zwar während seiner „Regierungszeit“ mit der Gemeinwirtschaft ein ideeller und materieller Pfeiler der deutschen Gewerkschaftsbewegung weggebrochen – mit erheblichem politischen und finanziellen Konsequenzen für die Gewerkschaften, die das Ganze wohl alles in allem etwa 4 Milliarden DM gekostet hat, aber immerhin ohne verheerende Folgen etwa für Mieter und Beschäftigte.

b) Arbeitszeitverkürzung

Das dominante gewerkschaftspolitische Thema der 1980er-Jahre war die Arbeitszeitverkürzung. Der soeben gewählte DGB-Vorsitzende Ernst Breit sagte dazu in seiner Rede beim DGB-Kongress 1982 in Berlin: „Es ist ebenso unverständlich wie gesellschaftspolitisch fahrlässig, ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich die Arbeitszeitverkürzung ... immer noch zum Tabu zu erklären. Aber neu ist das ja nicht: Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen war schon immer eine schwierige Sache; man denke nur daran, wie lange in früheren Zeiten die Arbeitgeber zäh und verbissen den Zwölfstundentag verteidigt haben.

Nun finden wir heute veränderte Rahmenbedingungen vor: Wachsende Arbeitslosigkeit, nach wie vor zu verzeichnende Fortschritte der Produktivität und nach wie vor festzustellende Stagnation beim Wachstum machen nun einmal die ernsthaftesten Überlegungen darüber notwendig, wie wir weniger Arbeit auf eine größere Zahl von Menschen verteilen können, die arbeiten wollen und auch arbeiten müssen.

Gewiß, das Thema der Arbeitszeitverkürzung ist differenziert zu betrachten. Von Branche zu Branche, von Industriezweig zu Industriezweig muß es den zuständigen Tarifvertragsparteien überlassen bleiben, sich dieses Themas anzunehmen.“⁴³

Dieser Kongress verabschiedete später einen Antrag zur Arbeitszeitverkürzung, „der alle im DGB vertretenen Positionen enthielt.“⁴⁴ Sie reichten

42 So Kunz (Hrsg.), Akte, Bd. 1, S. 402.

43 Ernst Breit, Kernpunkte gewerkschaftlicher Politik in den achtziger Jahren. Grundsatzreferat auf dem 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongress vom 16. bis 21. Mai 1982 in Berlin, in: GMH 8/82, S. 329-344, S. 337.

44 Hans-Otto Hemmer/Werner Milert/Kurt Thomas Schmitz, Gewerkschaftliche Politik unter der konservativ-liberalen Regierung seit 1982, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 415-458, S. 429.

von der schrittweisen Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel 35-Stunden-Woche bis zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit – in verschiedenen Varianten. Der Hintergrund für diese Unterschiedlichkeit sind etwa unterschiedliche Beschäftigtenstrukturen und Altersschichtungen in den jeweiligen gewerkschaftlichen Organisationsbereichen. Auch wenn es angesichts dieser Interessenlage keinen „Formelkompromiss“ geben konnte, musste der DGB versuchen zu koordinieren. Ernst Breit war sich dieser Aufgabe bewusst und hat sie erfüllt.

Auch wenn er sich in einem grundsätzlichen Text 1984 ausführlich und gründlich mit der 35-Stunden-Woche auseinandersetzte, zu der sich die IG Metall nach einer kontroversen internen Debatte entschieden hatte, vergaß er nicht, mögliche Vorruhestandsregelungen und jene Gewerkschaften zu erwähnen, „die sich die Verkürzung der Lebensarbeitszeit aktuell zum Ziel gesetzt haben.“⁴⁵

Und auch nach dem Streik von IG Druck und Papier und IG Metall für die 35-Stunden-Woche im Frühjahr/Sommer 1984, der mit dem Kompromiss einer 38,5-Stunden-Woche endete, formulierte der DGB-Vorsitzende ausgleichend: „Sicher gibt es kein schnell wirkendes Wundermittel gegen die Arbeitslosigkeit. ... Eines der wichtigsten und wirksamsten Instrumente ist und bleibt die Arbeitszeitverkürzung – in ihren verschiedenen Formen. Die vereinbarten Vorruhestandsregelungen belegen das ebenso sehr wie die – gegen den hinhaltenden Widerstand der Unternehmer und bei schriller Begleitmusik seitens der Regierung – erkämpfte Wochenarbeitszeitverkürzung.“⁴⁶

Während es dem DGB-Vorsitzenden gelang, das Thema der Arbeitszeitverkürzung nach außen differenziert und ohne Konfliktpotential darzustellen, gab es intern durchaus ein Hauen und Stechen der „Arbeitszeit-Fraktionen“, das Breit nur mit Mühe einigermaßen unter Kontrolle halten konnte. Ein markanter Ausdruck dieser Kontroverse war die Tatsache, dass zwei DGB-Gewerkschaften (Nahrung-Genuss-Gaststätten sowie Textil und Bekleidung) vor dem Streik und während des Streiks von IG Druck und Papier und IG Metall im Mai und Juni 1984 Tarifvereinbarungen über den Vorruhestand abschlossen.⁴⁷

Auch in der Arbeitszeitfrage kam es nicht zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit etwa zwischen DGB-Vorsitzendem und Bundeskanzler oder Bun-

45 Ernst Breit, Arbeitszeitverkürzung – Der entscheidende Schritt voran muß gelingen, in: GMH 2/84, S. 65-76, S. 76.

46 Ernst Breit, Gemeinsam gegen eine Politik für wenige, in: GMH 8/85, S. 449-455, S. 453.

47 Siehe dazu Hemmer/Schmitz (Hrsg.), Geschichte, S. 431.

desregierung. Helmut Kohl erwähnt Ernst Breit in seinen Erinnerungen an die Jahre 1982 bis 1990 nicht ein einziges Mal.⁴⁸ Bereits im November 1983 hatte Kohl die Verkürzung der Wochenarbeitszeit als „absurd, töricht und dumm“ abgetan; im Rückblick nennt er das 1983 von seiner Regierung beschlossene Vorruhestandsgesetz „einen der größten Fehler meiner Amtszeit“⁴⁹ Mit Bitterkeit resümiert er die Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes im Jahr 1984: „Die Art und Weise, wie die Gewerkschaften die Auseinandersetzung mit der Politik führten, bleibt für mich inakzeptabel.“⁵⁰

Hans-Jochen Vogel, seit Juni 1987 als Nachfolger Willy Brandts Vorsitzender der SPD und Ernst Breit kannten sich gut und hatten bereits anlässlich des Streiks bei der Post 1980 zusammengearbeitet⁵¹. Der Skandal um die Neue Heimat und die Politik der sozialliberalen Koalition in ihrer Endphase hatten das traditionell enge Verhältnis zwischen den beiden Formationen der Arbeiterbewegung belastet, und nicht zuletzt nach den Vorstößen des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine Anfang 1988, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich anzustreben, stellte der SPD-Vorsitzende „einen Entfremdungsprozeß“ fest, „der weiter fortgeschritten sei, als mir das bislang bewusst gewesen wäre.“⁵²

Die Generationsgenossen Breit und Vogel (Jg. 1926) nahmen das Heft unspektakulär, aber entschieden in die Hand: Bei einer gemeinsamen Sitzung der wichtigsten Gremien von Partei und Gewerkschaften wurden die Streitpunkte diskutiert; Lafontaine entschuldigte sich und verzichtete fortan auf zugespitzte Aussagen. Auch wenn diese Reparaturmaßnahme eine Zeit lang

48 Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982-1990*, München 2005. Breits Nachfolger als DGB-Vorsitzender, Heinz-Werner Meyer, hatte sich wohl erhofft, aufgrund seines guten Verhältnisses zu Bundeskanzler Kohl eine ähnlich effektive Konstellation erreichen zu können wie einst jene zwischen dem Bundeskanzler Adenauer und dem DGB-Vorsitzenden Böckler. Auch der – 1994 früh verstorbene – Vorsitzende Meyer wird in Kohls Erinnerungen nicht erwähnt.

49 Kohl, *Erinnerungen*, S. 806.

50 Kohl, *Erinnerungen*, S. 808. Aufgrund der Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz 1986 ist eine Zahlung von Arbeitslosengeld an „kalt“ Ausgesperrte nur unter erschwerten Bedingungen möglich; die Regelung wurde vom Bundesverfassungsgericht 1995 für zulässig erklärt.

51 Siehe dazu Hans-Jochen Vogel, *Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre*, München/Zürich 1996, S. 118. Auch der Vogel nicht gerade gewogene „45er“ Horst Ehmke (Jg. 1927) lobt Breit: „... lernte ich die norddeutschen Qualitäten des damaligen DPG- und späteren DGB-Vorsitzenden Ernst Breit kennen und schätzen.“ Horst Ehmke, *Mittendrinn. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 228. Ein weiterer Beleg für Breits ausgleichende Stärke.

52 Vogel, *Nachsichten*, S. 239.

vorhielt, erwies sich Vogels Schlussfolgerung, wonach „Sozialdemokratie und Gewerkschaften ... ihr Verhältnis nicht mehr dem Selbstlauf überlassen“⁵³ könnten, als weitsichtig. Allerdings geriet seine weitere Schlussfolgerung, dass sie „es verstärkt zum Gegenstand bewusster Pflege und Anstrengungen machen“⁵⁴ mussten, im Lauf der kommenden Jahre mehr und mehr in Vergessenheit.

c) Deutsche Einheit

Mit bemerkenswerter Offenheit hat Ernst Breit im März 1990 bekannt, dass „die Arbeitnehmerorganisationen ... an der revolutionären Veränderung der DDR“ ebenso „auffallend unbeteiligt“ seien wie „an dem rasanten deutschen Einigungsprozess.“ Der Kampf gegen das SED-Regime sei kein Arbeitskampf gewesen und die Gewerkschaften der Bundesrepublik hätten sich nicht um die DDR-Opposition gekümmert oder gar mit ihr zusammengearbeitet.⁵⁵

Aber gegenüber dem Vorwurf des GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder, der DGB habe zu lange mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch an einem Tisch gesessen, wendet er ein, dass es „ein anderes gewerkschaftliches Gegenüber“ nicht gegeben habe und „gesamtdeutsche Tische ... ein rares Möbel“ gewesen seien.⁵⁶ Tatsächlich waren die Beziehungen zwischen dem DGB und seinen Gewerkschaften sowie dem FDGB und dessen Gewerkschaften während der gesamten Amtszeit Breits von zahlreichen Begegnungen und Gesprächen zwischen meist hochrangigen Delegationen geprägt. Sie waren vonseiten des FDGB stets bis ins Einzelne vorbereitet und auf das Genaueste geplant, und Kritik oder abweichende politische Auffassungen fanden fast nie den Weg in die Öffentlichkeit.⁵⁷ Den Schlussstein in dieser Beziehungsgeschichte bildete der Besuch des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch beim DGB noch im

53 Vogel, Nachsichten, S. 239.

54 Vogel, Nachsichten, S. 239.

55 Siehe Ernst Breit, Deutsche Einigung – ohne und gegen die Gewerkschaften?, in: GMH 3/90, S. 129-132, S. 129.

56 Breit, Einigung, S. 129.

57 Siehe dazu Wolfgang Templin, Die Politik des DGB gegenüber SED und FDGB in der Endphase der DDR, in: GMH 1/93, S. 31-35. Trotzdem wird man Klaus von Beyme zustimmen können: „Die Ostpolitik der deutschen Gewerkschaften war immer unzweideutig und blieb unkompromittiert. Keine Umarmung von Harry Tisch war degoutanter als die vielen Umarmungen konservativer Staatsmänner, die bei Ceausescu zu Gast waren.“ Klaus von Beyme, Aspekte der Gewerkschaftsentwicklung in einem geeinten Deutschland – Historische Chancen oder strukturelle Sackgassen?, in: GMH 5-6/90, S. 332-340, S. 333.

September 1989, der insbesondere durch dessen öffentlichen Auftritte und Aussagen ein fahles Licht auf diese Art von Politik warf.⁵⁸

Nicht nur DGB und Gewerkschaften konnten der Dynamik des Einigungsprozesses nicht folgen, und als sich 1990 bald erwies, dass ihre zunächst abwartende Position gegenüber dem FDGB nicht zu halten war, begannen die DGB-Gewerkschaften mit je eigenen Konzepten den Wiedervereinigungsprozess.⁵⁹ Der DGB geriet an den Rand der Entwicklung, zumal sich mehr und mehr abzeichnete, dass eine Rechtsnachfolge für den DGB - nicht zuletzt wegen finanzieller Risiken unabsehbaren Ausmaßes - nicht in Betracht kommen konnte, und der scheidende Vorsitzende Breit resümierte kurz vor dem DGB-Kongress 1990: „Der Dachverband der Gewerkschaften, der FDGB, war nicht in der Lage, die notwendigen Reformen an Kopf und Gliedern durchzusetzen.“⁶⁰

Breit hat den Beginn des deutschen Einigungsprozesses, den er zweifellos begrüßt hat, mit derselben Nüchternheit und Ruhe in Angriff genommen, mit denen er schon im Falle der Gemeinwirtschaft und der Arbeitszeitfrage agiert hatte. Stets ging es ihm dabei um die innere Stabilität des DGB und, nachgelagert, auch um dessen Ruf und Bild in der Öffentlichkeit. Nach „großen Würfeln“, konzeptionellen Außerordentlichkeiten, nach denen in all diesen Fällen gerufen wurde, stand ihm nicht der Sinn, weil er wusste, was machbar war. Sicher ist Pragmatismus nicht immer die Methode der Wahl, aber während der Amtszeit des DGB-Vorsitzenden Breit war sie zweifellos meist der beste Ratgeber. Diese Art, Politik zu verstehen und zu machen, prägte, zusammen mit seinen exzellenten internationalen Verbindungen, auch Breits Arbeit als stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, die er auch nach dem Ende seiner Amtszeit als DGB-Vorsitzender bis 2003 erfolgreich weiterführte.

58 Tisch selbst nannte es seine „schlimmste Reise“: In die Stiefel von Stalin gestiegen. Gespräch mit Harry Tisch über die Rolle des FDGB, in: GMH 10/91, S. 659-668, S. 665. Tisch gehörte dann zu den 3-4 Mitgliedern des Politbüros, die intensiv die Ablösung Honeckers betrieben. Tisch soll dazu in Moskau das Plazet von Gorbatschow eingeholt haben.

59 Siehe dazu Beyme, Aspekte, S. 334 f. und Hans-Otto Hemmer, Nur noch ein Restposten?, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, III/Sept. 2009, S. 5-13, S. 12. Siehe auch: Martin Jander/Thomas Voß, Mangel an Perspektiven – die bundesdeutschen Gewerkschaften im Vereinigungsprozeß, in: Ditmar Gatzmaga/Thomas Voß/Klaus Westermann (Hrsg.), Auferstehen aus Ruinen. Arbeitswelt und Gewerkschaften in der früheren DDR, Marburg 1991, S. 147-155.

60 Ernst Breit, Gewerkschaften in der Kritik – Rückblick und Ausblick, in: GMH 5-6/90, S. 258-262, S. 261.

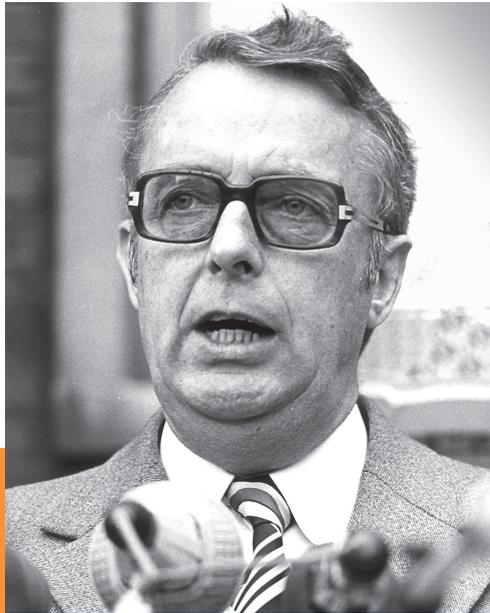
Der Meister des Ausgleichs

Wenn er es nicht schon vorher war, dann ist er es in seiner Zeit als DGB-Vorsitzender geworden: ein Meister des Ausgleichs. Diese Kunst beherrschten zwar schon seine Vorgänger Ludwig Rosenberg, von dem es hieß, er könne auf rohen Eiern tanzen, ohne dass eins zerbräche, und Heinz Oskar Vetter, dessen Temperament allerdings dem Willen, es möglichst vielen recht zu machen, gelegentlich ein Schnippchen schlug. Breit übertraf beide mit innerer Ruhe, mit der Gelassenheit, Unabwendbares hinzunehmen und mit dem Wissen darüber, dass der DGB-Vorsitzende zum Ausgleich bestimmt/verdammte ist.⁶¹ Und in der Geschichte des DGB war nie mehr Ausgleich nötig als während der Amtszeit Breits mit ihren unerhörten Problemen und Herausforderungen. Sie haben den DGB-Vorsitzenden gezwungen, auch Krisenmanager zu sein in Fällen, die die Gewerkschaftsbewegung härter getroffen und stärker verändert haben als es je der Fall war. Zwar sind die deutschen Gewerkschaften nicht in die Knie gezwungen worden wie die englischen durch Margret Thatcher. Aber weiche Knie haben sie doch bekommen. Dass es nicht schlimmer gekommen ist und dass DGB und Gewerkschaften vor Schlimmerem bewahrt blieben, dass, um es mit seinen Worten zu sagen, „der Laden zusammengehalten“ wurde, ist vor allem das Verdienst des DGB-Vorsitzenden Breit.

61 So sieht es auch der Vertraute Hans-Jürgen Beck, Gespräch mit Hans-Jürgen Beck am 15. September 2009 in Düsseldorf.

Den Laden zusammenhalten

GESPRÄCHE



Ernst Breit,
Vorsitzender der Postgewerkschaft,
Kundgebung in Essen, Mai 1976



Hinweis zum Text

Der folgende Text beruht auf vier jeweils mehrstündigen Gesprächen (also keine Interviews im klassischen Sinne!), die der Herausgeber am 4. Mai, 13. Mai, 27. Mai und 3. Juni 2009 mit Ernst Breit in dessen Haus in Königswinter geführt hat. Sie wurden auf Band aufgenommen, wortgenau abgeschrieben, redigiert und von Breit autorisiert. Der Ablauf der Gespräche wurde im Wesentlichen beibehalten, es wurden nur geringfügige Umstellungen vorgenommen, sofern die Chronologie das erforderte.



Kindheit und Jugend

Hemmer: Ernst, du bist Jahrgang 1924, also 85 Jahre alt und bist davon mehr als 60 Jahre lang gewerkschaftlich tätig. Du hast in dieser Zeit eine Unmenge von Personen, von Daten und von Fakten, von Sitzungen miterlebt. Wie sieht deine Erinnerungsstruktur aus? Erinnerst du dich z. B. an lange Zurückliegendes besser?

» Breit: Das ist für mich nicht leicht zu beantworten. Ich erinnere mich in manchen Fällen an lang Zurückliegendes ziemlich genau. An anderes wieder gar nicht. Das Näherliegende hat man natürlich auch im Kopf, das läuft ja das ganze Leben ständig durch. Manchmal fällt mir auch plötzlich lange Vergessenes wieder ein. Dazu genügt oft ein Stichwort. Wenn das nicht fällt, bleibt auch die Erinnerung aus.

Hin und wieder sind es Kleinigkeiten, die besonders haften geblieben sind. So hatte ich einmal den Bezirkstag der Deutschen Postgewerkschaft, Bezirk Kiel, zu leiten, in Westerland auf Sylt. Einer der Gäste war der Abteilungspräsident der Oberpostdirektion, Dr. Menning. Nach unserer Geschäftsordnung konnte man sich in der Diskussion nur einmal zu Wort melden. Das hatte er getan und das Wort erhalten. Später wollte er erneut sprechen. Das musste ich ihm versagen und man hörte förmlich das Aufatmen im Saal, als er das klaglos akzeptierte. Das Ganze muss in den 50er-Jahren gewesen sein.

Du bist am 20. August 1924 in Rickelshof in Dithmarschen geboren. Dein Vater Heinrich Breit, Werkzeugmacher, stammte aus dem Saarland. Deine Mutter, Helene Breit, aus einer Landarbeiterfamilie aus Dithmarschen. Es gab zwei Halbbrüder aus einer ersten Ehe deines Vaters, Willi und Siegfried Breit, die glaube ich, beide verstorben sind. Ihr seid nach deiner Geburt nach Lohse, unweit von Rickelshof, in das Haus der Großmutter mütterlicherseits umgezogen.

Gibt es an diese ganz frühe Zeit so etwas wie Erinnerung? Zum Beispiel an die Situation, Einzelkind gewesen zu sein?

» Die Brüder sind in der Tat wesentlich älter als ich. Siegfried hat in Saarbrücken gelebt, und Willi betrieb in Heide ein kleines Geschäft, zunächst verkaufte er Fahrräder, später Büromaschinen. Zu ihm bestand laufend Kontakt, zu Siegfried aus dem Saarland natürlich nicht, dazu war die Entfernung einfach zu groß.

Erinnerst du dich an die Familie, das Familienleben in den frühen Jahren?

» Wir hatten viel Kontakt zu Familienangehörigen meiner Mutter, die ja in der Nähe wohnten. Wichtiger waren aber eigentlich die Nachbarn, meistens Bauern.

Wie groß muss man sich den Ort vorstellen?

» Ein kleines Dorf, keine Kirche, eine Gaststätte, zwei kleine Kaufläden aus je einem Raum. Aber dort konnte man alles bekommen, vom Geschirr bis zum Petroleum.

Und dahin gingen auch die Kinder?

» Klar, da gab es ja Bonbons!

Und ansonsten war man wahrscheinlich viel draußen?

» Wenn das Wetter es einigermaßen zuließ. Entsprechend nass und dreckig kam man nach Hause. Denn rund um Lohe ist auf der einen Seite im Westen die Marsch und auf der anderen Seite im Osten war Moor. Wir kannten uns überall aus.

Und das Zuhause war eine Wohnung oder ein Haus?

» Das war das alte strohgedeckte Haus meiner Großmutter. Der Großvater war Landarbeiter gewesen, den habe ich aber nicht mehr kennen gelernt, der war schon tot.

Gehörte ein bisschen Land dazu?

» Es gab einen Garten.

Hast du positive Erinnerungen an das dörfliche Leben?

» Ich habe nach meinem Empfinden nichts entbehrt.

Reich wart ihr sicherlich nicht, aber wohlhabend?

» Nein, aber wir hatten genug zu leben. Als ich groß genug war, mit vier oder fünf Jahren, bekam ich ein Fahrrad. Vater fuhr mit seinem Fahrrad zur Arbeit, Mutter hatte auch eins. Das war das Verkehrsmittel der Zeit, es gab keinen Omnibus.

Deine Mutter starb relativ früh, 1935. Das war ein sehr einschneidendes

Erlebnis für dich?

» Natürlich einschneidend für einen 10-jährigen, zumal die Großmutter einige Jahre vorher gestorben war. Danach ist nichts mehr, wie es vorher war. Das führte letztlich auch dazu, dass wir nach Luntzen gezogen sind, weil Vater dort seine dritte Frau heiratete, zu der ich aber keine besonders herzliche Beziehung hatte und auch nicht mehr bekommen habe.

War deine Mutter vorher krank gewesen?

» Ja, es war wohl Krebs.

Wie war dein Verhältnis zur Mutter?

» Gut. Da gab es keine Probleme, auch nicht zu meinem Vater.

Du hast sie beide als ruhige Menschen beschrieben.

» Das war wohl so. Das hat aber nichts daran geändert, dass, wenn ich etwas ausgefressen hatte, es eine handgreifliche Bestrafung gab. Das war für sie kein Problem.

Deine Mutter hat deine ersten Schuljahre mitbekommen?

» Ja, die ersten vier Jahre.

Hat sie die Hausaufgaben beaufsichtigt?

» Ich hatte in der Schule keine Probleme. Als einer der wenigen dort konnte ich einwandfrei hochdeutsch sprechen. Das war nicht selbstverständlich. Daraus ergab sich von Anfang an im Unterricht ein gewisses Gefälle. Wer nur plattdeutsch sprach und erst Hochdeutsch lernen musste, hatte es schwerer. Das war schon ein Problem. Ein Radio, in dem man Hochdeutsch hören konnte, hatte damals kaum jemand.

Die Schule in Lohse war sicher klein?

» Ja, die Volksschule bestand aus zwei Klassen.

Wie kamst du zur Schule?

» Zu Fuß.

Wie viele Kinder waren dort insgesamt?

» Vielleicht 25 Kinder – über vier Jahrgänge.

Und der Lehrer unterrichtete alle Klassen gleichzeitig?

» Der nahm die Jahrgänge nacheinander dran. Und dann mussten die anderen entweder schreiben oder hörten zu. Mit der Folge, dass man im ersten Jahr schon manches von dem mitbekam, was man eigentlich erst im vierten Jahr lernen sollte. Das hatte also nicht nur Nachteile.

Gab es während der ganzen Zeit ein und denselben Lehrer?

» Nein, es waren mehrere, insgesamt drei, ganz unterschiedliche Menschen. Man kam mit ihnen gut zurecht. Sie waren eher jung – Ende Zwanzig bis Mitte Dreißig. Einer von ihnen stammte aus Kiel, den habe ich in weniger guter Erinnerung.

Neigten diese Lehrer dazu zu maßregeln?

» Das kam selten vor und wenn, nicht ohne Grund. Den hatten wir meist geliefert.

Wie war das Zahlenverhältnis zwischen Jungen und Mädchen?

» Das war nach meiner Erinnerung ziemlich ausgeglichen. Das war auch kein Thema, die Mädchen waren da. Wir spielten auch außerhalb der Schule mit ihnen.

Wie war die Sozialstruktur, gab es viele Bauernkinder?

» Die meisten kamen aus bäuerlichen oder aus Arbeiter-Haushalten.

Dein Vater arbeitete in einer Maschinenfabrik?

» Die Fabrik hatte in ihren besten Zeit ungefähr 300 Beschäftigte. Sie wohnten in Heide oder den Dörfern drum herum. Die Fabrik lag am Rand von Heide, in Friedrichswerk, diese Bezeichnung kam von der Fabrik her, wo Entwässerungspumpen gebaut wurden. Sie haben sich eine Zeit lang sehr mit Blausandmaschinen beschäftigt. Das sind riesige Apparate, die mit langen Schneckenbohrern Mergel aus dem Marschboden holten und dann übers Land als Dünger verstreuten. Das waren damals Mordsdinger mit Dieselmotoren, die in der Fabrik instand gehalten wurden.

Du hast bereits kurz deine Großmutter erwähnt, die ein Jahr vor deiner Mutter starb. Spielte sie eine besondere Rolle in deinem Leben?

» Sie war meine Trösterin, wenn es nicht so klappte, wie es sollte.

Beide Großväter waren schon tot, du hast sie gar nicht mehr kennen gelernt?

» Ich weiß nicht, ob der Großvater väterlicherseits noch lebte, da er im Saarland wohnte, wie die anderen Verwandten meines Vaters auch.

Hat es in dieser frühen Zeit Besuche bei oder von den Verwandten gegeben?

» In dieser frühen Zeit nicht. Der ältere Halbbruder Siegfried kam einmal nach Lohe. Das war, als meine Mutter zu Hause im Krankenbett lag und dann ja auch starb. Solange die Großmutter lebte, kam gelegentlich einer der Brüder meiner Mutter, der eine wohnte in Köln, der andere in Jena, um die Oma zu besuchen. Die hatten in der Regel 12 Jahre beim Militär gedient und dann irgendwo eine Anstellung bekommen. Der eine war zum Schluss Polizeimajor in Köln, der andere Obersekretär bei der Verwaltung in Bonn, der dritte Finanzoberinspektor in Trier, der vierte Konsumdirektor in Saarbrücken und der fünfte Briefträger in Elmshagen.

Die Oma war stolz auf sie?

» Sie war zufrieden. Und die meldeten sich auch ab und an, denn so groß war die Rente der Großmutter nicht.

Deine Mutter war die einzige Tochter unter den vielen Kindern?

» Ja, die einzige Tochter.

Nach dem Tod der Mutter seid ihr nach Lunden gezogen, wo du dann auf die Mittelschule gingst. Hättest du auch aufs Gymnasium gehen können, wollen, sollen?

» Wenn meine Mutter noch gelebt hätte, wäre das wahrscheinlich ein Thema geworden. Dann wären wir ja auch in Lohe geblieben. Das nächste Gymnasium war in Heide, eine Mittelschule gab es dort nicht. Aber so wurde das kein Thema. Wir zogen nach Lunden und ich ging dort zur Schule. Am ersten Tag in die Volksschule und am zweiten setzte sich dann durch, dass ich eigentlich in die Mittelschule sollte.

Du hast das damals von dir aus ja nicht als falsch empfunden. Oder wäirst du lieber aufs Gymnasium gegangen?

» Nein, außerdem gab es bei uns wenige Kinder, die auf dem Gymnasium



waren. Da war der älteste Sohn des ursprünglichen Leiters der Volksschule, der aber zu der Zeit, als ich da war, schon versetzt worden war.

Die Frage des Schulgeldes spielte auch eine Rolle?

» Schulgeld war auch an der Mittelschule fällig. Ich weiß noch, dass es um 7,50 Mark ging. Das ließ sich machen.

Als wir später von Lunden wieder weggezogen, blieb ich als Auswärtiger an der Schule. Das wäre teurer geworden. Da bin ich zum Rektor gegangen und habe ihm gesagt, dass meine Eltern das nicht bezahlen könnten. Ich bin mit dem Rektor klargekommen. Am nächsten Tag bekam ich Bescheid, dass ich für 7,50 Mark bleiben durfte.

Du lebst mit deiner Stiefmutter und deinem Vater ohne weitere Kinder zusammen. Das Verhältnis zu deiner Stiefmutter beschreibst du als nicht ideal. Lag es an Sympathie?

» Das weiß ich nicht, ich bin wahrscheinlich auch ziemlich eigensinnig gewesen. Sie konnte rabiat werden.

Stammte sie auch aus der Gegend dort?

» Sie kam wohl in Hamburg zur Welt. Ihre Eltern sind irgendwann in späteren Jahren nach Lunden gezogen. Dort lebte auch ihre Mutter, das war eigentlich deren Haus. Mit dieser Stief-Großmutter bin ich gut zurecht gekommen. Leider war sie nicht oft da. Sie fuhr häufig zu einem ihrer anderen Kinder nach Hamburg. Mit ihrer Ältesten hat sie auch oft Krach gehabt.

Also eine nicht ganz unproblematische Familienkonstellation. Hat sich dein Vater öfter auf deine Seite gestellt oder eher auf die Seite seiner Frau?

» Dazu kam es nicht. Ich habe zu meinem Vater nie das Vertrauen verloren. Wenn es mir mal ganz schlecht ging, konnte es sein, dass ich mit meinem Fahrrad zu ihm zur Fabrik fuhr und abends wieder mit ihm zusammen nach Hause kam.

Das hat er so akzeptiert?

» Natürlich!

Dein Vater war relativ alt, als du geboren wurdest?

» Er war schon über Fünfzig.



Du hattest auch in der Realschule keine Probleme?

» Im Prinzip nicht, aber am Anfang hatte ich Schwierigkeiten damit, die französischen Vokabeln zu lernen. Daran konnte ich mich nicht so richtig gewöhnen. Mit der Folge, dass ich natürlich am nächsten Tag beim Abhören baden ging. Und da ich niemanden hatte, der mir auf die Sprünge geholfen hätte, habe ich in den zwei Jahren, in denen ich Französisch hatte, nicht viel getan. Das hat dazu geführt, dass die Lehrerin zwei oder drei Mal zu uns ins Haus kam, um meiner Stiefmutter näher zu bringen, dass ich da doch wohl was tun müssten nach dem Motto: Können kann er das, aber er tut es nicht. Die Lehrerin war streng, aber gut. Und wohlgesonnen war sie mir auch, gleichgültig war ich ihr offenbar nicht, sonst wäre sie ja nicht nach Hause gekommen. Und irgendwie lief sich das dann auch zurecht, war kein Problem mehr.

Die Schule ist dir also leicht gefallen?

» Ich hatte keine ernsthaften Probleme.

Du brauchtest die Eltern in Schuldungen nicht in Anspruch zu nehmen?

» Nein, das hätte ich auch gar nicht gekonnt.

Dein Vater ging morgens um sechs aus dem Haus und kam abends um sechs wieder zurück?

» Ja, der machte den 17 Kilometer langen Weg nach Heide mit dem Fahrrad hin und zurück.

Erzählte dein Vater, den du als schweigsam und ruhig beschrieben hast, gelegentlich von der Arbeit?

» Wenn es etwa jemanden gab, der nicht so wollte, hat er erzählt. Er leitete als Meister die Werkzeugmacherwerkstatt und die Schmiede.

Also ein hochwertiges und hochqualifiziertes Handwerk?

» Für eine Fabrik so etwas wie der Dreh- und Angelpunkt. Damals bestellte man ja noch nicht einfach Werkzeug aus dem Katalog, sondern es musste individuell hergestellt werden. Ich bin ab und zu bei ihm in der Werkstatt gewesen.

Das war sicher interessant?

» Sicher, ich kam ohne Schwierigkeiten in die Fabrik rein. Alle wussten, dass



ich der Sohn von Meister Breit war. Den ließen sie durch.

Dein Vater war mit seiner Arbeit zufrieden, machte sie gern und fühlte sich wertgeschätzt?

» Das würde ich so sagen. Er war bis zu seinem Lebensende dort beschäftigt.

Hast du als Kind und Jugendlicher Sport getrieben?

» Ich gehörte dem Turnverein in Lohe an. Aber als Kinder konnten wir da nicht viel machen, das war eher etwas für die Erwachsenen. Man spielte zwar auch Fußball, aber die Hauptsache in dem Verein war Turnen. Die Geräte, Barren, Reck, Pferd usw. wurden im Saal des Wirtshauses aufgestellt. Und wenn Tanzveranstaltungen stattfanden, wurde das zur Seite geräumt. In der Realschule gab es dann Schulsport, in viel ausgeprägterem Maße als in Lohe.

Spielte das Schwimmen eine Rolle?

» Schon sehr früh in Lohe badeten wir in einer Mergelkuhle, die eine Hinterlassenschaft der Grabungsarbeiten war. Die war gerade so tief, dass man als Junge noch stehen konnte. Wo es tiefer war, hatten wir Kinder uns selbst ein Sprungbrett gebaut. Hier lernte man das Schwimmen dann. Die älteren Jungen haben aufgepasst, sonst war keine Aufsicht da. Das machte man unter sich aus. Dort habe ich perfekt schwimmen gelernt, alle Arten von Brust- und Rückenschwimmen.

Fahrrad fuhrst du ja ohnehin schon.

» Ja, mein Rad war groß genug, dass ich es bis vierzehn oder fünfzehn gut nutzen konnte.

Gab es zu Hause Bücher, Literatur?

» Es gab einige Bücher, aber an Einzelheiten kann ich mich nicht erinnern. Es gab auch täglich eine Zeitung, den Heider Anzeiger, den die Eltern abonniert hatten. Und dann kam gelegentlich die ein oder andere Illustrierte mit Schnittbogen und auch etwas Text.

Ich nehme an, du hast Karl May gelesen?

» Ja, aber erst später, da wir keine Leihbücherei hatten.



Du gehörtest wahrscheinlich nicht zu denen, die tagelang zu Hause sitzen und Bücher lesen?

» Nein, ich war mehr draußen.

Bei der „Machtübernahme“ 1933 warst du noch nicht ganz 10 Jahre alt. Was hast du davon mitbekommen?

» Ich war ziemlich bald im Jungvolk. Das hing damit zusammen, dass ein entfernter Verwandter meiner Mutter in Heide Jungzugführer war. Und dadurch kam ich überhaupt da rein.

Du warst aber vorher nicht in irgendeiner Jugendorganisation der Kirche? Wir haben gar nicht über Kirche gesprochen. Wie war das mit dem Glauben bei euch?

» Das spielte keine große Rolle. Die Kirche war 4 Kilometer entfernt. Das ist sie übrigens heute noch. Da ging man hin, wenn eine Beerdigung war, denn da war auch der Friedhof. Ansonsten kam man nicht in die Kirche.

Deine Familie war evangelisch?

» Ja, das ganze Dorf war eigentlich evangelisch. Wenn eine Beerdigung war, dann spannten die Bauern an und man fuhr nach Hemmingstedt zum Friedhof und damit auch in die Kirche.

Ein sonntäglicher Kirchgang fand also nicht statt?

» Nein, der ist bei den Evangelischen ja sowieso nicht so ausgeprägt.

Und infolge dessen auch keine Jugendorganisation kirchlicher Art?

» Nein, ich hätte gar nicht gewusst, wohin ich hätte gehen sollen.

Zurück zum Jungvolk, das durch die familiäre Verbindung für dich relativ schnell zum Zuge kam. Dort war es schön, nehme ich an?

» Es war vor allem etwas anderes, auf jeden Fall interessant.

Es hatte eine Attraktion für dich?

» Ja, sicher. Das ist schon richtig. Aber es war auch mühsam: Ich musste zum Jungvolkdienst mit dem Fahrrad etwa 4 km nach Heide fahren.

Wurde man dort eingekleidet, trug man Uniform?

» Ja, zunächst gab es ein Braunhemd und ein Dreieckstuch, das zuerst mit

Lederknoten für Kinder vereinfacht zu binden war. Falls wirklich mal etwas schief ging, war dieses Dreieckstuch direkt als Binde für den Arm zu nutzen. Das war praktisch. Als wir nach Lunde zogen, war ich, wenn auch nicht sofort, wieder im Jungvolk. Die Schule ging vor. Aber dann kam auch in Lunden das Jungvolk, wo ich ziemlich lange geblieben bin. Auch das war interessant.

Hatte das auch etwas mit Indoktrination zu tun?

» Das kann man in dem Alter noch gar nicht beurteilen. Natürlich wurde da in einigen Stunden Nationalsozialismus gelehrt, das ist klar. Und das unterrichteten Jugendliche zwischen 13 bis 16 Jahren. Ich habe das ja später als Jungvolkfürher selber gemacht.

Aber im Vordergrund standen das Gemeinschaftserlebnis und die Ertüchtigung?

» Viel Sport und vormilitärische Ertüchtigung. Anfangs gab es den sogenannten Staatsjugendtag. Das war der Samstag, da fand nicht Schule statt, sondern Jungvolkdienst oder Hitlerjugend für die über 14-jährigen. Das wurde später zugunsten des Schulunterrichts wieder aufgegeben. Dazu gehörte bei den Älteren Schießen mit dem Luftgewehr und mit Kleinkaliber; Ausflüge, Sommerlager in Zelten für 8 bis 14 Tage. Man fuhr nicht unbedingt sehr weit, z. B. nach Nordhastedt, das liegt vielleicht 8 Kilometer von Heide entfernt. Oder es wurden irgendwo auf der Weide Zelte aufgebaut. Man kochte auf offenen Feuerstellen, manchmal war eine Gulaschkanone dabei. Das war ganz interessant.

Und es wurde militärische Rangordnung eingehalten?

» Man kann das vom Militär ableiten, aber so wurde damals darüber nicht geredet. Man wurde irgendwann Jungenschaftsführer, eine Jungenschaft umfasste 10 bis 15 jüngere Knaben. Danach konnte man Jungzugführer werden, das waren dann so 30 bis 40 Jungen mit drei oder vier Jungschaften. Anschließend kam der Fähnleinführer, das konnten dann schon ein paar Hundert sein. Dann kam der Stammführer, das waren mehrere Fähnlein und anschließend der Bann, das war ein ganzer Kreis.

Und du bist in dieser Hierarchie ebenfalls aufgestiegen?

» Ich war vom Rang her Oberjungenschaftsführer. Von der Stellung her Jungzugführer, bis ich zur Post ging. Da war ich 80 Kilometer weit weg, und

musste extra wieder eingeladen werden, denn ich bin nicht zum Dienst gegangen. Der Oberpostmeister half mir auf die Sprünge: Er sprach mich eines Tages darauf an, dass ich nicht beim Jugenddienst gewesen wäre. Darauf bin ich wieder hingegangen.

Von Heinz Kluncker, der etwa so alt ist wie du, weiß ich, dass er über seine Haltung als Junge zum NS in Konflikt mit seiner Familie kam. Gab es bei euch auch so etwas?

» Nein, das gab es bei uns nicht. Ich glaube, das lag auch daran, das habe ich aber erst einige Jahre später richtig begriffen, dass mein Vater national eingestellt war, ohne jedoch irgendwie parteilich gebunden zu sein. Das hing mit seiner Herkunft aus dem Saarland zusammen. Er war dort weg gegangen, weil er mit den Franzosen Krach bekam. Er hat die Machtübernahme, was sich ja auch bewahrheitete, als eine Chance gesehen, dass das Saarland nach Deutschland zurückkehren würde. Er wurde damals auf Staatskosten zur Abstimmung ins Saarland befördert. Das war im Übrigen das einzige Mal, dass er wieder ins Saarland kam. Er bekam sogar einen blauen Anzug dafür.

Dein Vater war nicht gewerkschaftlich aktiv?

» Nein, er war doch Meister. Er war im „Werkmeisterbund“ aktiv, dessen Zeitschrift es zu Hause gab.

Abgesehen von der Sympathie für diese Art von Jugendarbeit, hattest du eine politische Einstellung, die vielleicht von deinem Vater beeinflusst war?

» Eigentlich nicht. Er hat auch nichts in diese Richtung versucht.

Du hattest inzwischen den Wunsch entwickelt, zur See zu fahren?

» Ja, da war ich fünfzehn.

Da fängt man an, sich über den späteren Beruf Gedanken zu machen?

» Ich wollte jedenfalls zur See fahren. Ich habe mich sogar bei einer Agentur in Hamburg-Altona gemeldet. Ich bekam Bescheid, dass ich anfangen könnte, aber ich brauchte die Zustimmung der Eltern, da ich ja erst fünfzehn war. Mein Vater, den ich vorher gar nicht gefragt hatte, hat kategorisch abgelehnt: Erst sollte ich die Schule zu Ende bringen, dann könne man darüber reden.



Das war also noch vor deinem Schulabschluss?

» Ich wollte nicht mehr zur Schule gehen, sondern zur See fahren. Im Nachhinein weiß man nicht, wofür es gut gewesen ist, dass es nicht geklappt hat. Ich habe notgedrungen die Schule bis zum Abschluss weiter besucht. Was mich damals zu diesem Schritt motiviert hat, weiß ich heute nicht mehr. Ich hatte mich mit der Seefahrt beschäftigt, so hatte ich in der Schule den Auftrag, über U-Boote zu referieren. Daher kannte ich mich ganz gut aus.

Du bist beruflich auf Vorschlag des Vaters in eine ganz andere Richtung gegangen, nämlich zur Post. Wie kam es dazu?

» Mein Vater war Mitglied in einer Gesellenprüfungskommission der Handwerkskammer und kannte deren Leiter, einen technischen Obertelegrapheninspektor des Telegrafenaufbaubezirks in Heide. Die trafen sich gelegentlich und tranken einen Schoppen. Gegen Ende der Schulzeit kam mein Vater eines Tages mit der Information, dass bei der Post Inspektoranwärter gesucht würden: Das wäre doch was für dich. Inspektoranwärter war für mich eine vollkommen unbekanntes Bezeichnung. Aber ich kannte einen Fähnleinführer in Lohe, der Postjungbote war. Den habe ich gefragt, Willi, was ist das? Oh, sagt der, da sitzt du am Schreibtisch, wenn das was für dich wäre, da geh man hin, da bist du nicht schlecht aufgehoben. Postjungbote ist die untere Laufbahn bei der Post, für den war der Schreibtisch natürlich selbst als Fähnleinführer was ganz Besonderes. Mit diesem Rat bin ich nach Hause und habe ein Gesuch geschrieben. Ich wurde eingeladen zur Oberreichspostdirektion nach Kiel zum Vorstellungsgespräch, wo man u. a. einen Aufsatz schreiben musste. „Die Bedeutung der Kolonien für einen neuzeitlichen Staat“ war mein Thema. Damit kannte ich mich vom Jungvolk her aus. Und nach einigen Tagen bekam ich den Bescheid, ich sollte zum 1. April 1941 anmustern. Näheres kam ein paar Tage später. Das habe ich dann so gemacht.

Das war zu einer Zeit, als bereits Krieg war. Das machte sich noch nicht bemerkbar?

» In der Nähe von Heide wurde Öl und Ölkreide gefördert und raffiniert. Das hat uns einen sehr frühen Fliegerangriff eingetragen. Aber der war nicht so aufregend, hatte die Raffinerie nicht richtig erfasst, sondern war in Heide auf dem Bahnhof gelandet. Das war bis dahin alles, was wir vom Krieg mitbekommen hatten. Und man konnte nicht mehr so einfach nach Sylt kommen, dort war weitgehend Sperrgebiet, weil man vor Englandangriffen gewappnet sein musste.

Nach meinen ersten 14 Tagen bei der Post in Niebüll starb mein Vater ziemlich überraschend an einer Lungenentzündung. Er hatte wohl eine Staublungge als Folge seiner Arbeit in der Fabrik mit all den Chemikalien. Ich saß gerade bei meinem Oberpostmeister im Einzelunterricht, als das Telefon ging. Dann hat er mir eröffnet, dass mein Vater gestorben war. Ich sollte nun sehen, dass ich nach Heide käme. Von dem Zeitpunkt an war ich auf mich gestellt.

Die Stiefmutter lebte zu dem Zeitpunkt noch?

» Ja, sie war um einiges jünger als er.

Das hat dich doch bestimmt stark getroffen, wenn du auch etwas älter warst, als beim Tod deiner Mutter damals?

» Was hätte ich tun können? Ich habe meine Arbeit gemacht. Ich wohnte bei einer Postkollegenfamilie in Niebüll, die hatten erwachsene Kinder. Da hatte ich ein Doppelzimmer mit einem Elektrolehrling gemeinsam. Das hatte die Post vermittelt. Die sagte nicht nur, du musst am 1. April beim Postamt anfangen, die sagte auch, wo du wohnen konntest. Den Rest musstest du dann allerdings selber organisieren. Dort war ich nicht schlecht aufgehoben, das waren vernünftige Leute. In der Freizeit ist man mit denen gemeinsam baden gefahren zum Beispiel. Und sonst hat man seine Arbeit gemacht.

War dein Vater Vorbild für dich?

» Ohne dass mir das so sehr bewusst war, war ich von ihm gewöhnt, dass er seine Arbeit ernst nahm und ordentlich machte, was er im Übrigen auch von anderen verlangte. Insofern schon Vorbild. Und Zuckerschlecken war auch nicht.

Gab es andere Vorbilder?

» Genau genommen nicht.

Hat es prägende Frauen gegeben?

» Nein, Mutter war tot, die Stiefmutter kam nicht in Betracht, die war nicht mein Fall.

Deine Ausbildung wurde dann systematisch fortgesetzt?

» Nach einigen Monaten wurde ich von Niebüll versetzt. Ich war in Marle in Dithmarschen, in Neumünster, in Flensburg – jeweils unterschiedliche Ausbildungsabschnitte.



Das wurde gemacht, um dich mit unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen vertraut zu machen?

» Ja, in Marle war Postdienst der klassischen Art, da habe ich Briefe verteilt, bin im Auto mit über Land gefahren. In Neumünster war Hauptkassendienst, in Flensburg eher Fernmeldedienst. Ich habe gelernt, einen Fernsprechanschluss zu entstören, im Fernamt Gesprächsvermittlung zu machen, vom Ort bis ins Ausland.

Das war also eine umfassende qualifizierte Ausbildung?

» Kann man sagen. Die Verwaltungsausbildung fand dann in Hamburg statt, da kam theoretisches Wissen dazu.

Das alles spielte sich noch vor deiner Einberufung ab?

» Der erste Verwaltungslehrgang war noch vorher.

Du hast in diesen Stationen jeweils bei einer Familie gewohnt?

» Normalerweise bei einer Familie, die die Post vermittelte. Das lief immer gut, weil sie sich ihre Leute gut ansahen. Das waren in der Regel Postbeschäftigte.

Hast du von diesen Orten mehr mitbekommen, hatte man da auch Freizeit?

» In Flensburg habe ich den ersten Fliegerangriff erlebt. Der kam über die Förde, und wir saßen im Postamt im Keller in der Kantine. Natürlich hat man die Städte ein bisschen kennen gelernt. Wir sind in Flensburg draußen gewesen, konnten allerdings schon nicht mehr nach Dänemark. In Hamburg haben wir die Reeperbahn besucht. In Neumünster waren wir ab und zu am Neuenfelder See.

Wie warst du finanziell gestellt?

» Es gab 115 Reichsmark im Monat. Damit konnte man nicht viel anfangen, zumal noch Miete, Verpflegung und Kleidung davon abgingen sowie das Lehrmaterial, das teuer war.

Große Sprünge waren also nicht drin?

» Nein, aber man konnte davon leben, wenn man bescheiden war.

Gab es in deiner Kindheit und Jugend Freunde, war dir das wichtig?

» Ein guter Freund, Fritz, saß in Weddingstedt, wir waren zusammen in der Schule, er ist leider sehr früh verstorben. Die Eltern hatten eine Tischlerei und Räumerei, bauten Schleusen in der Eider. Dann, vom Jungvolk her, der genannte Postjungbote, Willi Sellmer. Während der Ausbildung lernte man sich natürlich kennen und zu manchem gab es bis zuletzt noch eine Verbindung – viele sind längst in die ewigen Jagdgründe eingezogen.

Waren Kindheit und Jugend für dich eine schöne Zeit, in der du zufrieden warst?

» Wirklich unzufrieden war ich nie. Das liegt aber auch wohl am Naturell. Ich habe das, was ich machte, meistens sehr ernsthaft betrieben und war mit den Ergebnissen überwiegend zufrieden. Das ist doch schon eine ganze Menge. Luftschlösser, abgesehen von der Seefahrt, habe ich nicht gebaut.

Hing das auch mit Landschaft, Umgebung, Familie zusammen?

» Wir waren eine der ersten Familien im Dorf, die Radio hatte. Es war ein umständliches Gerät, ein Kasten mit Röhren, in den man hineinsehen konnte. Dazu gab es einen Lautsprecher. Dann zwei Batterien, ein Akku und eine riesige Anoden-Batterie. Manchmal saßen die Nachbarn bei uns, wenn es etwas Interessantes zu hören gab.

Hat sich in der nationalsozialistischen Zeit im Lebensgefühl etwas geändert?

» Das ist schwer zu beurteilen. Das hat einen natürlich beeinflusst. Es kann ja gar nicht anders sein, wenn man vom zehnten Lebensjahr an damit zu tun hat und damit aufwächst. Es wäre merkwürdig, wenn dem nicht so wäre. Dann hätte einen etwas anderes, Stärkeres beeinflussen müssen. Es gab nichts Gegenläufiges bei mir. Außer vielleicht die elterliche Grundhaltung des „Das tut man nicht“, um es auf einen ganz einfachen Nenner zu bringen. Wir haben in Heide keine Exzesse gehabt, von Lohe gar nicht zu reden. Eine Synagoge gab es dort nicht, es gab da auch nicht viele Juden. Ich erinnere mich an ein Schuhgeschäft namens „Stillschweig“. Später hörte ich, der Inhaber sei Jude gewesen. Aber als Kind wusste ich das nicht. Irgendwann war der dann verschwunden, und das Geschäft übernahm ein Uhrmacher, der hieß Jessemers. Aber sonst wüsste ich gar nichts zu nennen, was in dieser Richtung Einfluss gehabt haben könnte.



Gab es Konflikte, etwa zwischen Kommunisten und Nazis?

» Die hat es gegeben, und gar nicht weit von uns. In der Blutnacht von Wöhrden stießen SA-Leute und Kommunisten vor der Machtübernahme gewaltig aufeinander, Wöhrden ist ein altes Dorf auf der Strecke zwischen Heide und Büsum. Auch in Sankt Annen, ein Dorf nördlich von Lunden in Richtung Eider, muss es etwas gegeben haben – ich weiß aber nicht, was es war.

Die Nazis eröffneten ja eine gewisse Zukunftsperspektive. Konnte man das nachvollziehen?

» Man konnte nachvollziehen, dass die Ergebnisse des Versailler Vertrages sich wohl doch hätten revidieren lassen müssen. Dafür hatte der Geschichtsunterricht in der Schule schon die Voraussetzung geschaffen. Man konnte ebenfalls nachvollziehen, dass das Kinderhilfswerk manchen Leuten sehr helfen konnte. Und während des Krieges bekam man auch mit, dass die Kinderlandverschickung Kinder etwas aus dem Kriegsgeschehen heraus hielt. Das sind nur Stichworte. Man kann nicht sagen, dass das alles ohne Einfluss gewesen wäre. Aber das Oberziel war eindeutig verwerflich.



Anfangs waren die Nazis ja überaus erfolgreich.

» Bis 1939/1940 haben viele geglaubt, es ginge gut weiter. Die Leute hatten Arbeit, es wurden Autobahnen gebaut.

Nach den „Blitzkriegen“, 1940, war Hitler im Zenit seiner Macht.

» Die waren sehr erfolgreich, keine Frage.

Wie war es mit den Mädchen?

» Das war eigentlich nicht sehr ausgeprägt. In der Schule schon gar nicht. Und durch die vielen Ortswechsel danach fand nicht viel statt. Während der Ausbildungszeit hatte man kein Geld. Die Mädchen, die uns interessiert hätten, waren eher an anderen interessiert: Marine, Soldaten.

Die Uniformen spielten eine Rolle?

» Ja, z. B. in Flensburg spielten die eine große Rolle bei den Mädchen im Fernmeldeamt.



Kriegszeit

Du wurdest dann im Oktober 1942 einberufen, da warst du 18 Jahre alt.

» Ich hatte meine vereinfachte Inspektorenprüfung bei der Post noch vorher ablegen können. Das war möglich, wenn die Hälfte der Ausbildungszeit absolviert worden war. Ich wurde dann nach Schleswig eingezogen und 8 Tage später nach Dänemark verfrachtet, nachdem wir noch gelernt hatten zu grüßen – um auf den Fährschiffen nicht unnötig aufzufallen. Der Hitlergruß war damals noch nicht obligatorisch.

Dann kam ich nach Schlagelse auf der Insel Zeeland, in eine ehemals dänische Kaserne aus Holzblockhäusern. Dort fand die Rekrutenzeit statt, wurde mächtig gebimst. Manches konnten wir schon, marschieren und so. Aber das hieß noch lange nicht, dass das unseren Auszubildenden gut genug war.

War das zunächst eine Grundausbildung?

» Ja, die dauerte während des Kriegs 3 bis 4 Monate. Ich wurde als Artillerist und Funker ausgebildet. Danach gab es eine Möglichkeit, sich als Funker zu einer Sturmgeschützabteilung im Osten zu melden. Das taten ein Kamerad aus Lüneburg und ich, weil uns erstens die Sturmgeschütze interessant vorkamen und wir endlich als Funker arbeiten wollten. Daraus wurde nichts. Der Spieß faltete uns zusammen und schickte uns in den Reserve-Offiziersbewerber-Lehrgang. Ich war zwei Tage dort, da hieß es, dass 6 bis 7 Leute an die Infanterie abgegeben werden müssten. Ich war dabei und landete mit den anderen nördlich der dänischen Grenze, gar nicht weit weg von Deutschland, wieder als Reserve-Offiziersbewerber. Es hat keine Woche gedauert, da hieß es, es seien zwei zuviel abgegeben worden, die zurück müssten. Also landete ich wieder beim ROB-Lehrgang der Artillerie in Riebe. Und da bin ich dann geblieben, wurde zum Schießen an Haubitzen ausgebildet, gefunkt wurde da nicht mehr.

Sind wir schon im Jahr 1943?

» Möglicherweise – der ROB-Lehrgang hat ungefähr sechs Monate gedauert, teils in Riebe, teils in Herning, alles Dänemark. Und danach waren wir dann Unteroffiziere. Das war schon was. Wir wurden natürlich zur Frontbewährung in Bewegung gesetzt. Ich kam nach Kreta. Vorher hatte ich noch 14 Tage Urlaub in Heide.

Wie kam man nach Kreta?

» Mit dem Zug. Übers Arsenal in Wien, da lernte man zum ersten Mal Läuse kennen. Mit dem Zug weiter nach Athen und mit der Fähre rüber nach Heraklion. Das war eine anstrengende Reise. Aber auf Kreta fand eigentlich keine Front mehr statt, die Italiener, die die halbe Insel besetzt hatten, hatten kapituliert. Die Deutschen hatten die andere Hälfte, übernahmen nun die der Italiener und machten diese zu ihren HiWis – zu Hilfwilligen. Aber Front war da nicht, die Engländer kamen zu der Zeit nur mal besuchsweise, die haben uns mal einen General in der Nacht mit dem Schiff weggeholt. Den haben wir auch nicht wiederbekommen, der war weg. Wir wussten zwar, in welcher Bucht die ankerten, aber das nützte nichts.

Ein paar Monate habe ich als Geschützführer auf Kreta zugebracht. Dann ging es zur weiteren Frontbewährung nach Italien. Das muss noch 1943 gewesen sein. Soweit ich mich erinnere, mit dem Flieger. Jedenfalls kamen wir in Italien zum Einsatz an den Landekopf von Nettuno. Dort und bei Anzio hatten die Engländer einen Landekopf gebildet, wir hatten nichts zu melden. Die waren mit ihren Schlachtschiffen da und schossen mit 40-cm-Kalibern. Wir hatten maximal 15 cm, damit erreichte man kein Schiff. Wir hatten 10 Gebirgshaubitzen. Die wurden zerlegt und mit jeweils 2 Mulis davor im Zug bewegt. Und zum Schießen mussten sie wieder zusammengestellt werden. Dann hat man uns zurückgezogen, ostwärts von Casino. Da war aber der größte Krach auch schon vorbei. Bald danach sind wir zurück marschiert. Nicht bei Tage, weil wir keine Lufthoheit hatten, sondern nur bei Nacht. Vom Rückzug weg wurde ich nach Deutschland zurückbeordert, an die Kriegsschule in Großbornlinde. Das war in Pommern, heute Polen. Das war ein Offizierslehrgang über 4 Monate, richtig Schule. Da haben wir trotzdem schon am Ostwall geschippt, weil die Russen näher kamen, es wurden Abwehrstellungen gebaut. Das machten wir dann sonntags, zusammen mit Zivilisten, die dazu befohlen wurden. Als die Russen kamen, war ich schon wieder weg. Denn nach der Kriegsschule wurde man als Offizier erst Oberfähnrich, dann Leutnant. Und da ich ja bei der Gebirgsartillerie in Italien gelandet war, kam ich nach Österreich, zuerst nach Obertraun am Hallstätter See, zur Hochgebirgsausbildung. Da war schon Winter, daher lernte ich dort auch Skifahren. Am ersten Abend bekamen wir die Skier verpasst und mitgeteilt, wie man die wachst. Am nächsten Morgen sollten wir damit los. Befehl ist Befehl. Es ging zur 114. Jägerdivision in Italien, eine Division für Hoch- und Mittelgebirge. Die hatten noch kein Edelweiß, sondern ein Eichenblatt am Ärmel. Das Edelweiß kam in Obertraun, an Ärmel und Mütze.

Ich hatte auch eine Keilhose und Gebirgstiefel, wie sich das gehörte. Toll war das! Zurück nach Obertraun. Da sind wir hoch auf die Scheidalm, wo wir eine Zeitlang Hochgebirgsbattelle geübt haben. Raufmarschieren, oben schießen via Artillerie, die ja unten ist, aber Beobachten, Kommando machen, Einschüsse wiederfinden. Da gab es Unkrautgranaten, blauer Rauch, roter Rauch, damit du sie im Schneegelände wiedergefunden hast. Und als wir Obertraun hinter uns hatten, kam ich in die Garnison nach Garmisch-Partenkirchen. Da war ich aber nicht lange, vielleicht eine Woche oder zwei. Ich war nun schon Leutnant. Wir fuhren am Wochenende aufs Kreuzeck rauf, da hatte die Abteilung eine Hütte, wo wir essen und trinken konnten. Wenn ich „wir“ sage, meine ich immer den Lüneburger und mich. Den hatte ich in Dänemark kennengelernt, und wir waren – ohne dass wir viel dazu tun konnten – bis dahin zusammen geblieben. Dann stellten wir fest, dort gibt es Pudding zu essen. Aber wir bekamen den nicht. Wir haben das reklamiert. Die weibliche Bedienung antwortete: „Für Saupreißer hamma kaan Pudding!“ Wir haben tatsächlich keinen bekommen. Andererseits waren wir nicht geneigt, uns extra darüber zu beschweren, wir waren ja ohnehin sehr fremd in Garmisch als Dithmarscher. Das blieb aber nicht lange so. Von Garmisch kam ich nach Holland an die IJssel, da war nichts mehr mit Gebirge. Dort waren auch ganz andere Geschütze, 765er-Rohre auf einer 4-cm-Lafette. Die hatten sie aus dem Westwall geholt und zusammengesteckt. Wir haben immer gesagt, hoffentlich müssen wir damit nicht schießen. Denn ob die beim Schießen auseinanderfliegen würden, wussten wir nicht. Das Rohr war eigentlich für die Lafette zu schwer. Wir haben auch nicht damit geschossen. Das hat der liebe Gott so eingerichtet.

In Holland bist du dann auch in Gefangenschaft geraten, bei Engländern?

» Ja. Dann sind wir über den IJsseldamm nach Ostfriesland marschiert, in die Nähe von Aurich. Die Ortschaft hieß „Kloster Amerika“. Da lagen wir auf Bauernhöfen verteilt. Das war gar nicht schlecht.

Wir hatten ein Dach über dem Kopf. Es waren Lagerblocks mit 90 Leuten und 4 bis 5 Offizieren, die ihre Pistolen behalten durften. So sollte die Ordnung bewahrt bleiben. Wir haben sie nicht gebraucht.

Dann wurden sechs Offiziere abgezogen, und wir kamen von Kloster Amerika nach Pfalzdorf, ein paar Kilometer entfernt. Wir waren zu sechs Offizieren auf einem Bauernhof bei Onkel Jakob Best einquartiert, einem etwa 60-jährigen Junggesellen. Wir haben im Kuhstall gehaust, die Kühe



waren im Sommer draußen. Das war nicht schlecht, weil wir vom Haufen weg waren, der gut versorgt war. Onkel Jakob hat uns in die Stube eingeladen, wir saßen zu sechst auf dem Sofa, er dabei. Wir haben geklönt und geredet, bis eine junge Frau rein kam und wir sofort loslegten: „Ach Frollein, wir haben hier noch Platz.“ Sie war stocksauer. Es war die Frau des Hauses, seine Nichte, die auf dem Hof das Regiment führte. Das wussten wir nicht, und er hatte uns das auch nicht gesagt. Tini, so hieß sie, war sofort wieder draußen.



Ich habe mit Onkel Jakob angefangen zu verhandeln, ob er nicht Arbeit für uns hätte. Das ging auf Plattdeutsch, und ich war der einzige von uns, der das konnte. Jou, jou, meinte er. Da hinten in der Scheune lägen Kartoffeln, die könnten wir entkeimen. Und dann sind wir halt mit drei Mann hin. Die Arbeit haben wir zu dritt am nächsten Tag gemacht. Onkel Jakob begutachtete unsere Arbeit und meinte, wenn wir Kartoffeln bräuchten, könnten wir uns welche nehmen. Das war toll. Die nächste Arbeit bestand im Obstgartenmähen mit einer Sense. Ich hatte zuvor nie eine Sense in der Hand gehalten, ich wusste lediglich, was das war. Dann haben wir diesen Obstgarten tatsächlich – mehr oder weniger gut – gemäht bekommen. Die Sense wurde dabei zwar ein paar Mal krumm, aber die haben wir auch wieder gerade bekommen. Ziemlich schwierig mit so einem Ding, man kann sich damit die Füße abmähen, aber das Gras ist noch lang. Wir haben also geholfen, wo wir gebraucht wurden. Ich habe da zum ersten Mal in ihrem Dasein eine Moorwiese mit der Maschine gemäht. Was eine Mähmaschine war, das wusste ich von zu Hause. Das sind die mit zwei Balken mit Messern und zwei Rädern drunter, zwei Pferde davor. Ich habe diese Moorwiese gemäht bekommen, was mir Ansehen einbrachte, denn mit Pferden umgehen konnte ich auch ein wenig, da wir Pferde hatten und die als Kinder selbstverständlich abends auf die Weide gebracht hatten. Und bei der Artillerie hatten wir ja zuletzt auch Gespanne.

Es kam dann der Bescheid zur Entlassung nach Widmundhaven, da war der Entlassungspunkt. Wir hin und nach zwei oder drei Tagen war ich wieder zurück. Es verschob sich noch, wir also wieder auf den Hof zurück. Der Bauer freute sich, ich konnte noch beim Heueinbringen helfen. Dann sagte er zu mir, ich könne bei ihm bleiben, würde noch einen Anzug bekommen, Verpflegung. Nee, will no Hus! Ein paar Tage später war ich wieder in Widmundhaven, wurde mit dem Lkw bis nach Segeberg in Schleswig-Holstein befördert. Da lagen wir dann in Laubhütten an einem Bach. Von dort wurden wir später mit Lkw in die Heimatorte gebracht.

Du warst also 1945 schon wieder zu Hause?

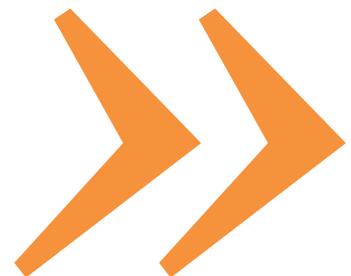
» Ich war im Juli 1945 wieder in Heide. Das war sehr früh. Wir sind in dem Glauben in die Gefangenschaft gegangen, dass die Engländer zugesagt hatten, dass wir sofort nach Kriegsende entlassen würden. Ob das jeweils wirklich so war, weiß ich nicht. Aber so wurde geredet. Und sie haben sich daran gehalten. Wir waren ohne viel Verzögerung wieder zu Hause.

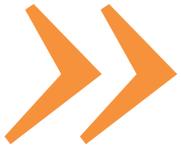
Du hast ab 1942 als Soldat und Offizier am Krieg teilgenommen. Es ist danach viel von „Gräueltaten“ die Rede gewesen, die nicht nur von der SS begangen wurden, sondern auch von Teilen der Wehrmacht verübt worden seien. Hast du etwas in dieser Art miterlebt?

» Breit: Nein, davon bin ich – ohne eigenen Verdienst – verschont geblieben. Ich bin nicht einmal in die Nähe solcher Dinge gekommen. Ob man davon erfahren hätte, ist noch eine ganz andere Frage. Ich kann die Frage also guten Gewissens verneinen.

Für das, was darüber hinaus geschehen ist, z. B. die Judenvernichtung, gilt Ähnliches?

» Durchaus. Das ist offensichtlich an uns vorbei gelaufen, denn geschehen ist es ja. Daran gibt es keinen Zweifel. Da, wo ich zu Hause bin, gab es fast keine Juden. Ich erinnere mich aus der Kinderzeit eigentlich nur an ein Schuhgeschäft, vor dem gelegentlich ein Mann in einer Art Kaftan stand. Auf dem Schild stand „Stillschweig“. Der Name ist haften geblieben. Irgendwann Ende der dreißiger Jahre war er verschwunden. Es zog ein Uhrmacher dort ein, den man aus dem Ort kannte. Was mit dem Schuhhändler geschah, weiß ich nicht.





Nachkriegszeit

Wer von deiner Familie war dort, als du im Sommer 1945 nach Hause kamst?

» Meine Stiefmutter existierte noch, mein Halbbruder mit seiner Familie. Ich meldete mich am Postamt Heide zurück und fing am 1. August dort wieder an. Zunächst habe ich in der elterlichen Wohnung mitgewohnt, aber nicht lange – wegen der bekannten Unverträglichkeit mit der Stiefmutter.

Die Wohnsituation war wahrscheinlich selbst in einem so ländlichen Bereich nicht gut?

» Nein, ich musste erst irgendwo eine Kammer unterm Dach finden bei entfernten Verwandten, wo ich ein Bett aufstellen konnte. Aufrecht stehen konnte man da nicht. Aber ich hatte Unterkunft, Versorgung, Verpflegung. Wir hatten Schweine, eine Kuh im Stall und Hühner. Das alles war damals unbezahlbar.

Du warst also von den üblichen und weit verbreiteten Entbehrungen nicht betroffen?

» Das war ich nicht. Wir mussten allerdings für die Kuh nachts um zwölf am Deichrand Gras mähen.

Wie ließ sich die Arbeit bei der Post an?

» Zuerst bin ich mit dem Fahrrad dorthin gefahren, bis das nicht mehr mitmachte. Ich hatte auf dem Vorderrad einen mit acht übergelegten Stücken reparierten Mantel und der flog eines schönen Tages weg. Da war nichts mehr zu machen, ein neuer war nicht zu bekommen. Von da an musste ich natürlich zu Fuß gehen, das waren immer etwa vier Kilometer pro Richtung.

Du hast bei der Post alle Arbeiten gemacht?

» Es hieß, zunächst würde die Ausbildung fortgesetzt. So lange war ich am Schalter, anschließend wurden andere Stellen zugewiesen: Hilfe beim Stellenvorsteher, da hing eigentlich fast alles dran. Als der weg musste, weil er noch nicht entnazifiziert war, wurde ich gefragt, ob ich die Stelle übernehmen könnte. Konnte ich natürlich gerne. Da war ich plötzlich Stellenvorsteher.

Wie groß muss man sich dieses Postamt vorstellen?

» Es hatte schätzungsweise 50 bis 60 Mitarbeiter, einige im offenen Schalterdienst, die Mehrzahl im Zustelldienst, dann gab es noch den Verteildienst, die Nachforschungsstelle, die Zeitungsstelle, die Rentenstelle. Das alles machte diese Behörde. Viele Beschäftigte waren wesentlich älter als ich. Es wurden auch Vertriebene, die in Dithmarschen gelandet waren, eingesetzt.

Hat die Erinnerung an die Kriegszeit in dieser unmittelbaren Nachkriegszeit eine Rolle gespielt, oder wurde nur nach vorne geschaut?

» Soweit man das konnte, ja. Aber man lief natürlich noch in seiner alten Militäruniform rum, die wurde lediglich flaschengrün gefärbt. Anzüge gab es nicht.

Du hast ziemlich bald als Betriebsrat mit der Gewerkschaftsarbeit begonnen?

» Nein, ich habe nicht als Betriebsrat und Gewerkschafter begonnen. Das hatte einen anderen Hintergrund. Ich versuche es mal zu erzählen:

Wir hatten die Möglichkeit, wenn man die Hälfte der normalen Ausbildungszeit, also 18 Monate, absolviert hatte, eine vereinfachte Prüfung abzulegen, noch bevor man als Soldat zur Wehrmacht eingezogen wurde. Das habe ich, so wie die anderen auch, gemacht, da ich diese 18 Monate gerade voll hatte. Diese Prüfung hatte ich bestanden. Das hatte zur Folge, dass man während der Militärzeit nach den entsprechenden Zeitabläufen auch an der Weiterentwicklung der Laufbahn teilnahm. Man wurde als Soldat also irgendwann aus der Situation des Postinspektoranzwärters herausgenommen und wurde außerplanmäßiger Postinspektor.

Mit diesem Status startete ich nach Kriegsende beim Postamt Heide. Eines Tages erschien ein Oberpostrat von der Oberpostdirektion Kiel und wollte uns drei ziemlich Gleichaltrigen einreden, dass wir die volle Prüfung nachholen müssten. Und wenn wir die nicht bestünden, müssten wir eine Laufbahn tiefer in den mittleren Dienst. Wir waren hoch begeistert. Zugestimmt haben wir nicht, das hatte er wohl auch gar nicht erwartet. Wir haben dann beraten, was zu tun sei. Unterrichtsstellen oder Schulen gab es zu der Zeit nicht. Jeder hatte seine Arbeit im Postamt in Heide und wir einigten uns darauf, uns zweimal in der Woche abends zusammzusetzen, wobei jeder die beiden anderen von seiner Arbeit und Erfahrung unterrichten sollte. So haben wir es gemacht, damit wir für alle Fälle, soweit überhaupt möglich, gewappnet waren.

Damit nicht genug. Wir kamen darauf, dass der Oberpostrat aus Kiel früher im Reichspostministerium in Berlin gewesen war, weil er ein Unterrichtswerk, das nannte man Leitfaden, mit einem Vorwort versehen hatte. Name und Dienstgrad fehlten natürlich auch nicht. Das hieß für uns nichts anderes, als dass er als Mitglied im Reichspostdienst die vereinfachte Prüfung selbst miterfunden hatte. Und der wollte uns nun erzählen, das sei nicht korrekt?

Mir fiel ein, dass eine etwas ältere Kollegin, die mit mir in Lunden in der Mittelschule gewesen war, in Heide im Fernamt Vermittlungsbeamtin war. Die war schon beim ersten Mal Mitglied des Betriebsrats bei der Oberpostdirektion in Kiel geworden, da sie unbelastet war. Ich habe ihr von dem unliebsamen Ansinnen des Oberpostrats berichtet und sie gebeten, in der Angelegenheit etwas für uns zu unternehmen. Sie sicherte mir zu, das mit zur nächsten Sitzung nehmen und uns unterstützen zu wollen. Ergebnis ihrer Bemühungen: Die Kollegen im Betriebsrat waren der gleichen Meinung wie wir, das könne so nicht gehen, sie würden uns unterstützen, auch gegenüber der Direktion. Aber das könne noch wirksamer sein, wenn wir selbst auch in der Gewerkschaft wären. Das waren wir bislang nicht, wieso denn auch? Wir wussten ja gar nicht genau, was Gewerkschaft war. Wir drei haben uns das ein paar Tage überlegt und kamen zu dem Schluss, dass wir, wenn die uns helfen wollten, in die Gewerkschaft eintreten sollten. So kam ich in die Gewerkschaft. Und die halfen uns auch.

Das führte dazu, dass die Kollegen von der ÖTV-Ortsverwaltung, die selbstständige Postgewerkschaft gab es noch nicht, zu mir kamen mit der Bitte, den Aushang für sie zu schreiben, da ich beim Stellenvorsteher eine Schreibmaschine hatte. Im ganzen Postamt gab es drei Schreibmaschinen.

Das habe ich getan, was unweigerlich dazu führte, dass ich den Text, den ich tippte, las und darüber nachdachte. Es konnte vorkommen, dass ich dem Kollegen sagte: „Schorsch, wenn du das ein bisschen anders ausdrücken würdest, begreifen die Leute das besser.“ „Ja, dann schreib das mal.“ Das war der Anfang. Dann habe ich natürlich mehr geschrieben, aber immer nur dann, wenn die was brauchten. Oder wenn die was wissen wollten, der Ortsvorsitzende war ein Telegrafenaufsichtsführer, der den eigentlichen Postdienst mehr von außen kannte.

Du bist dann Betriebsratsvorsitzender geworden?

» Bei der ersten Betriebsratswahl war ich, da noch nicht entnazifiziert, nicht wählbar. Bei der zweiten war ich dann, weil unbelastet, wählbar, Ich wurde



gebeten, inzwischen war ich Überwachungsbeamter geworden, mich der Wahl zu stellen. Ich dachte mir, die werden doch nicht ausgerechnet den Überwachungsbeamten in den Betriebsrat wählen. Das sollte ich ihre Sorge sein lassen, sie wollten, dass ich kandidierte, wurde mir gesagt. Da habe ich es halt getan. Da das eine Personenwahl war, wusste man hinterher genau, wer wie viele Stimmen bekommen hatte. Ich hatte die meisten, musste also auch den Vorsitz übernehmen. Ich habe allerdings zur Bedingung gemacht, dass jede Woche eine Sitzung stattfindet und ich den Mitgliedern des Betriebsrats erzählen kann, was gelaufen war. An Freistellung oder Betriebsratszimmer war nicht zu denken. Der Leiter der Fernmeldeabteilung stellte uns einmal in der Woche abends sein Dienstzimmer für die Sitzung zur Verfügung und erntete als Dank dafür am nächsten Morgen eine richtiggehende Räucherkerze.



Ihr habt euch, wie alle Betriebsräte dieser Zeit, um alles Mögliche gekümmert?

» So ist es. Wir haben dafür gesorgt, dass die Leute zum Torfstechen freigestellt werden konnten, auch wenn sie noch keinen oder keinen Urlaub mehr hatten. Wir haben amerikanische Militärkleidung, die entmilitarisiert war und für geringes Reichsmark-Entgelt angeliefert wurde, unter die Leute gebracht. Wir haben auch mal Essen organisiert, wenn sich die Gelegenheit ergab. Wir kamen natürlich im Betriebsrat bald darauf, dass manches nicht im Postamt zu regeln war. Das musste die Direktion machen. Wie kommt man an die Direktion, die ja in Kiel saß, heran? Reisekosten gab es nicht, für den Betriebsrat erst recht nicht. Wir kamen darauf, dass das Postamt Heide einen ständigen Prüfauftrag für eine Omnibuslinie hatte, die von Meldorf über Heide nach Kiel und zurück lief. Dort mussten Fahrscheine geprüft werden. Also trat ein Kollege von der Kraftfahrzeugstelle den Prüfauftrag an mich ab, so dass ich kostenlos mit dem Omnibus nach Kiel fahren konnte. Der fand das prima, brauchte er das nicht mehr tun. Gesagt, getan – ich habe die Fahrgäste kontrolliert und bin in Kiel zur Direktion und zum Bezirksbetriebsrat gegangen. So ging es fast jeden Monat.

Auf diese Weise konnte ich Beziehungen und Kontakte schaffen, die anders nicht möglich gewesen wären. Das war der Anfang.

Du warst seit 1946 in der Gewerkschaft, wobei deren Strukturen noch gar nicht so festgefügt waren?

» Alles war im Aufbau begriffen. Es gab einige, die aus der Vorkriegszeit

wussten, was eine Gewerkschaft war. Darunter waren auch solche, die immer gegen die Nazis gewesen waren, die konnten sich bewegen und kamen auch mit den Militärregierungsstellen, die es auch im Postamt gab, zurecht und konnten so anfangen, die Gewerkschaft aufzubauen. Es gab erste Versammlungen auf Bezirksebene in den einzelnen Ämtern, teilweise als Betriebsversammlung. Konkurrenzorganisation war der Beamtenbund, der auch wieder Fuß fassen wollte, zum Beispiel indem er den Betriebsratsvorsitzenden für sich zu gewinnen versuchte. Daraus wurde nichts.

Ich erinnere mich an eine gut besuchte Versammlung in einer Gaststätte. Der Hauptredner, Oberpostdirektor und ehemaliger Leiter des Telegrafenamtes in Kiel, der durch Entnazifizierung aus dem Dienst entlassen worden war, hatte dabei wohl nicht nur gute Erfahrungen mit Betriebsräten gemacht. Jedenfalls zog er in der Versammlung kräftig über sie her. Daraufhin bat ich den Bezirksvorsitzenden der Postgewerkschaft aus Kiel, anschließend als erster reden zu können, um klar zu machen, dass das bei uns in den Betriebsratssitzungen völlig anders verlaufe. Und dann habe ich dem anständig meine Meinung über Betriebsräte gesagt.

Am Ende mussten sie abziehen, ohne neue Mitglieder gewonnen zu haben. Mein Bezirksvorsitzender bat mich, öfter zu so einer Konkurrenzveranstaltung zu kommen und meine Meinung zu sagen. So wurde es mit der Gewerkschaftsarbeit immer intensiver.

Bald wurde ich als Tarifsachbearbeiter Arbeiter nach Kiel geholt. Das bedeutete zwar für mich, dass ich dorthin ziehen musste, aber auch, dass ich bei den Bezirksvorstandssitzungen in der Regel dabei war. Als der Kassierer ausfiel, übernahm ich dessen Aufgaben kommissarisch in der Bezirksverwaltung, da ich das alles ja gelernt hatte.

Heinz Kluncker, der in Wuppertal in einer ähnlichen Situation war wie du, berichtete von älteren Menschen mit einer Art Vorbildcharakter. Kannst du dich an solche Menschen ebenfalls erinnern?

» Ja, es gab ältere Kollegen, die schon einiges erlebt hatten, z. B. der Vorsitzende des Bezirksbetriebsrates. Das war ein Kraftfahrzeugwerkmeister, Bernhard Jansen. Ihn lernte ich gut kennen, habe ihn auch einige Monate lang vertreten, als er wegen Krankheit ausfiel. Ich habe bei ihm in Kiel gewohnt. Das hat alles dazu beigetragen so zu werden, wie man letztendlich geworden ist.

Gab es Verbindung zu anderen Gewerkschaften, etwa den Metallern?

» Nachdem die Postgewerkschaft selbstständig geworden war, eigentlich nur zur ÖTV, denn es blieben einige Kollegen dort, aber nicht alle waren gut aufeinander zu sprechen. Das war auf der obersten Ebene auch nicht anders. Die Vorsitzenden Adolf Kummernuss (ÖTV) und Carl Stenger (DPG) konnten nicht gut miteinander – wegen der Trennung. Aber hätten die Postler das nicht gemacht, wären sie wahrscheinlich beim Beamtenbund untergegangen. Die Postgewerkschaft hatte einen Organisationsgrad von ca. 75 Prozent.

Du hast zwei Vorsitzende erwähnt. Damals sah man solche Leute ja noch nicht im Fernsehen. Kannte man sie trotzdem?

» Ja, aber ich kann nicht mehr sagen, ab wann mir die Namen bekannt waren. Man bekam ja auch zu Anfang nicht jeden Tag eine Zeitung zu lesen. Die einzige, die leicht zu bekommen war, war die kommunistische „Freiheit“, und darin kamen solche Namen natürlich nicht vor.

Gewerkschaftliche Anfänge



Du wurdest dann Bezirksbetriebsrat in Kiel?

» Ja, ich kam zwar in den Bezirksbetriebsrat, aber ich wurde nicht Betriebsratsvorsitzender. Ich hatte nur den erkrankten Vorsitzenden vertreten, und danach bin ich wieder zurück in meinen Postdienst nach Heide. Ich hatte zu der Zeit auch nichts anderes vor.

Du hast dich nicht unbedingt zu den Dingen gedrängt? Man hat dich gebeten oder es ergab sich so?

» Ich war Postbeamter des Gehobenen Dienstes und damit im Grunde nicht unzufrieden. Es gab da Chancen, die ich auch genutzt habe. Eine der besten Möglichkeiten war es, Vorsteher eines Postamtes zu werden, was ich schon im Auge hatte.

Vorher wurdest du aber Postinspektor in Heide und bist relativ bald zur Oberpostdirektion nach Kiel gewechselt?

» Das lag nicht unmaßgeblich an der Gewerkschaft. Es ging um die Besetzung des Sachbearbeiterplatzes für Tarifrecht Arbeiter. Die Gewerkschaft hatte so etwas wie ein Vorschlagsrecht zu der Zeit. Und so kam ich da hin.

Wir haben etwas Wichtiges übersprungen: Du hattest inzwischen eine Fa-

milie gegründet. Du hast 1947 deine Frau, die du schon im Krieg kennengelernt hattest, geheiratet.

» Ja, sie kam aus Heide. Wir kannten uns auch vorher schon ein bisschen. Das ging dann alles recht flott vonstatten. Die Schwiegereltern hatten ihr Haus in Heide, wo sie auch wohnte. Sie arbeitete damals bei der Spardarlehenskasse. Und wir wohnten dann zusammen in dem Haus, was recht geräumig war. Wir hatten oben eine kleine Wohnung. Aus dem ehemaligen Badezimmer wurde eine Küche, die Badewanne blieb drin und wurde mit einer Tischplatte abgedeckt, damit wir eine Arbeitsfläche hatten.

Später zogen wir dann, wir waren schon zu dritt, nach Kiel um. Aber auch unser zweites Kind wurde dann in Heide geboren, weil man da alle notwendige und bekannte Unterstützung wie Mutter und Doktor hatte.

Hat dich die allgemeine politische Entwicklung der Zeit berührt oder war deine berufliche Situation zentraler?

» Ja, und auch die Arbeit in der Gewerkschaft. Ich musste die Tätigkeit als Sachbearbeiter Tarif bald aufgeben, weil ich 1953 in den Bezirksvorstand der Postgewerkschaft gewählt wurde. Da kamen meine Kollegen von der Direktion und meinten, dass ich da gewählt worden sei, wäre ja sehr schön, aber ich könne dann nicht mehr Tarifsachbearbeiter sein. Wie ich nun im gegebenen Fall gegen mich selber hätte prozessieren müssen – gleichzeitig als Vertreter der Arbeiternehmer wie der Direktion – musste ich meine Position verlassen. Aber man bot mir einen freien Platz im Beratungsdienst an. Dort hätte ich dann zudem die Chance, zusammen mit einem anderen Kollegen irgendwann einen Dienstwagen zu bekommen.

In dieser Position habe ich Unternehmen und Schulen beraten, Unterrichte veranstaltet und das Unternehmen Post „verkauft“. Das Ganze hatte vorher „Eigenwerbung“ geheißen, dem Trend der Zeit folgend nun „Beratungsdienst“. Das fand im Bezirk statt. Wir waren zu zweit, jeder hatte die Hälfte des Bezirks, die wir nach einer gewissen Zeit tauschten. Da war man fleißig unterwegs. Deshalb der Dienstwagen, ein Vorkriegs-DKW mit Holzantrieb. Heizung gab es nur für die Windschutzscheibe, die man innen befestigen konnte. Jeder von uns hatte nur Anspruch auf ein halbes Auto. Aber der Wagen fuhr!

Du bist dann relativ bald Postamtsvorsteher in Neustadt geworden? Du warst gleichzeitig Bezirksvorsitzender und Postamtsvorsteher?

» Ja, als Bezirksvorsitzender war man Mitglied des Hauptvorstandes der

Deutschen Postgewerkschaft. Das blieb man auch, wenn man Postamtsvorsteher wurde. Das war kein Grund, den Posten abzugeben. Ich blieb auch Mitglied des Bezirksbetriebsrates, später Bezirkspersonalrat, als ich Amtsvorsteher wurde, das war kein Widerspruch. Vorsitzender hätte ich da allerdings nicht werden können. Die weitere Entwicklung vollzog sich dann im Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft.

Auf die Position eines Amtsvorstehers hattest du ja hingearbeitet?

» Ja, und das habe ich zwei Jahre lang gemacht. Dann kam die Weiterentwicklung mit der Arbeit beim Hauptpersonalrat.

Die Arbeit eines Amtsvorstehers stelle ich mir vielfältig vor.

» Sie ist auch sehr interessant. Es gehörte der gesamte Postdienst dazu, wie ich ihn bereits in Heide hatte. Des Weiteren ein Fernamt und eine technische Entstörungsstelle. Dadurch war man immer gut auf dem Laufenden. Und wir wohnten in einer Dienstwohnung im Postgebäude. Aber dennoch: länger als zwei Jahre hätte ich es dort nicht ausgehalten.

Warum bist du dort nur so relativ kurz geblieben?

» Im Hauptvorstand der Postgewerkschaft war die Liste für die Wahlen des Hauptpersonalrats aufzustellen und zu beschließen. Er setzt sich aus Vertretern möglichst vieler Bezirke zusammen. Mir war aufgefallen, dass der damalige Vorsitzende des Hauptpersonalrats altersbedingt höchstens noch zwei Jahre amtierend konnte. Ich habe – naiv wie ich war – gefragt, ob es eigentlich schon einen Nachfolger für ihn auf der Liste gebe, so dass dieser in den verbleibenden beiden Jahren vom Vorgänger eingearbeitet werden könne. Das war nicht der Fall und sofort wurde jemand gesucht. Der eine konnte nicht, der andere wollte nicht. Schließlich zeigte mein Bremer Kollege auf mich – ich sei doch Mitglied im Bezirksbetriebsrat und im Bezirkspersonalrat. Auf die Frage, ob ich dazu bereit sei, musste ich sagen, dass aus unserem Bezirk seit Jahren Bernhard Jansen auf der Liste stehe, an dessen Stelle man nicht einfach mich auf die Liste setzen könne. Das müsse ich erst mit dem Bezirk besprechen.

Die Kollegen im Bezirk und auch Bernhard Jansen selbst, Vorsitzender des Personalrats dort, meinten, ich solle unbedingt auf die Liste. Sollte der Bezirk jemals eine Chance haben, einen Vertreter in den Hauptpersonalrat zu bekommen, dann sei sie nun gegeben. Ich konnte signalisieren, dass ich auf die Liste könne. Von Hauptamtlichkeit war allerdings keine Rede, ich



war ja ehrenamtlich tätig.

Ich wurde gewählt. Wenige Monate später erkrankte der Vorsitzende an einer Netzhautablösung, die damals nach dem medizinischen Stand so gut wie unheilbar war. Das hatte zur Folge, dass ich seinen Dienst übernehmen musste, da seine Rückkehr mehr als fraglich war. Und so ging es dann 1959 von einem Tag auf den anderen nach Bonn.

Du warst 1956 Sozialdemokrat geworden. Was hat zu dieser Entscheidung geführt?

» Die Arbeit in der Gewerkschaft und als Betriebsrat machte mir – dem völlig demokratieunerfahrenen Menschen – im Laufe der Jahre klar, dass es ohne Parteien nicht ging.

Also machte ich mich in Neustadt kundig, wer dort Vertreter der SPD war. Es war der Marktmeister, der den Wochenmarkt organisierte. Wir kannten uns vorher nicht. Ich rief ihn an und fragte, ob er nicht mal vorbeikommen könne, ich wolle mit ihm in seiner Eigenschaft als Ortsvorsteher der SPD sprechen. Während der Unterhaltung eröffnete ich ihm, dass ich Mitglied der SPD werden wolle, was ihn sehr überraschte. Das hatte er vom Postvorsteher nicht erwartet. Hätte er gewusst, dass ich Gewerkschaftsvorsitzender war, wäre er sicher weniger erstaunt gewesen.

Hättest du dich auch für die CDU entscheiden können?

» Nein, das war nicht meine Linie. Aber der Bezirksvorsteher der Postgewerkschaft von Münster, Walter Becker, ein guter CDU-Mann und Sohn von Helmut Becker, hat später einmal gesagt, er sei erstaunt gewesen, als er hörte, ich sei in die SPD eingetreten. Er hatte wohl damit gerechnet, dass ich irgendwann zu ihnen gekommen wäre.

In der Postgewerkschaft war es ja gute Tradition, dass sowohl Sozialdemokraten als auch Christdemokraten vertreten waren.

» Ja, auch im Vorstand. Einer der Stellvertreter war in der Regel ein CDU-Mann.

Bei deiner Herkunft und deinem Werdegang ist es nicht ganz abwegig zu fragen, warum du der SPD den Vorzug gegeben hast vor der CDU. Waren es Personen oder Politik?

» Es war beides. Es gab in der Postgewerkschaft immer höchst respektable CDU-Leute. Der stellvertretende Vorsitzende damals war Josef Diestel, sei-

nes Zeichens Oberpostrat in Godesberg, dienstlich sogar Leiter der Personalabteilung im Bundespostministerium. Das war ein Beispiel für einen Kollegen, den man ernst nahm und von dem man wusste, was man von ihm zu halten hatte. Mit ihm bin ich fast immer zur Hauptvorstandssitzung gefahren, als ich dann in Godesberg wohnte. Während der Fahrt haben wir, der CDU-Mann und ich von der SPD unseren Kram beredet.

Bevor du nach Bonn gingst, hast du im Vorstand der Postgewerkschaft lange mit deinem Kollegen aus Bremen, Fritz Meier, zusammengearbeitet. Das war eine enge Verbindung?

» Ja, wir verstanden uns gut und waren ein gutes Gespann.

Was Carl Stenger dann zu dem Wort von Max und Moritz brachte.

» Fritz war zum Schluss Abgeordneter im Land Bremen, er ist leider schon lange tot. Das war ein profilierter SPD-Mann. Wir waren fast gleichaltrig, er hatte bei der Post als Postjungbote angefangen, kannte die Post von der Pike auf. Er war ein guter Bezirksvorsitzender, zuerst ehrenamtlich, später hauptamtlich.

Vorsitzender des Hauptpersonalrats und Gewerkschaftsvorsitzender



Zum Hauptpersonalrat der Post in Bonn war es sicher in jeder Beziehung ein sehr großer Sprung?

» Das war eine umfassende Veränderung, eine völlig andere Aufgabenstellung als bis dahin, zuständig für das gesamte Bundesgebiet, mit einem Arbeitgeber, der damals von der CDU kam, Richard Stücklen. Wir haben zwar am selben Tag Geburtstag, aber das hat uns nicht näher gebracht.

Die Familie zog in völlig andere Verhältnisse um, gerade die Kinder. Das alles für zunächst einmal zwei Jahre, so war die Wahlperiode. Aber eine Fernbeziehung haben wir trotzdem nie erwogen, das wäre uns nicht gut bekommen, vor allem den Kindern nicht.

Wie muss man sich den Apparat vorstellen? Du hattest dort sicherlich ein Büro und eine Struktur?

» Unsere Geschäftsführung bestand aus 5 bis 6 Personen, wir hatten zwei Sekretärinnen im Büro im Postministerium. Das waren Beamtinnen oder

Angestellte der Bundespost. Der Hauptpersonalrat umfasste etwa 25 Mitglieder und kam einmal im Monat zusammen, meistens für anderthalb Tage. Er tagte im Postministerium, wobei der Personalabteilungsleiter, ein Ministerialdirektor, als regelmäßiger Gast dabei war.

Das war sicher eine vielfältige Aufgabe mit umfassender Zuständigkeit und bestimmt auch eingebunden in vielerlei interessante Vorgänge des Ministeriums?

» Alles, was von Bedeutung war, landete irgendwann auch beim Hauptpersonalrat. Das führte u.a. dazu, dass der Vorsitzende des Hauptpersonalrats regelmäßig an den ein- oder zweimal jährlich stattfindenden Konferenzen der Präsidenten der Operpostdirektion teilnahm, unter Leitung des Ministers und seines Staatssekretärs. Wenn es sein musste auch noch abends beim Schoppen. Es ging nichts wirklich an uns vorbei, egal, ob man sich manchmal an den Kopf fasste.

Ein Beispiel: Da kam eine Klage aus Kall in der Eifel, wo ein Lager mit Telegrafmasten war, die bekanntlich aus geteertem Holz bestanden. Die schwitzten nun den Teer aus, so dass sie kein vernünftiger Mensch mehr anfassen konnte, ohne sich dabei zu verletzen. Man müsse doch was gegen das Teeren tun können, es ginge doch auch mit Salz, was weitaus weniger gesundheitsschädlich sei. Wir berieten und berieten – bis der Anruf aus Kall kam, wir sollten uns die Sache vor Ort ansehen. Wir schilderten dem Fernmeldeabteilungsleiter, Ministerialdirektor Wiedmann, den Fall mit der Schlussfolgerung, es sei an der Zeit, eine Lösung für das Problem zu finden. Er wollte abwiegeln, aber wir machten Druck, weil die Kollegen vor Ort die Masten nicht mehr anfassen würden. Schließlich fuhren wir mit ihm und unserem Vorsitzenden Max Prinz aus München und seinem Stellvertreter dort hin, um uns das Übel anzusehen. Von da an wurde nur noch mit Salz konserviert.

Ein anderes Beispiel: Es wurde der Selbstwählerndienst eingeführt, wodurch nach und nach die Fernmeldeämter verschwanden, wo jede Menge Frauen arbeiteten. Wir sorgten dafür, dass niemand entlassen werden musste. Wer wollte, konnte aufhören, aber gehen musste niemand. Davon waren im Laufe der Jahre immerhin einige tausend Menschen betroffen.

Hatte das Anklänge an bestimmte Regelungen der Montanmitbestimmung und die Funktion des Arbeitsdirektors?

» Diese Position gab es bei der Post nicht, und sie ist auch nicht ersetzbar.

Aber der Hauptpersonalrat hat das, was er machen konnte, gemacht. Er hatte allerdings weniger Befugnisse als die Betriebsräte. Wir haben unsere Arbeit aber wohl gut gemacht, sonst hätten sie mich nicht später zum Gewerkschaftsvorsitzenden gewählt.

Hattest du Zugang zum Minister?

» Sicher, zu ihm und zu seinem Staatssekretär. Ich hatte überall Zugang. Das hängt natürlich auch damit zusammen, ob man ernst genommen wird. Ich war als Vertreter des Personals ja auch Amtsvorsteher gewesen, sodass mein Gegenüber davon ausgehen konnte, dass ich wusste, worum es ging. Das hat schon geholfen.

Du warst, bevor du 1971 zum Gewerkschaftsvorsitzenden gewählt wurdest, also 12 bis 13 Jahre lang Hauptpersonalratsvorsitzender?

» Und ich wäre das wohl auch noch länger geblieben, denn als Nachfolger für den Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Carl Stenger, war jemand anderer vorgesehen.

Du hast aber auch schon als Hauptpersonalratsvorsitzender an den Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der DPG teilgenommen?

» Ja, und in den späteren Jahren war ich in Personalunion dort auch Mitglied, wenn auch ehrenamtlich.

Das heißt, du hast in der Leitung einer Gewerkschaft schon eine gewichtige Rolle gespielt?

Ein bisschen schon, ja.

Stellt das alles nicht eine erhebliche Arbeitsbelastung dar?

» Ja, das war schon ein gerütteltes Maß an Arbeit, aber ich habe mich nicht überfordert gefühlt. Es war eine Arbeit, die mich zufrieden stellte, denn ich konnte etwas bewirken.

Ging es bei der täglichen Arbeit vorrangig um Personalfragen?

» Hauptsächlich. Aber es kamen auch andere Dinge hinzu, oft indirekt. Zum Beispiel die Frage, welche Technik im Fernmeldewesen eingesetzt werden soll. Das hat ja erhebliche Folgen für die Menschen, die Beschäftigten. Wenn man deren Wirkungen erst wahr nimmt, wenn sie schon eingetreten sind, dann ist es meist zu spät.



Habt ihr auch Beratung oder gar wissenschaftliche Hilfe von außen in Anspruch genommen?

» So weit waren wir nicht, dass wir immer gewusst hätten, an wen wir uns hätten wenden können.

Du warst im Vorstand der Gewerkschaft sehr aktiv, hast z. B. eine Grundsatzzuntersuchung über das Selbstverständnis der Gewerkschaften angeregt.

» Ich habe sie sogar initiiert.

Das heißt, Rolle und Zukunft der Gewerkschaften lagen dir sehr am Herzen?

» Wir kamen irgendwann zu dem Ergebnis, dass wir eigentlich mehr erreichen müssten. Ich vermutete, dass das Selbstverständnis unserer Mitglieder nicht ausreichen würde, sie in dem erforderlichen Ausmaß zu aktivieren. So kam es zu der Selbstverständnis-Debatte. Der entsprechenden Kommission habe ich aus Zeitmangel gar nicht angehört, aber ihr Ergebnis war auch aus heutiger Sicht respektabel.

Es war in der damaligen Zeit eines der relevantesten Ergebnisse dieser Art im gesamten DGB-Rahmen.

» Ja, aufgrund dieser Diskussion wurde die DPG schlagkräftiger. Wir hatten ja drei Beschäftigtengruppen: Beamte, Angestellte und Arbeiter, mit ganz unterschiedlichen Rechtsverhältnissen und, daraus resultierend, unterschiedlichen Möglichkeiten. Die Kommission sollte auch ermitteln, welche Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns es dennoch gab.

Wie sah es mit Verbindungen zu anderen Gewerkschaften und zum DGB aus?

» Sie waren nicht sehr ausgeprägt, weil wir ja eine sehr eigene Problemlage hatten, bei der uns weder die Gewerkschaften noch der DGB unterstützen konnten.

Du hast 1969 zum stellvertretenden Vorsitzenden kandidiert. Das hat nicht geklappt.

» Heinz Esders wurde mit einer Stimme Mehrheit gewählt. Später war er dann mein Stellvertreter. Trotzdem haben wir gut zusammen gearbeitet. Er lebt nicht mehr.

1971 wurdest du zum Vorsitzenden der Postgewerkschaft gewählt. Wie kam es dazu, wie waren die Umstände?

» Der Vorschlag kam zwar nicht unmittelbar von meinem Vorgänger Carl Stenger, der hatte aber auch nichts dagegen. Dem war die Petersilie dadurch verhasst, dass Kurt Gscheidle, der eigentlich seine Nachfolge antreten sollte, in die Politik ging. Nicht nur, dass er Bundestagsabgeordneter geworden war, das hätte ihn ja nicht gehindert, aber er wurde Staatssekretär im Postministerium, später sogar Minister. Damit fiel er für den Gewerkschaftsvorsitz aus. So kam ich an die Reihe. Ich glaube, dass Stenger am Ende sogar dafür war, weil er keine Alternative hatte.

Carl Stenger war von 1949 bis 1971 Vorsitzender der Postgewerkschaft, d. h. die unglaublich lange Zeit von 22 Jahren. Das hat, so glaube ich, niemand sonst beim DGB geschafft. Was war das für ein Mann, er muss ja eine Besonderheit gewesen sein?

» Er war ein sehr eigenständiger Mann, nicht ungeschickt, konsequent und dennoch anpassungsfähig.

Kurt Gscheidle, der später Staatssekretär und Minister wurde, sollte ursprünglich als Nachfolger Ludwig Rosenbergs DGB-Vorsitzender werden?

» Ja, er stand auf der Liste ganz oben. Aber wenn ich mich recht erinnere, scheiterte er an der IG Metall. Sein etwas delikater Unfall in Berlin kam dann ganz gelegen. Es war bitter genug.

Wollte ihn der mächtige IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner auch deshalb nicht, weil er so nachdrücklich auf eine Reform des DGB gedrungen hat? Meinte es Gscheidle ernst damit?

» Das war ernst gemeint. Er konnte penetrant sein und war ein ausgekochtes Schlitzohr. Ich habe Otto Brenner nie kennen gelernt, deshalb kann ich zu der Sache sonst nichts sagen. Ich glaube allerdings nicht, dass der Anlass in Berlin entscheidend gewesen ist. Der Boden war bereits vorher bereitet.

Woher stammte er?

» Er war Schwabe, aus Baden-Württemberg, von Beruf Fernmeldetechniker. Er hieß nicht nur Gscheidle, er war es auch.



Hattest du zu späterer Zeit noch Kontakt zu ihm?

» Wenig. Wir kamen nicht mehr miteinander zurecht. Wir hatten zwar denselben Ursprung und sind in unserer gemeinsamen Zeit in der Postgewerkschaft auch gut miteinander ausgekommen. Aber als er Minister war und ich Gewerkschaftsvorsitzender, haben wir nichts Gemeinsames mehr erreichen können. Seine Rolle zog ganz andere Verpflichtungen nach sich als die eines Gewerkschaftsvorsitzenden. Ich weiß nicht, ob ich diesen Weg gegangen wäre, wenn er sich mir eröffnet hätte. Ein entsprechendes Angebot Gscheidles habe ich jedenfalls klar abgelehnt, was er nicht verstehen konnte. Mein Gesichtspunkt war, dass meine Kollegen nicht mehr gewusst hätten, mit wem sie es eigentlich zu tun hätten, wenn ich die Seiten gewechselt hätte. Etwas Ähnliches hat es ja vor einiger Zeit bei den Eisenbahnern gegeben – und das hat nicht lange gehalten. Meine Frau und ich waren übereinstimmend der Meinung, dass das nicht gut gehen könne.

Ist es dein Prinzip, mit den Menschen, mit denen du politisch zu tun hast, möglichst gut zurechtzukommen?

» Bei Bedarf muss man auch einmal deutlich werden, aber das wäre immer nur die allerletzte Möglichkeit. Es ist besser, sich friedlich zu sortieren. Wo käme man sonst hin.

Wie kam deine Kandidatur für den Vorsitz der Postgewerkschaft 1971 zustande?

» Ich wurde nach Beratung der Gremien vorgeschlagen und im Ergebnis hat man das ja für richtig halten können.

Du hast 315 von 364 Stimmen bekommen. Das ist ein hoher Prozentsatz. Wie hast du das empfunden?

» Ich war zufrieden. Es war die Fortsetzung meiner Arbeit über all die Jahrzehnte, wie sie besser gar nicht sein konnte.

Der Schritt entsprach auch deiner Zielsetzung?

» Es war nicht so, dass ich gemusst hätte, ich wollte das. Ich hätte das allerdings nicht selbst initiiert.

Die Arbeitsstruktur an der Spitze der Gewerkschaft hat sich gegenüber dem Hauptpersonalrat sicherlich wesentlich verändert?

» Der Apparat war gegenüber dem beim Hauptpersonalrat ungleich größer.

Ganz abgesehen davon, dass die Bezirke eine beträchtliche Rolle spielen.

Die Arbeitsstruktur war dir allerdings nicht unbekannt, denn du warst ja schon lange Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes gewesen.

» Aber es ist doch noch mal eine andere Art der Arbeit und Aufgabenstellung. Es war dennoch kein Problem für mich, ich kannte die Arbeit schon. Ich war nicht auf einem fremden Planeten gelandet.

Atmosphäre und Zusammenarbeit waren kollegial?

» Ja, das stimmte alles.

Ein besonderes Datum in deiner Amtszeit und auch in der Geschichte der Postgewerkschaft insgesamt war der Streik von 1980.

» Es war der erste überhaupt für die Postgewerkschaft.

Nicht nur du hast diesen Streik damals wohl als unumgänglich angesehen?

» Ja, er wurde in einer Urabstimmung gemeinsam als notwendig erklärt. Der Versuch, das zu vermeiden, führte mich bis zu Helmut Schmidt, der mir sagte, dass wir ja zuerst eine Urabstimmung machen müssten. Ich sagte ihm, ich wüsste heute schon, wie die ausgehen würde. Der Kanzler wollte seinen Minister nicht desavouieren – und der hieß Gscheidle.

Die Urabstimmung ging so aus, wie du vorausgesagt hast. Dann kam der Streik?

» Die Selbstverständnisdebatte war eine hilfreiche Voraussetzung dafür, denn selbst die Gruppen, die nicht streiken durften, die Beamten z. B., haben, wo immer es ging, geholfen.

Der Postminister versuchte, die Beamten in seinem Sinne gegen euch zu beeinflussen?

» Das wurde deutlich, als wir vor dem Streik versucht haben, mit dem Postministerium so etwas wie eine Notdienstvereinbarung zu treffen. Bei der Post gibt es ja immer Bereiche, die man nicht ohne weiteres mittels Streik lahmlegen sollte, weil mitunter Menschenleben in Gefahr sind. Deshalb schien uns eine Notdienstvereinbarung sinnvoll und nützlich. Der Minister lehnte mit der Begründung ab, die Beamten müssten ja arbeiten. Wir haben dann anders reagiert. Damit nicht alles zum Stehen käme, bestreikten wir den



Telegrafendienst nicht. Wer eine eilige Nachricht hatte und ein Telegramm dafür benutzen wollte, wurde nicht daran gehindert. Mit dieser Regelung sind wir für die paar Tage ganz gut zurecht gekommen. Es hat keine Entschädigungsklagen oder ähnliches gegeben. Das ist ein Beispiel für Maßhalten. Wir haben Maß gehalten, ohne unsere eigenen Interessen aufs Spiel zu setzen.

Die Postgewerkschaft hat insbesondere in der Tarifpolitik eng mit der ÖTV zusammengearbeitet. Dabei war dein gutes Verhältnis zu Heinz Kluncker wahrscheinlich förderlich. Kanntet ihr euch schon vor deiner Wahl zum Postvorsitzenden?

» Eigentlich nicht. Man kannte sich, aber nicht näher.

Dann begann eine gute Zusammenarbeit?

» Es wurde zu beiderseitigem Nutzen zusammengearbeitet, wo immer es ging.

Kann man von Freundschaft bei euch sprechen?

» Ja, das kann man sagen.

Wobei ihr vom Naturell her eher unterschiedliche Charaktere seid.

» Ein wenig schon, aber wir haben uns verstanden. Wir wussten nach gar nicht langer Zeit, dass wir uns aufeinander verlassen konnten, das war das Entscheidende. Und auch politisch lagen wir nicht so weit auseinander.

Nach deiner Wahl zum Vorsitzenden der Postgewerkschaft warst du stärker in den Gremien des DGB präsent, z. B. in dessen Bundesvorstand. Ist das ein relevantes Gremium für dich gewesen?

» Allemaal! Das war das Gremium, das letztlich über die große Linie entscheiden konnte, auch wenn sich im Einzelfall nicht jeder hinterher daran gehalten hat. Aber dort wurde offen miteinander gesprochen, man wusste, wer was wollte, konnte sich orientieren und seine Meinung äußern. Der Bundesvorstand des DGB war zumindest damals eine gravierende Einrichtung. Ich weiß nicht, ob das heute noch so ist.

Als du Vorsitzender der Postgewerkschaft wurdest, war Heinz Oskar Vetter schon DGB-Vorsitzender. Wie charakterisierst du ihn?

» Das ist schwer. Er hatte seine Fähigkeiten und seine Begabungen und flei-

ßig war er auch. Und manchmal ein Schlitzohr. Über seine Arbeitsergebnisse außerhalb des Bundesvorstands kann ich mir kein Urteil erlauben. Es ist sehr schwer, die Arbeit eines DGB-Vorsitzenden zu beurteilen. Macht er es gut, waren immer andere sehr beteiligt. Geht etwas schief, sind alle ganz still. Das muss man in einer solchen Position in Kauf nehmen.

Während deiner Zeit als Postgewerkschaftsvorsitzender waren Eugen Loderer und Hans Mayr die Vorsitzenden der IG Metall. Wie siehst du sie?

» Ich habe beide immer sehr geschätzt. Eugen Loderer war in seiner Art scheinbar verbindlicher, aber wenn es hart auf hart ging, war es damit vorbei.

Sie waren als die Vorsitzenden der größten Gewerkschaft im DGB immer darauf bedacht, dass der DGB nicht zu Schaden kam?

» Richtig, sie haben sich um den DGB gekümmert und ihm keine Steine in den Weg gelegt. Sie haben auch nicht unbedingt versucht, sich mit Gewalt durchzusetzen, obgleich das ja bei der Konstellation durchaus denkbar gewesen wäre. Das hielt sich immer in einer Form, mit der man unter Kollegen zurecht kommen konnte.

Gilt das auch für andere führende Repräsentanten, also etwa Karl Hauschild von der IG Chemie oder Adolf Schmidt von der IG Bergbau?

» Sie alle haben den DGB zusammen gehalten. Da hat es keine Fisimatenten gegeben – und das ist nicht selbstverständlich.

Als Vorsitzender der Postgewerkschaft hatte die internationale Arbeit für dich einen besonderen Stellenwert?

» Ich war Präsident des Internationalen Post-, Telegrafien- und Telefonpersonals, IPTT. Der Generalsekretär war Stefan Nedzynski, ein Pole, der nach Großbritannien emigriert war und nicht nur gute Erfahrungen mit den Deutschen gemacht hatte. Wir sind häufig zusammen durch die Welt gezogen, waren in Polen, Japan, Großbritannien. Wir haben uns gemeinsam bemüht, die IPTT-Mitglieder nicht unter den Schlitten kommen zu lassen, denn die Staaten gingen recht unterschiedlich mit ihren Beschäftigten um. Das war eine gute Arbeit, die ich gerne gemacht habe.

Ich will das an einem Einzelbeispiel illustrieren: Wir besuchten Bischof Makarios auf Zypern, um die Verbindung zwischen Griechen und Türken dort zu befördern. Wir hatten sowohl zu den griechischen als auch zu den

türkischen Gewerkschaften Kontakt. Mit Makarios haben wir ausführlich geredet. Dann wollten wir in Nikosia auf die türkische Seite und sind auch über die Grenze gelangt. Aber wir haben unsere türkischen Kollegen, mit denen wir eine Verabredung hatten, nicht angetroffen. Die durften nicht. So eine Schlappe gehört auch dazu.

Hast du angesichts dieser kräfte- und zeitzehrenden Arbeit als Gewerkschafter ein Manko gegenüber der Familie, vor allem den Kindern, gespürt?

» Manchmal denke ich, ich hätte für Kinder und Familie etwas mehr Zeit haben sollen. Aber ob das etwas geändert hätte, weiß ich nicht. Und auch, wenn ich oft nicht da war: Wenn es sein musste, habe ich mich gekümmert. Schwierig wurde es, als meine erste Frau starb. Ich war in Japan, als sie an Krebs starb. Das ist ja keine plötzlich kommende Sache. Ich hatte mich mit dem Arzt im Krankenhaus vorher ausführlich unterhalten, ob es vertretbar wäre, unter diesen Bedingungen für ein paar Tage nach Japan zu fliegen. Er meinte, ich könne ruhig fliegen. Als ich in Japan war, kam die Nachricht, sie sei gestorben. Ich verließ den Kongress umgehend. Mein Vertreter als Präsident, der Amerikaner Glen Watts, hat meinen Bericht erstattet. Ich wurde wiedergewählt.



Vorsitzender des DGB

Hattest du dich, bevor du dich entschlossen hast, für den Vorsitz des DGB zu kandidieren, mit der Rolle des DGB-Vorsitzenden beschäftigt?

» Ich hatte über all die Jahre das Beispiel von Heinz-Oskar Vetter insbesondere im Bundesvorstand, so dass ich mir ein ungefähres Bild von den Anforderungen machen konnte. Da der DGB-Vorsitz aber nie meine Zielvorstellung war, habe ich in der Sache vorher nicht lange studiert.

Der DGB lag der Postgewerkschaft wahrscheinlich einigermaßen fern?

» Mit unseren eigentlichen Problemen als Postgewerkschaft hatte der DGB tatsächlich nicht viel zu tun. Es sei denn, man denkt an das Beamtenrecht, das damals auch für die Post galt. Auf diesem Gebiet hatte der DGB eine Art Schlüsselposition, weil etliche Gewerkschaften beteiligt waren. Konkret war es z. B. die DGB-Abteilung Beamte, die damals Gerhard Schmidt leitete, der von der ÖTV kam. Insofern hatten wir doch eine direkte Verbindung zum DGB.

Warst du denn, sofern der DGB für dich als Vorsitzender von Bedeutung war, mit dessen Arbeit und Aufgabenerfüllung zufrieden?

» Nach meiner Erinnerung ja. Wobei der DGB im Beamtenrecht natürlich kein gleichberechtigter Verhandlungspartner war, wie die Gewerkschaften es etwa in der Tarifarbeit sind. Das wurde letztlich durch Gesetz- und Verordnungsgeber diktiert.

War die Zusammenarbeit im DGB-Bundesvorstand als dem außerhalb des Kongresses wichtigsten Organ der Koordination gut?

» Die war ordentlich und gut. Wir haben zum DGB gestanden und auch nie das Gefühl gehabt, dass er seine Aufgaben vernachlässigt. Er hat das, was ihm möglich war, getan – zumindest hat er es ernsthaft versucht.

Konflikte mit der Postgewerkschaft direkt oder auch innerhalb des Bundesvorstands hat es während der Zeit nicht gegeben?

» Nach meiner Erinnerung nicht.

Als du im Mai 1982 vom DGB-Bundeskongress erstmals mit überwältigender Mehrheit von über 90 Prozent zum Vorsitzenden gewählt wurdest, war die Affäre um die Neue Heimat in vollem Gange. Der Spiegel hatte im Februar 1982 eine Artikelserie veröffentlicht, wonach sich Geschäftsführer der Neuen Heimat persönlich bereichert hätten. In welcher Beziehung standest du bis dahin zur Neuen Heimat und zur Gemeinwirtschaft?

» Ich war einer der zusätzlichen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Neuen Heimat Gemeinnützig, und zwar auf Vorschlag der Beschäftigten, die die Möglichkeit hatten, zwei oder drei Gewerkschaftsvertreter, die nicht als Arbeitnehmer zur Neuen Heimat gehörten, dazu zu wählen. Ich war einer von ihnen. Ansonsten hatten wir als Postgewerkschaft nichts mit der Neuen Heimat zu tun. Die Neue Heimat hat für die Postbeschäftigten nie Wohnungsbau betrieben. Die Post betrieb eigene Wohnungsfürsorge mit eigenfinanzierten Wohnungsbaugenossenschaften in ihrem Bereich. Außenstehende kamen gar nicht zum Zuge. Deswegen habe ich über die Jahre, in denen die Neue Heimat im großen Maße Wohnungsbau betrieben hat, mit ihr direkt eigentlich gar nichts zu tun gehabt. Und zur Neuen Heimat Städtebau gab es noch weniger Verbindungen.

Wie hast du die Aufsichtsratssitzungen in Erinnerung?

» Das lief ganz normal, soweit ich das beurteilen kann. Sachfragen standen



im Mittelpunkt. Abends, nach den Sitzungen, konnte es allerdings heftiger werden, wenn die Kollegen der Neuen Heimat die Gelegenheit wahr nahmen, ihren Vorstandsvorsitzenden bei einem Glas Bier oder Wein etwas deutlicher zu befragen oder ihm etwas zu sagen. Albert Vietor konnte sehr heftig werden. Ich habe ihn gelegentlich am nächsten Morgen gefragt, warum er nicht einfach eine vernünftige Antwort gäbe, wenn er gefragt würde, das sei doch keine Art und Weise, so mit seinen Leuten umzugehen. Er hat sich dann entschuldigt. Auch wenn er vom Inhalt her Recht gehabt haben sollte, fand ich die Tonart unpassend. Das war nicht mein Fall.

Im Nachhinein entsteht der Eindruck, manches sei womöglich im Vorfeld erkennbar gewesen und schon falsch gelaufen. Aber die Abläufe waren offenbar ordnungsgemäß, einschließlich entsprechender Vorlagen und Zuarbeit?

» Wir hatten schließlich einen Vorsitzenden, der nicht von der Neuen Heimat kam, nämlich Heinz-Oskar Vetter.

Du hattest jedenfalls keinen Anlass zur Unzufriedenheit mit der Neuen Heimat?

» Das kann daran gelegen haben, dass sie, wie gesagt, für unseren unmittelbaren Zuständigkeitsbereich so gut wie nicht tätig gewesen ist.

Ein Kenner der gewerkschaftlichen Finanzen, der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär Kurt Hirche, schreibt in seinem Buch „Der Koloss wankt“, dass in der Hamburger Neuen Heimat-Zentrale zunächst – er meint damit die Gründungszeit – keineswegs Finsterlinge am Werk gewesen seien, die es von vorne herein darauf angelegt hätten, an die eigene Tasche zu denken und die Gewerkschaften zu schädigen. Hirche weiter: „Im Gegenteil: In den Fünfziger- und bis in die Sechzigerjahre hinein kann man ihnen unterstellen, dass sie bestrebt waren, Ideen und Wünsche der Gewerkschaften in die Wirklichkeit umzusetzen.“ Hirche meint, das habe sich insbesondere seit Gründung der Neue Heimat Städtebau 1969 gründlich geändert. Kannst du diese Sichtweise im Nachhinein teilen oder siehst du das anders?

» Ich war bei der Gründung der Neuen Heimat nicht dabei. Aber ich halte den Eindruck, den Hirche wiedergibt, für zutreffend. Auch, dass das mit dem Aufkommen der Städtebau andere Formen angenommen hat, würde ich nicht ausschließen, denn das hatte ein ganz anderes Metier, das war nichts

Gemeinnütziges. Da ging es um rein wirtschaftliche Interessen. Die Veranstalter waren in den ersten Jahren sicherlich guten Willens und haben in einer echten Notsituation des Wohnungsbaus sehr Ordentliches gebaut zu Bedingungen, die die Menschen einigermaßen bezahlen konnten. Neue-Heimat-Wohnungen waren gefragt. Aber die Aktivitäten der Städtebau waren in der Tat anderer Natur.

Das größte strukturelle Problem der Neuen Heimat war ja wohl ihre Unterkapitalisierung. Die Eigenkapitalquote hätte zwischen 15 und 20 Prozent der Bilanzsumme liegen sollen, lag aber de facto nur zwischen 3 und 5,5 Prozent. Dieser Tatbestand, so liest man bei Kritikern, sei den Aufsichtsgremien frühzeitig, mindestens aber seit 1972, bekannt gewesen. War das so und warum haben die Gewerkschaften das nicht korrigiert?

» Dann hätten sie Geld gebraucht, und sie hatten nicht das Gefühl, dass sie viel Geld hatten. Das ist bei Gewerkschaften so. Sie haben ja auch nichts Überzähliges. Das Geld, das aus Mitgliedsbeiträgen kommt, kann man nicht für Kapitalaktivitäten verwenden. Daher wird die Zurückhaltung gekommen sein. Und es funktionierte ja: Es wurden Häuser gebaut, die auch vermietet werden konnten.

Ihr habt das Problem zumindest nicht als so drängend empfunden, als dass man es hätte umgehend lösen müssen?

» Wäre das so gewesen, hätte man wohl etwas tun müssen. Ich kann aber nicht sagen, dass das der Fall gewesen wäre. Ich bin allerdings keine gute Auskunftsperson über die Verhältnisse der Neuen Heimat, auch wenn ich mit der Abwicklung mehr als genug zu tun hatte. Ihre Entwicklung ist bei mir nicht sonderlich verankert, da weiß ich vieles überhaupt nicht.

Ich erinnere mich, dass spätestens seit den 1970er-Jahren unter Funktionären hinter vorgehaltener Hand insbesondere über die Großmannssucht von Albert Vietor, langjähriger Vorsitzender des Wohnungsunternehmens Neue Heimat, aber auch über andere „Merkwürdigkeiten“ bei den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen getuschelt wurde. Ist das auch in den Gremien zur Sprache gekommen oder bei den Abenden danach?

» Es hätte nicht getuschelt werden sollen, man hätte das offen auf den Tisch legen müssen. Es ist unvermeidlich, dass bei einem so großen und vielfältig tätigen Unternehmen etwas vorkommt, das nicht allen Leuten gefällt. Die Gründe können ganz unterschiedlicher Art sein. Vietor zeichnete sich nicht

gerade durch Freundlichkeit aus, andererseits galt er lange Zeit als maßgeblicher Motor für das, was auf die Beine gestellt wurde.

Die „Tuscheleien“ bezogen sich konkret z. B. auf teure Feste, auf das Golfspiel von Vietor und seine Villa im Tessin.

» Das alles hat es gegeben.

Oft gipfelte die Kritik in der Frage, ob es denn so aufwändig sein müsste.

» Das sagen normalerweise die, die nicht dabei sein durften, es aber gerne gewesen wären. Im Aufsichtsrat und in den Gewerkschaften hatte das aber keine maßgebliche Rolle gespielt.

Es gab keine Unzufriedenheit mit Vietor?

» Er war kein sehr umgänglicher Mensch, auch nicht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen aus der Neuen Heimat. Aber gegenüber den Gewerkschaften hat er sich gebremst.

Machen wir einen Sprung zu deinem späteren intensiveren Kontakt zur Neuen Heimat: Nachdem sich ein Regionalisierungskonzept für die Neue Heimat, wobei die Bundesländer die jeweiligen Wohnungsbestände übernehmen sollten, nicht gut umsetzen ließ, wurde die Neue Heimat am 18. September 1986 in spektakulärer Art und Weise für eine symbolische D-Mark an den bislang völlig unbekanntem Berliner Unternehmer Horst Schiesser verkauft, ein Brotbäcker. Wie kam es dazu, wie fiel die Entscheidung, wer war beteiligt?

» Es kam dazu, weil der damalige Vorstandsvorsitzende der BGAG, Alfons Lappas, mitgeteilt hatte, dass die Banken mit einer solchen Lösung sehr einverstanden wären und man auf diesem Wege viele Lasten los werden könnte, auch und insbesondere für die Gewerkschaften. Das hat eine nächtelange Diskussion ausgelöst und wurde letztlich aufgrund des Umstands, dass die Banken, unter Nennung des Bankenpräsidenten, damit einverstanden seien, akzeptiert. Hinterher stellte sich heraus, dass die Banken anderer Ansicht gewesen waren. Das führte dazu, dass Lappas gehen musste.

Lappas war also der verantwortliche Akteur?

» Er hat das dem Aufsichtsrat jedenfalls so erläutert.

Erinnerst du dich an diese bedeutsame Sitzung?

» Ja, ich dürfte sie sogar geleitet haben. Ich hatte dann die Lösung zu suchen, wie man sich von ihm trennen könnte. Die Reaktion der Banken ließ nichts anderes zu.

Schiesser galt jedenfalls zunächst als honorig und seriös?

» Lappas hat das sicherlich prüfen lassen, Schiesser selbst war bei der Sitzung nicht anwesend.

Das Ergebnis, besonders der Kaufpreis von einer Mark, wurde abends im Fernsehen verkündet, was ein geradezu verheerendes Echo hervorrief. Die Presse war wie von Sinnen, aber auch normale Menschen verstanden die Welt nicht mehr.

» Für alle, die an so etwas nicht unmittelbar beteiligt sind, ist das auch schwer zu verstehen. Es waren ja Werte vorhanden, aber total überschuldet. Und es gab jede Menge Schulden aus den Tätigkeiten der Städtebau im internationalen Bereich.

Es war der Versuch, außer von den Schulden auch noch von der gesamten Problemlage wegzukommen, nachdem man gesehen hatte, dass der andere Weg, es an die öffentliche Hand weiterzugeben, nicht funktionierte. Weißt du noch, wer aufs Tempo gedrückt hat? Vielleicht die IG Metall?

» Das könnte ich nicht sagen.

Zurück zur entscheidenden Sitzung: Es muss dramatisch zugegangen sein.

» Ja, das war etwas Besonderes. Die Lösung ist nicht leichtfertig gefunden worden. Es wurde vorher intensiv versucht, das anders zu regeln. Aber nachdem das nicht möglich war, bot sich da scheinbar ein Weg an. Wenn die Banken mitgetan hätten, wie es hieß, wäre das ein gangbarer Weg gewesen.

Wann stellte sich heraus, dass die Banken nicht hinter dieser Lösung standen?

» Erst nachdem wir es öffentlich bekannt gegeben hatten, kamen aus der Bankenecke Bedenken und Einwände, sodass das Ganze schließlich abgewickelt werden musste.



Da muss es doch gegenüber Alfons Lappas, der ja die Zustimmung der Banken übermittelt hatte, eine merkwürdige Stimmung gegeben haben?

» Natürlich, die Stimmung war eindeutig: Der muss gehen. Wir kamen uns alle regelrecht belogen vor.

Innerhalb von zwei Monaten bauten die Banken dann soviel Druck auf, dass die Gewerkschaften die Neue Heimat zurück kaufen mussten, weil sie sonst in Konkurs gegangen wäre?

» Wir mussten die unter falschen Voraussetzungen getroffene Entscheidung korrigieren. Der Schaden war nun riesengroß geworden, vor allem politisch und psychologisch – geradezu verheerend!

Wie hast du das damals als Repräsentant der Gewerkschaften empfunden?

» Die Lösung Schiesser ging nicht auf mich zurück, aber viele waren beteiligt und wussten genau, wie es dazu gekommen war.

Aber hat sich nicht mancher direkt Beteiligte merklich zurückgehalten?

» Das kann man niemandem verdenken. Der Ärger war groß genug. Ich habe nicht die Erinnerung, dass jemand versucht hätte, durch die Hintertür zu verschwinden.

Es war für den DGB und die Gewerkschaften eine der bittersten Stunden, und du warst derjenige, der den Kopf hinhalten musste.

» Ich musste vor allen Dingen den Laden zusammenhalten, und das ist mir gelungen.

Hast du zu diesem Zweck viel mit deinen Vorsitzendenkollegen gesprochen?

» Natürlich, vor allem habe ich aber nicht den Versuch gemacht, die Menschheit zu belügen. Das ist über all die Jahrzehnte nie mein Stil gewesen und Ehrlichkeit ist auch angebracht, wenn es schwierig wird. Sonst glauben die Leute einem ja nichts mehr, wie sollten sie auch?

Ich erinnere mich an eine Sitzung mit den Vertretern der NH-Beschäftigten, denen Gustl Fehrenbach und ich gegenüber saßen. Die verlangten von uns die Zusage, die Abwicklung so zu gestalten, dass niemand entlassen würde. Wir haben gesagt, wenn das möglich sei, würden wir es selbstverständlich tun, könnten aber hier aufgrund der schwierigen Sachlage keine

konkrete Zusage geben. Wir wüssten nicht, ob sich Entlassungen vermeiden ließen. Es ließ sich vermeiden und es wurde niemand entlassen. Das war eine harte Diskussion, aber wir haben nicht mehr zugesagt, als zu dem Zeitpunkt möglich war.

Wie bist du mit den Medien umgegangen, wie sind sie dir entgegengetreten?

» Ich hatte nicht das Gefühl, dass jemand versucht hätte, mich aufs Kreuz zu legen. Sondern ich habe mehr die Erinnerung, dass die Leute ziemlich ehrlich mit mir umgingen, nicht aber mit den Vertretern der Neuen Heimat. Das ging härter vonstatten. Aber meine Haltung und meine Aussagen wurden nicht in Zweifel gezogen. Man muss halt ehrlich mit den Leuten reden.

Heute stützt der Staat Banken mit Milliarden und Abermilliarden. Hätte es damals nicht auch nahe gelegen, dass der Staat im Fall Neue Heimat hilft?

» Teilweise hat er das ja, aber lange nicht so spektakulär, wie das heute der Fall ist. Regionale Gesellschaften wurden letztlich lebensfähig gemacht, ich kann heute nicht mehr sagen, welches Bundesland was getan hat. Jedenfalls gingen die Gesellschaften nicht in Konkurs, so dass die Mieter keine Probleme bekamen. Insofern hat die Politik den Gewerkschaften geholfen.

Hast du über diese Dinge direkt mit führenden Politikern gesprochen?

» Ich war zum Beispiel bei Franz-Josef Strauß, der mir klipp und klar sagte, er wolle damit nichts zu tun haben. Das habe ich damals nicht öffentlich gemacht, es hätte keinen Sinn gehabt.

Bundeskanzler war damals Helmut Kohl. Wie hat er sich verhalten?

» Er war nicht unser Freund. Intensive Kontakte gab es zu den Ministerpräsidenten, denn die Länder waren viel stärker involviert als der Bund.

War die ganze Sache nicht außergewöhnlich belastend, zumal neben dem ja weiterlaufenden Tagesgeschäft?

» Das belastet in der Tat stark, aber es war eben unvermeidlich. Und was getan werden muss, muss getan werden. Da ich als Person eine reine Weste hatte, war das für mich leichter zu ertragen, als wenn das anders gewesen wäre. Wenn man selbst betroffen ist, steckt man wahrscheinlich den Kopf eher in den Sand. Das musste ich nicht tun.



Es sind schon die Namen einiger wichtiger Personen gefallen: Albert Vietor, langjähriger Chef der Neuen Heimat, Walther Hesselbach, langjähriger Vorstandsvorsitzender der BfG und der BGAG und Alfons Lappas, ebenfalls BGAG-Vorsitzender. Das waren Schlüsselfiguren der Gemeinwirtschaft. Kannst du sie ein wenig charakterisieren?

» Walther Hesselbach habe ich in guter Erinnerung. Mit ihm konnte man vernünftig reden und man konnte sich auch – soweit ich das beurteilen kann – auf ihn verlassen.

Vietor war ein ganz anderer Typ – und trotzdem. Als er bei der BGAG raus musste, wollten einige Gewerkschaften ihn als Aufsichtsrat bei coop behalten. Und so blieb Vietor.

Vietor war als Fachmann unbestritten und lange Zeit unangefochten gewesen. Er hat die Neue Heimat gut voran gebracht.

» Ja, das stimmt. Sie hat viele tausend Wohnungen im In- und Ausland gebaut.

Es gibt die These, es habe eine Art Kumpanei zwischen Gruppen von Funktionären gegeben, die sich gegenseitig manches durchgehen ließen. Ist etwas daran?

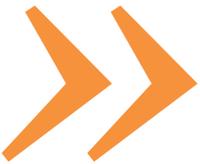
» Es ist schwer zu sagen, ob es nicht streckenweise so war, ohne dass dabei so etwas wie Unrechtsbewusstsein aufgekommen wäre. Jemand wie Vietor hat dann allerdings den Maßstab verloren, sodass Warnungen, die es sicher gegeben hat, verhallten. Der eigene Erfolg treibt einen gerne auf den Holzweg.

Vielfach war der Vorwurf zu hören, die Aufsichtsgremien, etwa bei der Neuen Heimat, hätten ihre Funktion nicht erfüllt. War das so?

» Meine Erkenntnis aus all diesen Jahren ist: Man muss genauer hingucken, und zwar rechtzeitig. So rechtzeitig, dass man Fehlentwicklungen im Bedarfsfall beeinflussen und verhindern kann.

Das hältst du für möglich?

» Das muss möglich sein, denn sonst erlebt man das, was wir jetzt aktuell wieder mit der Finanzkrise erleben. Da hat doch auch eine ganze Reihe von Leuten nicht rechtzeitig aufgepasst. Man muss zeitig und genau hingucken, sonst geht etwas schief. Das hängt mit der menschlichen Natur zusammen. Wenn man es den Leuten zu leicht macht, dummes Zeug zu machen, dann machen sie halt dummes Zeug, wenn es möglich erscheint.



Wie stellt sich aus der Rückschau die Verhaftung von Alfons Lappas während des Kongresses der IG Metall in Oktober 1986 in Hamburg dar? Er hatte vor dem Neue-Heimat-Untersuchungsausschuss des Bundestages in Bonn die Aussage verweigert und wurde dann in Hamburg festgenommen.

» Das war nicht gerade die feine englische Art. Aber er hatte es sich letztlich selber eingebrockt. Natürlich war das kein Ausdruck von Freundlichkeit gegenüber den Gewerkschaften. Das hätte man auch vorher oder hinterher anderswo tun können, Lappas war ja nicht auf der Flucht. Die, die das veranlasst haben, hatten einen Grund dafür. Sie wollten den Gewerkschaften schaden.

Wusstet ihr davon?

» Ich habe das jedenfalls nicht vorher gewusst, sonst hätte ich eine andere Lösung gesucht.

Der Untersuchungsausschuss des Bundestags in Sachen Neue Heimat war ja auch eine gewisse Besonderheit, die nicht zuletzt politischen Interessen geschuldet war. Du hast dort auch ausgesagt. Hast du daran noch eine spezielle Erinnerung?

» Überhaupt keine, ich weiß gerade noch, dass ich da war. Wer da was verlangt hat, könnte ich heute nicht mehr sagen. Ich wüsste nicht mal mehr, was ich worauf geantwortet habe. Aber eins weiß ich genau, dass ich die Wahrheit gesagt habe, sonst hätten die mich aufgehängt.

Ende 1985 hat die BGAG ihre Minderheitsbeteiligung an der coop-AG verkauft, im Herbst 1986 wurden Mehrheitsanteile an der BfG, Ende 1988 die Mehrheit an der Volksfürsorge Versicherungsgruppe verkauft. Insgesamt kostete die Stützung und Abwicklung der NH die Gewerkschaften wohl so vier Mrd. DM. Das ging ja über den politischen Schaden, über den wir kurz gesprochen haben, hinaus, mächtig an die Substanz.

» Natürlich, sonst wäre es gar nicht zu der Eine-Mark-Geschichte mit dem Schiesser gekommen, wenn man das nicht von Anfang an hätte befürchten müssen. Ohne dass man zu der Zeit genau wusste, was es nun wirklich am Ende kosten würde. Das entwickelt sich ja erst. Ich weiß nicht, was ich gesagt hätte, wenn mir damals Walther Hesselbach vorgeschlagen hätte, die BfG zu verkaufen.



Hätte man die ökonomischen Folgen nicht auch viel früher und sorgfältiger bedenken müssen?

» Ich kann aus eigenem Wissen nicht sagen, ob man das gekonnt hätte. Wenn man es gekonnt hätte, hätte man es tun sollen. Aber ich kann das nicht abschätzen, weil ich dafür zu wenig von Wirtschaft verstehe. Es steht fest, dass die Akteure keine Laien waren, etwa Hesselbach.

Ich erinnere daran, dass es schon sehr früh wirtschaftlich orientierte Kräfte gegeben hat, denen die Gemeinwirtschaft ein Dorn im Auge war. Das führte nicht unbedingt dazu, dass man der Gemeinwirtschaft das Leben leichter gemacht hätte, und zwar bis weit in die Politik hinein.

Trotz allem: Der Anteil des Selbstverschuldeten an den Vorgängen, über die die wir gesprochen haben, war hoch?

» Das ist so.

Wenn man den Betrag von vier Milliarden Mark hört, wundert man sich, dass das überhaupt geklappt hat.

» Das hing damit zusammen, dass in der Gemeinwirtschaft eine ganze Menge Substanz vorhanden war, sonst hätte das gar nicht in der Form stattfinden können. Dass diese Substanz am Ende geopfert werden musste, hat die Gewerkschaften am Leben erhalten. Sie hätten diese Beträge nicht aus dem Ärmel schütteln noch sonstwie aufbringen können.

Die Gemeinwirtschaft war ja nicht nur ein ökonomischer Faktor, sondern integraler Bestandteil des Selbstverständnisses der deutschen Gewerkschaften.

» Der ist dauerhaft verspielt worden. Ich weiß allerdings nicht, was geschehen wäre, wenn wir damit in die jetzige Finanzkrise geraten wären.

1988 flogen dann Finanzmanipulationen und Vermögensverschiebungen bei der coop auf, auch ein traditionsreiches gemeinwirtschaftliches Unternehmen. Verantwortlich dafür war vor allem Bernd Otto, ein ehemaliger hochrangiger Gewerkschaftsfunktionär. Wie hat dich dieser Vorgang betroffen?

» Das hatte gerade noch gefehlt. Wenn man dort noch hätte sauber bleiben können, wäre das etwas gewesen. Aber so ging auch das noch den Bach runter.



Diesmal war der DGB allerdings kaum betroffen?

» Nein, nur noch mittelbar. Mit Bernd Otto hatte ich nie etwas zu tun gehabt. Ich kannte ihn nur als Vorstandssekretär von Heinz-Oskar Vetter. Und zu Anfang hat er ja auch bei coop einen guten Eindruck gemacht.

Trotz allem: War die Idee „Gemeinwirtschaft“ nicht ziemlich beeindruckend?

» Das war sie zweifellos, und die Praxis hatte lange Zeit erhebliche Leistungen und Erfolge vorzuweisen. Mancher hat das gern ein bisschen überhöht. Aber wenn man Erfolg hat, möchte man auch, dass die anderen ihn wahrnehmen. Dazu fällt mir das Sprichwort ein: „Bescheidenheit ist eine Zier – doch weiter kommt man ohne ihr!“ Solche Sprichwörter beruhen ja nicht ohne Grund auf Lebenserfahrung.

Die ganze Sache hat den Gewerkschaften, abgesehen von den ökonomischen Aspekten, immens geschadet. Wilhelm Kaltenborn, der gut beobachten konnte, berichtete, dass es eine Zeit gab, wo Unmengen von Post zu diesen Dingen selbst beim DGB angekommen seien. Wie hast du das wahrgenommen?

» Das wird schon stimmen, ich finde das ganz natürlich. Die Mitglieder der Gewerkschaften, die die offenkundigen Tatsachen präsentiert bekamen, können damit nicht zufrieden gewesen sein. Mich selbst hat allerdings niemand aus der Versammlung geworfen.

Ging es eigentlich in dieser Zeit, z. B. auf Versammlungen, hoch her?

» Für meine Begriffe nicht, es wurde offen und vernünftig miteinander geredet, vielleicht gelegentlich auch mit bösem Unterton.

Es gab ja Mitglieder, die mehrfach betroffen waren: als Gewerkschaftsmitglied, als Mieter oder auch als Mitarbeiter der Gemeinwirtschaft.

» Aber selbst als Mieter sind sie nicht über die Klinge gesprungen. Und die Beschäftigten der Neuen Heimat sind auch nicht über die Klinge gesprungen.

Ist die Abwicklung also ordentlich gelaufen?

» Das würde ich sagen. Soweit man es überhaupt möglich machen konnte, wurden die Betroffenen vor Schaden bewahrt. Ein Betroffener, ein Kollege,



sagte mir bei einer Gelegenheit: „Die Gewerkschaften haben gelöhnt. Wenn das in vergleichbarer Situation alle täten, hätten wir weniger Ärger auf der Welt.“ Das hat mich nachdenklich gestimmt.

Die Gewerkschaften haben ihre Verantwortung nicht nur übernommen, sondern auch durchgehalten?

» Das kann man mit gutem Gewissen so sagen bei allem Ärger, den einzelne Betroffene erlebt haben mögen.

Nichtsdestotrotz: Der Schaden bleibt erheblich, ganz erholt haben sich die Gewerkschaften wohl noch nicht davon, obwohl sie heute durch ihre beständige Arbeit wieder etwas besser dazustehen scheinen.

» Dadurch sind sie eigentlich über die Runden gekommen. Ich selbst bin damals, trotz all dieser Ereignisse, zum Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes gewählt worden, die Europäer hatten das alles ja wirklich hautnah mitbekommen. Ich war auch Vizepräsident des Internationalen Bundes der Freien Gewerkschaften. Ganz ramponiert kann also der Ruf der Gewerkschaften nicht gewesen sein.

Politisch-psychologisch sind wir relativ gut über die Runden gekommen, das hätte schlimmer kommen können.

Der DGB-Vorsitzende Breit war von den Ungeheuerlichkeiten unbetroffen?

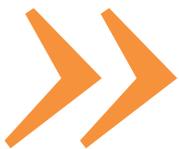
» Er wurde jedenfalls nicht für etwas in die Pfanne gehauen, bei dem er vorher nicht mitgemacht hatte. Hätte es zu allem anderen noch Klamaus um den DGB-Vorsitzenden gegeben, hätte uns das gerade noch gefehlt. Mit einer Person wie Lappas waren wir ja nahe genug dran. Das war kein Türsteher.

Haben die Gewerkschaften damals die Gelegenheit „genutzt“, den DGB sozusagen „vorzuschieben“?

» Dazu ist er ja da. Weder die Neue Heimat noch die BGAG waren Veranstaltungen einzelner Gewerkschaften. Das waren DGB-Einrichtungen, daran waren sie beteiligt.

Hat das aber nicht die „Schuldfrage“ erschwert?

» Ich habe nie den Versuch gemacht, Schuld oder Verantwortung auf einzelne Gewerkschaften zu schieben. Nicht einmal die Sache mit der coop habe ich in der Richtung benutzt. Wer hätte davon profitieren sollen? Davon



hätten nur Dritte etwas gehabt. Und für die war ich nicht da, die haben mich nicht gewählt und nicht bezahlt.

Festzuhalten bleibt, dass der DGB-Vorsitzende ohne Makel war. Das hat man damals gar nicht so gewürdigt, in der Rückschau sieht man es aber ganz deutlich.

» Die, die mich soweit gebracht haben, wussten, was sie taten. Wahrscheinlich sogar besser als ich selbst.

Bei Heinz Kluncker gehe ich davon aus, dass er es sehr wohl wusste.

» Natürlich wusste er das. Wir kannten uns ja auch, obgleich wir ursprünglich aus verschiedenen Startlöchern kamen. Unsere Vorgänger, Alfred Kummernuss und Carl Stenger, waren große Konkurrenten. Das war bei Kluncker und mir anders. Es fing alles mit dem Wohnwagen an:

Der Dicke und ich saßen im Bundesvorstand nebeneinander. Ziemlich in der ersten Zeit hatte er seine Papiere auf dem Tisch liegen, darunter einen Wohnwagenprospekt: VFW, Vereinigte Flugtechnische Werke. Die bauten nach dem Krieg Wohnwagen, teilweise schon mit Kunststoff. Da ich alter Camper war und selbst einen Wohnwagen hatte, fragte ich ihn, ob er auch so was hätte. Nein, er wolle einen kaufen. Aha! Den da? Nicht schlecht. Ich wusste, was das für ein Fahrzeug war. Och, verstehst du was davon? Und so kamen wir ins weitere Gespräch. Es fing also mit dem Wohnwagen an. Heinz hat den Wohnwagen gekauft, nach Jugoslawien überführt, und dort blieb er dann stehen.

Er hat nie gesagt, ich hätte ihm zu einem schlechten Wohnwagen geraten. Aber das war nur der erste, ins Persönliche gehende, Kontakt. Die späteren Tarifverhandlungen haben wir gemeinsam gemacht. Ich saß dann bei der ÖTV mit im Vorstand, wenn es um die Tarifforderungen ging, und bei den Verhandlungen – und nach den Verhandlungen haben wir in aller Regel unseren Wein zusammen getrunken.

Kluncker konnte ungerecht und barsch sein, er konnte rabiat werden. Wenn er im Bundesvorstand etwas vorschlug, waren nicht immer alle begeistert.

» Viele hielten den öffentlichen Dienst für einen privilegierten Bereich und die dafür zuständigen Gewerkschaften für keine „richtigen“ Gewerkschaften.

Kommen wir zur Arbeitszeitfrage: Bei steigenden Arbeitslosenzahlen suchten die Gewerkschaften seit Anfang der 1980er-Jahre verstärkt nach Gegenmitteln. Sie forderten einerseits beschäftigungspolitische Maßnahmen von der Politik und wollten tarifpolitisch andererseits Arbeitszeitverkürzungen erzielen. Dabei kann man grob zwei Gruppen von Gewerkschaften unterscheiden: Diejenigen, die, wie die IG Metall, die 35-Stunden-Woche anstrebten, also eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, und die, wie etwa die IG Chemie, für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit plädierten. Hier kam dem DGB, wie so oft, die Mittlerrolle zu. Wie hast du diese Auseinandersetzung und die Rolle des DGB dabei in Erinnerung?

» Breit: Ich kann leider nicht mit Einzelheiten aufwarten. Wir haben uns in dieser Sache jedenfalls nicht hart untereinander auseinander gesetzt. Der DGB hat versucht, den einen wie den anderen gerecht zu werden.

Erinnerst du dich an die Beschlussfassung auf dem 1982er DGB-Kongress, bei dem du erstmals gewählt wurdest? Dort gab es einen Beschluss, der die diversen Möglichkeiten zusammenfasste: Wochenarbeitszeitverkürzung, Lebensarbeitszeitverkürzung. Das sollte eine Basis für die verschiedenen Wege bilden.

» An Einzelheiten kann ich mich auch in diesem Fall nicht erinnern. Aber es läuft ja auf das hinaus, was ich gesagt habe. Das eine wie das andere konnte dazu führen, dass Arbeitsplätze erhalten blieben oder vielleicht sogar geschaffen werden konnten. Das ist mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit wie auch mit der Verkürzung der Lebensarbeitszeit durchaus erreicht worden.

Die CDU/FDP-Regierung lehnte die 35-Stunden-Woche vehement ab. Bundeskanzler Kohl nannte sie gar absurd, töricht und dumm. Wie verlief der damalige Kommunikationsprozess zwischen Politik und Gewerkschaften?

» Das Kohl-Zitat ist bezeichnend. Es gab nicht viel Verständnis füreinander und kaum Gemeinsamkeiten, sondern es war eine harte Auseinandersetzung. Vor allem die Wochenarbeitszeit war geradezu ein rotes Tuch für manche Politiker und ist es ja bis heute geblieben.

Das heißt, das Thema wurde mit den betreffenden Politikern nicht erörtert, weil es ohnehin keine Chance hatte?

» Wir haben versucht, es auf dem tariflichen Weg zu lösen.

Es war also kein vorrangiger Gesprächsgegenstand mit der Politik?

» Nach meiner Erinnerung war das nicht der Fall.

Wie sind die Gewerkschaften damit umgegangen, dass die 35-Stunden-Woche auch in der Bevölkerung auf relativ wenig Resonanz stieß?

» Ignorieren konnten wir das nicht einfach, aber es hat uns nicht daran gehindert, unsere Ziele tariflich zu verfolgen, wo immer das möglich war. Ich glaube übrigens nicht, dass es eine komplette Ablehnung gab. Es gab Gegenmeinungen – wie bei jeder Tarifforderung.



Und das hat sich im Nachhinein als der richtige Weg herausgestellt?

» Ja, es war der einzig mögliche Weg, wobei es viel schwieriger mit der Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist, die man ja nicht so ohne weiteres durch Tarifvertrag regeln kann.

Für die Gewerkschaften ist es bei Tarifauseinandersetzungen immer günstig, die öffentliche Meinung auf ihrer Seite zu haben.

Gerade bei Streiks in den Bereichen des Öffentlichen Dienstes gibt es allerdings oft ein grundsätzliches Einverständnis, aber bei den direkt Betroffenen auch rasch einen gewissen Unwillen.

» Die gegenläufigen Tendenzen, das ist insbesondere beim jüngsten Eisenbahner-Streik ganz deutlich geworden, werden, nicht zuletzt medial, professionell befeuert. So war es auch beim Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Im März 1984 beschloss der Bundestag gegen die Stimmen von SPD und Grünen die gesetzliche Regelung für ein Vorruhestandsmodell, das den Gewerkschaften, die eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit forderten, nicht weit genug ging. Einige von ihnen schlossen allerdings Vereinbarungen mit ihren Tarifpartnern über den Vorruhestand ab, z. B. NGG und Textil, und das vor dem Streik oder während des Streiks über die 35-Stunden-Woche. Stellte das nicht doch eine gehörige Belastung für die Solidarität innerhalb des DGB dar?

» Das war sicherlich nicht die geschickteste Herangehensweise. Der DGB ist darüber nicht auseinander gefallen. Aber glücklich konnten die, die um die 35-Stunden-Woche kämpften, damit nicht sein.

Hast du mit den Vertretern der Vorrubestands-Lösungen gesondert gesprochen?

» Mir ist diese Angelegenheit merkwürdig fern. Viel näher ist mir dagegen der frühere Slogan „Samstags gehört Vati mir!“ Danach wurde überlegt, die Samstagszustellung abzuschaffen. Aber wir kamen schnell zu der Erkenntnis, dass das dann andere übernehmen würden. Damit hätten wir uns die Konkurrenz direkt ins Haus geholt. Also verzichteten wir lieber darauf.

Wir hätten es zwar gerne gesehen, dass die Kollegen am Samstag hätten zu Hause bleiben können, aber „dat eene, wat du wollt, dat andere, wat du mutt!“

IG Metall und IG Druck führten einen vielwöchigen Streik um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Die Arbeitgeber sperrten aus, die Bundesanstalt für Arbeit verweigerte Ausgesperrten zunächst die Zahlung von Kurzarbeitergeld. Wie hast du diese Auseinandersetzungen, insbesondere die große DGB-Kundgebung gegen die „Kalte Aussperrung“ im Mai 1984 in Bonn, in Erinnerung?

» Das ist ziemlich blass. Es war selbstverständlich, dass der DGB die, die kämpften, unterstützt, zumal die Politik nicht unbedingt auf unserer Seite war. Gleichzeitig galt es, den Laden zusammenzuhalten, obwohl nicht alle das Gleiche zur gleichen Zeit wollten. Es muss in diesem Zusammenhang gewesen sein, dass wir dem Arbeitsminister Blüm die Stimmzettel einer Abstimmung, die wir veranstaltet hatten, vor sein Ministerium gekippt haben. Ich selbst habe den Lastwagen bis vor das Arbeitsministerium gefahren, und dann haben wir ihm die ganze Fuhre vor das Tor geschüttet.

Der Tarifkonflikt konnte erst in einer besonderen Schlichtung unter Leitung von Georg Leber beigelegt werden. Ergebnis war die 38,5-Stunden-Woche sowie diverse Flexibilisierungen der tariflichen Wochenarbeitszeit. Siebst du das als einen Erfolg der gewerkschaftlichen Tarifpolitik an?

» Ganz sicher, das war ein Schritt in die gewollte Richtung. Man verlangt zwar hundert Prozent, weiß aber, dass man die in der Tarifpolitik selten wirklich erreicht – eigentlich nie.

Der Schlichter Leber war in seiner gewerkschaftlich aktiven Zeit als Vorsitzender der IG Bau so gut wie nie auf Seiten der IG Metall, die jetzt eine Hauptbeteiligte in dem Streik war.

» Man muss sich halt auch mit dem Schlichter einigen, wenn was dabei rum

kommen soll, und der ist nie nur von einer Seite. Wenn er das sein sollte, taugt er nichts. Leber war jedenfalls sachkundig, man konnte unterstellen, dass er als Schlichter wusste, was zu passieren hatte.

Hast du jemals mit Leber über diese Schlichtung gesprochen?

» Nein. Damals hätte man das als versuchte Beeinflussung werten können. Und danach ergab sich keine Gelegenheit.

Auf den Streik von 1984 folgte die Auseinandersetzung um die Novellierung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Er regelt die Berechtigung auf Lohnersatzleistungen außerhalb der umkämpften Tarifgebiete. Trotz erfolgreicher gewerkschaftlicher Mobilisierung wurde die Novellierung mit der Mehrheit der Koalitionsparteien im März 1986 beschlossen. Das war ja nun zweifellos eine Niederlage für die Gewerkschaften. War es auch der Auftakt für eine starke Koordinierungsfunktion des DGB?

» Nicht der Auftakt, aber die Koordinierungsfunktion hat sich natürlich aus der Situation aufgedrängt. In diesen Zusammenhang gehört wohl auch die eben erwähnte Aktion mit dem LKW.

Norbert Blüm, damals Bundesarbeitsminister, war gleichzeitig Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU und war in dieser Funktion gegen die erwähnte Novellierung. Als Bundesarbeitsminister hat er sie gestützt oder gar vorangetrieben?

» Ich vermute, dass der Arbeitsminister die Kollegen von der CDU entsprechend „inspiriert“ hat. Ich glaube nicht, dass das direkt von ihnen ausgegangen ist. Denn soweit ich weiß, hatten wir mit den Kollegen von der CDA keine Probleme. Mein Stellvertreter Gustav Fehrenbach von der CDU wollte nichts anderes als wir. Aber Blüm wollte etwas anderes, und er hat sie nach meinem Verständnis benutzt.

Aber Blüm war und ist doch bekennender Gewerkschafter?

» Aber offenbar von anderer „Farbgebung“ als die, die beim DGB und den Mitgliedsgewerkschaften die Verantwortung hatten.

Entsteht nicht bei jemandem, der in die Kabinettsdisziplin eingebunden ist, eine ganz andere Loyalitätsstruktur?

» Natürlich! Das wird normalerweise auch akzeptiert. Letztlich auch bei ihm. Wir haben ja nicht verlangt, dass das Arbeitsministerium geschlossen



werden müsse. Aber Hans Katzer, sein Vorgänger, hat in einer ähnlichen Situation ganz anders reagiert: Er ist zurückgetreten.

Beim AFG und auch in einigen anderen wichtigen Fragen gab es in den 1980er-Jahren Übereinstimmungen zwischen DGB und SPD, aber es gab auch immer wieder Anzeichen für einen Entfremdungsprozess. So etwa aufgrund der Vorschläge des damaligen Ministerpräsidenten Lafontaine zur Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und zu mehr Wochenendarbeit. Du hast dich zusammen mit Hans-Jochen Vogel vermittelnd eingeschaltet?

» Vermittelnd ist gut. Der Gewerkschaftsrat der SPD wurde einberufen, und Hans-Jochen Vogel und ich haben Oskar Lafontaine in seine Schranken verwiesen, vor und mit versammelter Mannschaft. Er hat das dann auch gelassen. Aber das war schon der Gipfel, und es handelte sich nicht um eine Meinungsverschiedenheit zwischen SPD und Gewerkschaften, sondern um eine mit Oskar, der damit einsam und allein unterwegs war. Was ihn dazu getrieben hat, weiß ich bis heute nicht.

Wenn man das mit dem vergleicht, was Oskar Lafontaine heute vertritt, wird eine gewisse Diskrepanz erkennbar.

» So überraschend schien mir das damals nicht, aber da kannten wir ja die Zukunft noch nicht, seinen Ausstieg als Kabinettsmitglied und alles, was danach kam.

Mit Hans-Jochen Vogel, dem damaligen SPD-Vorsitzenden, warst du jedenfalls einig und ihr hattet keine Probleme miteinander?

» Nein, wir haben das einvernehmlich durchgezogen.

Zur anderen Seite: Es gab in den 1980er-Jahren eine starke anti-gewerkschaftliche Strömung in der Politik der CDU-FDP-Regierung. Dennoch hat man den Eindruck, dass eine endgültige Konfrontation, als etwa in der Art von Margaret Thatcher, nicht in Angriff genommen wurde. Siehst du das auch so?

» Wie bei Margret Thatcher war es bei uns in der Tat nicht. Es gab zwar, gelinde ausgedrückt, gewaltige Meinungsverschiedenheiten, aber die Verhältnisse waren nicht so wie in Großbritannien. Wir waren wohl doch alle etwas zurückhaltender als die Dame dort.

Das kam einer „Enthauptung“ der Gewerkschaften gleich, was dort stattfand?

» Es war schlimm. Es gab eine Sitzung des EGB oder des IBFG mit Frau Thatcher, in der wir unsere Meinung dargelegt haben. Mehr als: „Oh, very interesting!“ kam nicht. Es fand keine Auseinandersetzung über Sachfragen statt! Das wäre bei Kohl und auch bei den FDP-Leuten anders gelaufen.

Der Name Kohl ist gefallen. Du hast immer wieder mit dem Bundeskanzler gesprochen. Wie würdest du das bilanzieren?

» Es wurde stets ruhig und sachlich miteinander geredet. Es kamen meist unterschiedliche Meinungen zu Tage, die blieben im Normalfall bestehen und das war's. Es gab auch eine Entwicklung: Als Kohl erstmals Kanzler geworden war, war ich bald darauf bei ihm. Nach dem Gespräch sind wir gemeinsam vor die Fernsehkameras gegangen. Das hat sich dann noch einmal wiederholt – dann war damit Schluss. Seine Berater hatten ihm ausgedrückt, sich mit dem DGB-Vorsitzenden in den Medien zu zeigen. Das wurde kommentarlos beendet. Ich habe das zunächst für einen Zufall gehalten, stellte aber bald fest, dass es Methode hatte. Ich habe es ihm nachgesehen, es war in seinem Interesse.

Habt ihr denn auch einmal etwas einvernehmlich regeln oder lösen können?

» Ich will das nicht ausschließen, könnte aber jetzt kein konkretes Beispiel nennen.

Gab es denn auch Kontakt zum Koalitionspartner FDP?

» Äußerst selten! Bei einem Besuch des Bundespräsidenten Walter Scheel in Japan habe ich einmal Vetter vertreten. Ich habe mich mit Scheel gut verstanden. Mit dem japanischen Kaiser habe ich über Mitbestimmung geredet. Er wusste darüber etwas Bescheid – im Gegensatz zu seinem Sohn.

Hast du an bestimmte politische Begegnungen herausgehobene Erinnerungen?

» Eher an solche Politiker, die uns im Grunde genommen fern waren. In Amerika habe ich die Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan getroffen. Reagan hat uns informiert, dass er irgendwann Vorsitzender der Filmschauspielergewerkschaft in Hollywood war. Danach hat er dann seine Leute reden lassen.

Wir haben darüber gesprochen, dass die Auseinandersetzung um den 116 AFG eine massive Belastungsprobe des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und CDU mit sich brachte. Wie ist dein Stellvertreter im DGB-Vorsitz, Gustl Fehrenbach, der CDU-Mitglied war, damit umgegangen?

» Wir waren in dieser Frage nicht unterschiedlicher Meinung, wir waren uns einig. Über die Differenzen mit seiner Partei hat er nicht viel geredet. Wem hätte das etwas gebracht? Gustav Fehrenbach war in erster Linie – so wie ich auch – Gewerkschafter. Er stammte übrigens aus Augsburg, hätte also eigentlich CSU-Mitglied sein müssen.

Die Grünen hast du immer sehr vorsichtig gestreift, etwa dahingehend, dass sie wichtige Fragen stellten, aber zunächst einmal mit sich selbst ins Reine kommen sollten.

» Das entsprach meiner damaligen Einschätzung.

Gab es Kontakt zu ihnen?

» Das kann ich nicht ausschließen. Der Entwicklungsprozess der Grünen in der Bundesrepublik war sehr uneinheitlich. Zu meiner Zeit waren sie bei uns noch keine richtige Größenordnung.

Der DGB hat zu deiner Zeit anfangen müssen zu sparen. Finanzielle Probleme zeichneten sich ab. Hast du bereits mit der Umstrukturierung des DGB beginnen müssen?

» Ja, aber sehr behutsam. Die großen Veränderungen kamen später. Sie zeichneten sich ab. Der DGB hat nie im Geld geschwommen.

In deine Zeit fiel das Ende der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“.

» Das hatte finanzielle Gründe. Es gab keine Nachfrage für die Zeitung, von der man hätte hoffen können, sie hätte das Blatt bei entsprechender Intensivierung tragen können. Das war leider nicht so. Die Zuschüsse des DGB in Millionenhöhe haben sich nicht ausgezahlt. Ich musste der Redaktion mitteilen, dass der Ofen ausgeht. Das war nicht einfach für mich. Aber es ist gelungen, für die Beschäftigten, vernünftige Leute, Lösungen zu finden. Die Misere der übrigen DGB-Presse hatte stets die gleichen Ursachen: Probleme der Finanzierung und fehlende Akzeptanz. Außerdem hatte jede Gewerkschaft ihre eigene kostenlose Zeitung, die im Mitgliedsbeitrag enthalten war.



Wie kam es dazu, dass Hans Matthöfer, der lange Zeit Minister in verschiedenen Funktionen bei Helmut Schmidt gewesen war, in schwieriger Lage Vorsitzender der BGAG wurde?

» Wir brauchten jemand, der damit umgehen und zu dem man auch Vertrauen haben konnte. Deshalb sind wir auf Hans Matthöfer gekommen. Da er bei der SPD als Kassierer voll eingespannt war, habe ich ihn bei Willy Brandt losgeeist.

Ich habe ihn angerufen und ihm gesagt, dass ich mit ihm darüber reden müsste. Damals wohnte er schon in Unkel. Ich bin dann zu ihm gefahren, ich meine an einem Sonntag, und da er mir gesagt hatte, er hätte kein Trinkwasser wegen Rheinhochwasser, habe ich ihm meine beiden Campingkanister mit Wasser gefüllt als Mitbringsel kredenzt. Als er mir die Türe öffnete und mich mit meinen Wasserkanistern dastehen sah, war er freudig überrascht.

Wir haben uns dann zusammengesetzt und die Sache problemlos verhandelt. Es war jede Menge Einsicht bei ihm vorhanden und auch Bereitschaft zu helfen. Das war kein unangenehmer Bittgang, sondern eine vernünftige Sache, die man unter Männern behandeln konnte.

Er hat die Tragweite natürlich erkannt?

» Absolut, mal eben den Kassierer zur Verfügung zu stellen, ist für eine Partei nicht so ohne. Das war eine anerkennenswerte Freundestat.

Noch einmal zur internationalen Politik: Du hast immer großen Wert darauf gelegt, in der Gewerkschafterpolitik die internationalen Aspekte im Auge zu behalten. Du hast viele internationale Funktionen gehabt, so warst du als DGB-Vorsitzender auch EGB-Präsident. Welches war die Motivation dieses Teils deiner Arbeit?

» Die Motivation hat sich daraus ergeben, dass ich ziemlich bald einsehen und erkennen musste, dass man manches national einfach nicht zufriedenstellend regeln kann, wenn es international entweder überhaupt nicht angefasst wird oder völlig anders läuft. So bin ich dann international zunächst bei der IPTT, der Internationale der Post-, Telefon- und Telegraf-Beschäftigten, eingestiegen, deren ehrenamtlicher Präsident ich später wurde. Sie hatte ihren Sitz in Genf.

Du bist also immer wieder nach Genf gefahren?

» Ich fuhr normalerweise zu unseren Sitzungen nach Genf; der Generalse-

kretär kam bei Bedarf zu mir nach Frankfurt. Das richtete sich nach Feindlage und Gelände.

Du hast diese Funktion also sehr ernst genommen?

» Absolut. Ich war häufig international unterwegs, bis nach Ostasien, nach Amerika. Als DGB-Vorsitzender hat man qua Amt mit dem EGB zu tun, ich war zunächst Mitglied der Exekutive. Von dort ist es nicht weit zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, dort wurde ich einer der Vizepräsidenten. Ich habe das alles ernst genommen. Als EGB-Präsident hatte ich mit dem Kommissionsvorsitzenden Jaques Delors zu tun, mit dem man hervorragend arbeiten konnte.

Hattest du ein Büro in Brüssel oder wurde das meiste von Düsseldorf aus geregelt?

» Ein eigenes Büro haben wir meiner Erinnerung nach erst später eingerichtet, das ständig mit einem Kollegen oder einer Kollegin besetzt war. Der EGB hatte ja einen eigenen Apparat mit Generalsekretär. Das war eine interessante Tätigkeit, aber man musste sich auch um sie kümmern

Zum Kapitel Ostpolitik und Wiedervereinigung: Nach einer langen Phase der Distanz zu den osteuropäischen Gewerkschaften, insbesondere dem FDGB der DDR, hat es seit Ende der 1960er- und dem Beginn der 1970er-Jahre vermehrt und dann kontinuierlich Kontakte zwischen DGB, seinen Gewerkschaften und Gewerkschaften Osteuropas, dann auch dem FDGB, gegeben. Vorreiter war damals Heinz Kluncker, der als einer der ersten einen der Kongresse der CSSR besuchte. Wie kam dieser Sinneswandel zustande – von einer doch ganz vehementen Ablehnung zu einer konstruktiven Zusammenarbeit?

» Bei mir selbst war der Sinneswandel nicht so abrupt. Die Postgewerkschaft hatte schon lange Beziehungen zu der entsprechenden Organisation in der DDR, die allerdings nicht Postgewerkschaft hieß, sondern IG Transport- und Nachrichtenwesen. Zu ihr gab es schon vor meiner Zeit Kontakte, so dass es eigentlich nahelag, mit dem FDGB zu reden, auch wenn Harry Tisch mit aller Vorsicht zu genießen war. Hintergrund bildete immer der Versuch, wieder näher zusammenzukommen. Wir dachten in den Gewerkschaften nicht utopisch: Die Mauer abzureißen, wäre über unsere Kräfte gegangen. Auch das Schießen konnten wir leider nicht verhindern, obwohl wir in aller Offenheit darüber geredet haben. Der FDGB seinerseits konnte daran auch

nichts machen. Wir hatten gleichzeitig immer auch Kontakt zu den sowjetischen Gewerkschaften. Die haben uns besucht, wir haben sie besucht. Das führte am Ende sogar dazu, dass wir mit dem EGB zu Gorbatschow gefahren sind und mit ihm debattiert haben. Er hatte ein fertiges Papier vor sich liegen, und als wir anfangen, legte er es beiseite und dann ging es frei weg.

Hatte die gewerkschaftliche Lockerung auch mit der Ostpolitik zu tun?

» Sie hat das sicherlich beeinflusst. Wir hatten immer Kontakt zum Auswärtigen Amt.

Ihr habt über relevante Dinge in diesem Zusammenhang mit der Regierung kommuniziert?

» Wir haben mit dem Auswärtigen Amt geredet, dieser Kontakt war nie unterbrochen. Dort waren Dinge bekannt, die wir nicht wussten, was manchmal recht nützlich war. Aber wir waren davon ebenso wenig abhängig wie sie von uns. Ziel war es immer, sich zu verständigen, vernünftig miteinander umzugehen.

Aus den Akten des FDGB ist ersichtlich, mit welcher Akribie die DDR-Gewerkschaften die Delegationen vorbereitet haben. Offenbar sollte nichts dem Zufall überlassen bleiben.

» Das hing mit ihrer inneren Unsicherheit zusammen.

Wie lief ein solches Treffen denn in der Praxis ab?

» Das kann man nicht generalisieren. Wir konnten durchaus auch mit Arbeitnehmern diskutieren. Die lasen die Fragen allerdings vom Zettel ab. Aber niemand hat uns gehindert, auf Themen zu sprechen zu kommen, die nicht auf dem Zettel standen.

Es ging zivilisiert zu, auch wenn ihr auf einen wunden Punkt hingewiesen habt?

» Eindeutig – selbst bei Harry Tisch. Das gilt z. B. für eine Pressekonferenz mit ihm hier im Westen, bei der es auch um den Schießbefehl ging. Er musste das immerhin über sich ergehen lassen.

Dieter Wunder, früherer Vorsitzender der GEW, hat durchaus selbstkritisch angemerkt, der DGB und seine Gewerkschaften hätten zu lange zusammen mit Tisch am Tisch gesessen.





» Wir haben so lange mit ihm am Tisch gesessen, wie er da war. Hätten wir uns daneben setzen sollen? Wenn du was bewegen willst, musst du auch mit den Leuten reden, die du nicht unbedingt magst. Wir konnten Harry Tisch nicht von uns aus ablösen. Als er dann weg vom Fenster war, haben wir mit anderen Leuten zu tun gehabt. Mit denen haben wir verhandelt, gesprochen, und sie haben eine Menge eingestiebt. Sie waren maßgeblich dafür verantwortlich, dass es nicht auf Hauen und Stechen ging, sondern dass man versuchte, miteinander klar zu kommen. Das hatten wir nicht allein in der Hand.

Gewerkschafter wie der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner haben stets darauf bestanden, dass die Gewerkschaften der sozialistischen Staaten zwar den Namen trügen, aber de facto keine Gewerkschaften seien, weil sie von der Ton angehenden Partei vollkommen abhängig seien, also sozusagen „Transmissionsriemen“, und keinerlei Handlungsspielraum, etwa in der Tarifpolitik, hätten. Ich nehme an, du teilst diese Auffassung?

» Ja, das war vollkommen richtig. Aber es durfte nicht dazu führen, dass man über Jahrzehnte gar nicht mehr miteinander redete. Das habe ich anders gesehen. Und die Zeiten haben sich geändert.

Wenn man sich darüber im Klaren ist, dass die Analyse stimmt, und trotzdem miteinander redet, dann ist die Gefahr fast schon vorbei. Wenn man sich über das Abhängigkeitsverhältnis klar ist, weiß man, was die andere Seite kann oder nicht. Man könnte sie damit zwar leicht in Verlegenheit bringen, aber was würde das nützen?

Im Herbst 1989, als es ernst wurde und dann die Mauer fiel, im September 1989 war Harry Tisch als FDGB-Vorsitzender noch einmal offiziell zu Besuch in Düsseldorf.

» Ja, es gab u. a. eine Werksbesichtigung bei Krupp. Aber ich hatte ernste gesundheitliche Probleme, weshalb ich während dieses Besuches ins Krankenhaus gehen musste.

Tisch wurde interviewt und äußerte sich dort in Bezug z. B. auf die Ungarn-Flüchtlinge sehr negativ. Als der Reporter nachfragte, meinte er, man solle sich nicht in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen.

» Es waren deren innere Angelegenheiten, die erst für diesen Zustand mit den Flüchtlingen gesorgt hatten.

Ihr hattet mit ihm vorher über die Lage gesprochen?

» Das haben wir, wir hatten ja nichts zu verbergen und wir brauchten keinem Gespräch aus dem Weg zu gehen. Aber das half ja nichts, selbst wenn er gewollt hätte, ich bin überzeugt, er hätte nicht gekonnt.

Der Bürgerrechtler Wolfgang Templin hat in den späten 1980er-, frühen 1990er-Jahre aus seiner Sicht geschrieben, dass die DDR-Opposition nicht Ansprechpartner der West-Gewerkschaften gewesen sei, zumindest seit den 1980er-Jahren. Was sagst du dazu?

» Es kann durchaus Beziehungen gegeben haben, aber ich kann sie nicht personifizieren. Die Schwierigkeit für uns lag darin, dass wir nicht wussten, wer wer ist. Wir hätten kein Problem gehabt, jemanden von der Opposition in der DDR anzusprechen. Aber wir kannten diese Leute damals nicht. Sie haben sich auch, soweit ich weiß, nicht gemeldet. Sie hätten es auch nicht leicht gehabt, man muss ja glaubwürdig sein. Wenn man jemanden gar nicht kennt, ist es schwierig mit der Glaubwürdigkeit. Es sei denn, er hat ein Amt, deswegen wird er zwar nicht glaubwürdiger, aber man weiß eher, woran man ist.

Die Gewerkschaften haben sie aber auch nicht gesucht. Hätten sie dazu eine Sichtweise einnehmen müssen, die sie damals nicht hatten?

» Nein, wir wussten über die Leute einfach zu wenig, eigentlich gar nichts.

Auch wenn man über jemanden nichts weiß, kann man ja versuchen, etwas über ihn zu erfahren?

» Dann muss man aber zuerst einmal überhaupt die Vorstellung haben, dass da etwas sein könnte, was mich interessieren könnte. Was hat man denn über die Opposition in der DDR hier im Westen gehört und gesehen?

Templin würde vielleicht sagen, wir hätten nicht gut genug hingesehen und uns zu wenig bemüht.

» Gab es für uns denn etwas zu sehen?

Im gewerkschaftlichen Bereich gab es wohl keine oder kaum Opposition.

» Wir haben jedenfalls keinen Ansatzpunkt gesehen, sonst hätten wir es bestimmt versucht. Was Templin wusste und kannte, kannten wir noch lange nicht. Und es hat uns auch niemand, dem wir vertraut hätten, gesagt. Die



intensivste Opposition gab es ja eher in Kirchenkreisen, aber das war nie die starke Seite unserer Verbindung. Solche Kontakte hätten zweifellos unsere Verbindung zu den offiziellen Stellen gestört, was uns im Zweifelsfall nicht hätte hindern müssen.

Versäumnisse auf unserer Seite kann man also nicht ausschließen?

» Für uns ist es selbstverständlich, dass in einer Gewerkschaft unterschiedlich orientierte Menschen tätig sind. Das galt für die DDR nicht, dort waren alle, zumindest nach außen, von einer Couleur. Bei uns konnten in jeder Gewerkschaft Menschen gefunden werden, die den Kommunisten nahe standen. Aber von hier aus da drüben einen Gewerkschafter zu finden, der der Union oder auch nur den Sozialdemokraten nahe gestanden hätte, das war unmöglich. Trotzdem haben wir nie den Kopf in den Sand gesteckt.

Templin sagt dann weiter, dass der DGB nach 1989 darauf fixiert gewesen sei, sich mit den FDGB-Strukturen zu arrangieren und die bundesdeutschen Gewerkschaftsstrukturen auf die ehemalige DDR zu übertragen. Kannst du dem etwas abgewinnen?

» Es kann sein, dass es diese Tendenz auf unserer Seite gegeben hat. Hätten wir vielleicht die Strukturen von dort übernehmen sollen?

Hätte das, ironisch gefragt, nicht vielleicht sogar den DGB gestärkt?

» Er wäre auseinander gefallen.

Wäre es nicht die Gelegenheit gewesen, den DGB zu dem zu machen, zu dem ihn Hans Böckler gern gemacht hätte, nämlich zum Organisationszentrum der Gewerkschaften?

» Das haben die Gewerkschaften aber nicht gewollt, und sie sind nun einmal das bestimmende Element, nicht der DGB-Vorsitzende. Das hätte auch Böckler nicht erreichen können. Zum Zeitpunkt des Mauerfalls hätten wir die FDGB-Struktur keinesfalls übernehmen oder kultivieren können.

Den westdeutschen Gewerkschaften ging es vor allem um das Mitgliederpotential?

» Wir wussten sehr wohl, dass die Mitgliedschaft dort nicht ganz freiwillig war und dass das Konsequenzen haben würde. Entscheidend war, dass wir funktionsfähig bleiben mussten, auch mit und gegenüber deren Problemen. Es durfte nicht alles auseinanderfallen und -laufen. Das ist erreicht worden.

Wir wussten, dass versucht werden würde, Konkurrenzgewerkschaften zu gründen und als Alternative zu den verhassten „Roten“ anzubieten. Das ist glücklicherweise nicht gelungen.

Mit der Tarifpolitik lief es weniger gut?

» Die Löhne in Ost und West sind nach wie vor nicht gleich. Das dauert verdammt lange.

Niemand hat die „Wiedervereinigung“ zutreffend vorausgesagt. Aber hätten nicht gerade die Gewerkschaften und besonders der DGB Pläne für den Fall des Falles in der Schublade haben sollen?

» Man hätte eine Organisation haben müssen, die die Hellscher organisiert. In historischen Dimensionen betrachtet, ging das alles so schnell, dass man dafür dankbar sein muss.

Wir sind die großen Stationen abgegangen, vom Debakel um die Gemeinwirtschaft über die Arbeitszeitdiskussionen mit all ihren Aspekten bis hin zur Wiedervereinigung mit ihren Überraschungsmomenten. In diesen acht Jahren deiner Amtszeit war schon eine Menge los. Schaust du mit einer gewissen Zufriedenheit darauf zurück?

» Ja, das tue ich eigentlich. Aber mehr auch nicht. Ich war nicht der Nabel der Welt. Ich habe dort, wo ich konnte, meinen Teil dazu beigetragen, die Entwicklung friedlich und zu Gunsten derer, die wenig haben, voranzutreiben. Das hätten andere aber auch getan. Ich bin nicht unzufrieden mit dem, was ich in den Jahren getan oder manchmal unterlassen habe. Vor allem habe ich vor mir ein reines Gewissen, was nicht ganz selbstverständlich ist.

Ich will an dieser Bescheidenheit nicht rütteln. Wie siehst du die Entwicklung des DGB seitdem, ganz summarisch, ohne auf Einzelheiten einzugehen?

» Es ist für die Gewerkschaften nicht einfacher geworden, sondern eher schwieriger. Das konnten sie sich nicht aussuchen. Ich meine jedoch, sie hätten die richtigen Konsequenzen, soweit man das bisher absehen kann, gezogen. Sie haben eine gewisse Art von Konzentration eingeleitet und durchgeführt, ohne dass dabei Eigenständigkeiten verloren gegangen wären.



Stichwortverzeichnis



Hinweis zum Stichwortverzeichnis

Das folgende „Stichwortverzeichnis“ soll die Bandbreite der DGB-Politik und das weite Aufgabenfeld des DGB-Vorsitzenden verdeutlichen. Es umfasst insgesamt 52 Begriffe und beruht auf den in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn im DGB-Archiv lagernden Archivalien der Abteilung Vorsitzender des DGB-Bundesvorstands. Darin sind Referate, Reden, Ansprachen und weitere Texte des DGB-Vorsitzenden verwahrt. Sie wurden auf Aussagen zu wichtigen Stichpunkten durchgesehen, wobei auch hier keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann: Das Material ist derart umfangreich, dass eine systematische wissenschaftliche Auswertung Monate benötigen würde. Eine weitere Quelle für die Zitate Breits bilden die vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ der Jahrgänge 1982 bis 1990.

Die benutzten Signaturen des DGB-Archivs in der Friedrich-Ebert-Stiftung lauten im Einzelnen:

DGB-Archiv/DGB-Bundesvorstand/Abt. Vorsitzender

5/DGA I 00 1303 bis 1305, 1307, 1313, 1316 bis 1319, 1321, 1324, 1332, 1334, 1337 bis 1341, 1346, 1352, 1354, 1358, 1360, 1366, 1370 und 1371, 1373, 1378.

Abrüstung/Friedenspolitik

„Die Gewerkschaften haben immer gesagt: Die Produktion von Waffen ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, die Anhäufung von Rüstungsgütern bindet Mittel, die zu sozialen Zwecken, zur Finanzierung gesellschaftlicher Reformen besser eingesetzt wären.“

(Rede anlässlich der DGB-Veranstaltung „Abrüstung ist das Gebot der Stunde“ am 26. März 1983 in Köln)

„Die Politik der Abschreckung ist allein nicht – oder doch nicht mehr – geeignet, den Frieden sicherer zu machen – auch wenn es bisher noch nicht zum gegenseitigen atomaren Schlagabtausch gekommen ist.

Sie ist im Kern nichts anderes als eine Politik der gegenseitigen Bedrohung, die sich zur Grundlage der Rüstungsspirale entwickelt hat.

Wir sollten aber nicht vergessen: Mit jeder neu stationierten Trägerrakete, mit jedem neu aufkommenden internationalen Konflikt, wächst auch die Gefahr, dass aus der Unzulänglichkeit des Menschen und der Technik heraus ein Atomkrieg entbrennt, sogar unbeabsichtigt.

Wenn wir die Sicherheitspolitik der letzten Jahre zurückverfolgen, so müssen wir feststellen: Jeder Aufrüstungsphase folgte bisher eine Gegen-Aufrüstungsphase.

Weil die *eine* Seite sich durch die bestehende oder drohende Überlegenheit der *anderen* Seite ernsthaft bedroht fühlt, werden immer gefährlichere und präzisere Waffen, immer unmenschlichere Tötungsmechanismen erdacht und hergestellt. Diese immerwährende Rüstungsspirale erhöht unweigerlich die Kriegsgefahr.

Bei nüchterner Betrachtung der heutigen Vernichtungspotentiale in Ost und West wird deutlich: Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung kann es keine Hoffnung mehr auf *Sieg* geben.

Wer dennoch mit dem Gedanken spielt, ein zukünftiger gewaltsamer Konflikt zwischen den Großmächten sei gewinnbar – auch wenn es sich dabei um einen geographisch begrenzten Konflikt handeln sollte –, dessen Hoffnung ist trügerisch. Denn: Angesichts der nuklearen Waffenpotentiale gibt es keine Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben *nach* einem atomaren Holocaust.

Unsere Forderung heißt deshalb: Die Politik der Abschreckung, die sich auf gegenseitige Angst, Aggression und gegenseitiges Misstrauen gründet, muss – wenn die Menschheit überleben will – durch eine andere Politik ersetzt werden! Sie muss es vor allen Dingen deshalb, weil Frieden *mehr* bedeutet

als als die bloße Abwesenheit von Krieg.“

(Rede vor dem Europa-Kongress der Internationale des Personals der Post-, Telegraf- und Telefonbetriebe/(IPTT über Frieden, Sicherheit und Abrüstung am 5. Juli 1984 in Helsinki)

„Es ist unsere moralische Pflicht, aber es liegt auch in unserem ganz egoistischen Interesse, die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht weiter für Waffen zu verwenden, die – wenn wir Glück haben – nach einigen Jahren verschrottet werden müssen, sondern für die Linderung der Not, des Hungers, der Arbeitslosigkeit und zum Schutze unserer Umwelt zu verwenden. Dies ist ein weites Feld, auf dem wir mit allen Ländern dieser Erde in einen friedlichen Wettbewerb eintreten sollten.“

(Statement anlässlich der Begegnung mit US-Präsident Reagan, Washington D.C. am 21. Januar 1988)

Agrarpolitik

„Der DGB beobachtet die agrarpolitische Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft seit langem mit großer Sorge. Wir werden durch die EG-Agrarpolitik immer wieder über die Steuerseite belastet, ohne dass die strukturelle Überschussproduktion wirksam eingedämmt werden kann. Wir wissen aber auch, dass der großen Mehrheit der Landwirte und ihrer Familienangehörigen ein vergleichbares Einkommen nicht ermöglicht wird.

Die soziale Lage der europäischen Agrarbevölkerung hat sich ungleichgewichtig entwickelt.

Die regionalen Unterschiede haben sich verschärft, und die Einkommensunterschiede zwischen Groß- und Kleinbetrieben sind größer geworden ...

Nach unserer Auffassung muss das Kernstück der neuen EG-Agrarpolitik eine Agrarstrukturpolitik werden, die die Landwirte zur wirtschaftlichen Erzeugung und Vermarktung ihrer Produkte ermuntert und sie damit in die Lage versetzt, über den Markt ein befriedigendes Einkommen zu erwirtschaften. Das Gießkannenprinzip der bisherigen Agrarstrukturförderung lehnt der DGB ab.“

(Begrüßungs- und Einführungsrede anlässlich des Treffens des GBV mit dem Deutschen Bauernverband am 7. Juli 1986 in Düsseldorf)

Arbeit

„Arbeit zu haben ist ... mehr als nur die Quelle für Einkommen. Arbeit zu haben, füllt den Tag mit Inhalt. Arbeit zu haben, schafft sozial wichtige

Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen im Betrieb. Arbeit zu haben, die zufrieden stellt, erhöht das Selbstwertgefühl jedes einzelnen.

Umgekehrt heißt das: Keine Arbeit zu haben, macht den Tag inhaltsleer. Keine Arbeit zu haben, beraubt der sozialen Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen. Keine Arbeit zu haben, vermittelt das deprimierende Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, überflüssig zu sein.“

(Grundsatzreferat auf dem 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongress vom 16. bis 21. Mai 1982 in Berlin, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 6/82, S. 329-344, S. 334)

„In diesen beiden großen Anliegen – dem vollen Einsatz für das Recht auf Arbeit und dem Streben nach mehr Freizeit – liegt kein Widerspruch. Freizeit ist kein Ersatz für Arbeit. Das ist jedem ein für allemal klar, der jemals arbeitslos war. Das sollte auch jedem klarwerden, der sich ernsthaft und mitfühlend mit dem Schicksal von Arbeitslosen beschäftigt. Deshalb haben wir uns auch so vehement gegen alle jene zutiefst unchristlichen Versuche gewehrt, die Arbeitslosen zu Drückebergern abzustempeln, zu Parasiten der Allgemeinheit. Wer von einer angeblich weit verbreiteten freiwilligen Arbeitslosigkeit spricht, verleugnet die gesellschaftliche Problematik der Arbeitslosigkeit.“

(Statement zum Forum „Arbeiten müssen – arbeiten dürfen“ des 87. Deutschen Katholikentages vom 1.-5. September 1982 in Düsseldorf)

Arbeitsförderungsgesetz (§ 116)

„Die bestehenden Regelungen zu Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes und in der Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit sind Kompromisse, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt in der Praxis bewährt haben. Diese Regelungen stellen die Untergrenze dessen dar, was zum Schutz des gewerkschaftlichen Streikrechts notwendig ist...“

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Veränderung des § 116 AFG verletzt die gebotene Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit. Er höhlt das Streikrecht der Gewerkschaften aus. Der Gesetzentwurf bringt nicht mehr, sondern weniger Rechtssicherheit und entfernt sich weit von den ursprünglichen Absichten des Gesetzgebers...

Mit der geplanten Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes wäre die Tarifautonomie, die auf einer annähernden Gleichgewichtigkeit der beteiligten Parteien aufbaut, am Ende. Die Arbeitgeber erhielten einen Freibrief für massenhafte kalte Aussperrung. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerk-

schaften wären dem Diktat der Arbeitgeber ausgeliefert.“

(Rede auf der Kundgebung gegen die Veränderung des § 116 AFG am 18. Dezember 1985 in Düsseldorf)

Arbeitslosigkeit

„Das Problem der Arbeitslosigkeit ins allgemeine Bewusstsein gebracht zu haben – das halte ich für ein Verdienst des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Die Solidarität, die jedes Gewerkschaftsmitglied seinen Kolleginnen und Kollegen schuldet, diese Solidarität erstreckt sich nicht nur auf diejenigen, die Arbeit haben. Diese Solidarität bezieht auch und ausdrücklich die Solidarität mit denjenigen Kolleginnen und Kollegen ein, die keine Arbeit haben.“

(Grundsatzreferat DGB-Kongress 1982, S. 334/35)

„Sicher gibt es kein schnell wirkendes Wundermittel gegen die Arbeitslosigkeit. Notwendig ist, um es mit den Worten zweier anerkannter Arbeitsmarktforscher zu sagen, „ein gebündelter, massiver Einsatz aller Instrumente zugleich.“ Eines der wichtigsten und wirksamsten Instrumente ist und bleibt die Arbeitszeitverkürzung – in ihren verschiedenen Formen. Die vereinbarten Vorruhestandsregelungen belegen das ebenso sehr wie die – gegen den hinhaltenden Widerstand der Unternehmer und bei schriller Begleitmusik seitens der Regierung – erkämpfte Wochenarbeitszeitverkürzung.“

(Gemeinsam gegen eine Politik für wenige, in: GMH 8/85, S. 449-455, S. 455)

Arbeitszeitverkürzung

„Es ist ebenso unverständlich wie gesellschaftspolitisch fahrlässig, ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich die Arbeitszeitverkürzung, ... zum Tabu zu erklären. Aber neu ist das ja nicht: Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen war schon immer eine schwierige Sache; man denke nur daran, wie lange in früheren Zeiten die Arbeitgeber zäh und verbissen den Zwölfstundentag verteidigt haben.

Nur finden wir heute veränderte Rahmenbedingungen vor: Wachsende Arbeitslosigkeit, nach wie vor zu verzeichnende Fortschritte der Produktivität und nach wie vor festzustellende Stagnation beim Wachstum machen nun einmal die ernsthaftesten Überlegungen darüber notwendig, wie wir weniger Arbeit auf eine größere Zahl von Menschen verteilen können, die arbeiten wollen und auch arbeiten müssen.

Gewiss, das Thema der Arbeitszeitverkürzung ist differenziert zu betrachten. Von Branche zu Branche, von Industriezweig zu Industriezweig muss es den zuständigen Tarifvertragsparteien überlassen bleiben, sich dieses Themas anzunehmen.“

(Grundsatzreferat DGB-Kongress 1982, S. 337)

„Für die Gewerkschaften, die sich die Verkürzung der Lebensarbeitszeit aktuell zum Ziel gesetzt haben, wäre der Durchbruch zu einer akzeptablen ... Vorruhestandsregelung ein Erfolg, der auf längere Frist allen Arbeitnehmern zugute käme. Aber die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist keine Alternative zur 35-Stunden-Woche.“

(Arbeitszeitverkürzung – Der entscheidende Schritt voran muss gelingen, in: GMH 2/84, S. 65-76, S. 76)

„Die Verkürzung der Arbeitszeit trägt zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bei und macht die vorhandenen Arbeitsplätze gegenüber der Gefährdung aufgrund technologischer Entwicklungen sicherer; die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein wirksamer Beitrag zum Schutz der Arbeitnehmer vor den gesundheitsbeeinträchtigenden Folgen wachsender Arbeitsbelastungen und somit Bestandteil der Humanisierung der Arbeit; die Verkürzung der Arbeitszeit ist die Voraussetzung für eine umfassende Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Familien am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben.“

(Referat auf dem Forum Arbeitszeitverkürzung der SPD am 5. November 1982 in Bonn)

„Der Streit über die „richtige“ Form der Arbeitszeitverkürzung ist unnötig, es ist ein Streit, den uns unsere Gegner aufdrängen wollen. Für den DGB ist klar, dass mittelfristig sowohl die Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze als auch die 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer erforderlich sind. Beides ist die zwangsläufige Konsequenz aus der fortschreitenden Technisierung und Automatisierung der Wirtschaft ...

Unter den DGB-Gewerkschaften gibt es keinen Zweifel darüber, dass die Lebensarbeitszeitverkürzung keine Alternative zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit sein kann und umgekehrt. Denn: Wenn wir die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir beide Arten der Arbeitszeitverkürzung und stärkeres qualitatives Wachstum dazu.“

(Referat auf der Auftaktveranstaltung der SPD zur Kampagne „Arbeitszeitverkürzung“ am 4. Februar 1984 in Bonn)

Beschäftigungskrise

„Wir erwarten von jeder Bundesregierung, von jedem Parlament, dass endlich wirksame Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ergriffen werden, ohne dass die Folgen der Wirtschaftskrise einseitig den Arbeitnehmern und ihren Familien und denjenigen aufgebürdet werden, die besonders der Hilfe bedürfen. Wir werden erneut deutlich zu machen haben, dass es jeder wirtschaftspolitischen Logik widerspricht, in einer Zeit der überall unter ausgelasteten Kapazitäten den bestehenden Nachfragemangel durch eine überzogene Sparpolitik des Staates oder durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer zu verschärfen.“

(Grußwort beim 17. ord. Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei am 6. Oktober 1982 in Nürnberg)

„Auch die Gewerkschaften haben kein Patentrezept zur Lösung – oder gar schnellen Lösung – der Beschäftigungskrise. Ein solches Patentrezept gibt es nicht.

Jede wirtschaftspolitische Strategie ist *für sich allein* bei der Lösung der Beschäftigungskrise überfordert. Jeder *einseitige* Politikansatz muss scheitern.

Diese Feststellung gilt – um es vereinfachend zu sagen – für die Angebotspolitik ebenso wie für die Nachfragepolitik. Und überfordert ist auch jeder einzelne Politikbereich für sich allein gesehen, also die Finanzpolitik, die Politik der Arbeitszeitverkürzungen, die Geldpolitik, die Technologiepolitik usw.

Ich plädiere hier für eine *Bündelung* aller wirtschaftspolitischen Strategie- und Politikansätze.

Und angesichts der Schwere und strukturellen Verhärtung der Beschäftigungskrise befürchte ich, dass selbst diese Bündelung aller wirtschaftspolitischen Möglichkeiten auf absehbare Zeit nicht zur Vollbeschäftigung führen wird.“

(Referat „Wege aus der Wirtschaftskrise“ beim Gesprächskreis „Wirtschaft und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. Februar 1986 in Bonn)

Betriebsverfassung

„Die aus den Kreisen der Regierungskoalition geplanten Änderungen zum Betriebsverfassungsrecht würden die Stellung des Betriebsrats entscheidend unterdrücken und damit die betriebliche Mitbestimmung wesentlich verschlechtern.

Sie bergen darüber hinaus aber die Gefahr, daß der soziale Konsens in der Bundesrepublik ausgehend von den Betrieben erschüttert wird mit allen politischen Konsequenzen, die für unsere Gesellschaft damit verbinden sind. Und nicht zuletzt: Die geplanten Änderungen sind gegen die Einheitsgewerkschaft, gegen den DGB und seine Gewerkschaften gerichtet. Für das zukünftige Verhältnis zwischen DGB und der jetzigen Bundesregierung ist es deshalb nicht von geringer Bedeutung, wie sich die Bundesregierung in dieser Frage verhält.“

(Einleitendes Statement für das Gespräch mit dem Bundeskanzler Kohl am 28. November 1984 in Bonn)

Bildung/Berufliche Bildung

„Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ist) ein Bildungssystem notwendig ..., in dem die Förderung jedes einzelnen als Voraussetzung für seine Fähigkeit zum selbst bestimmten Handeln oberstes Ziel ist.

Ein solches Bildungswesen muss allen gleiche Chancen bieten und herkunftsbedingte Benachteiligungen und individuelle Schwierigkeiten auszugleichen suchen.

Da das Bildungssystem für den einzelnen und seine materielle Basis in dieser Gesellschaft wichtige Voraussetzungen vorgibt, muss es allen offen stehen und jeden gleichberechtigt fördern.“

(Ansprache zur Eröffnung des Gewerkschaftstags der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 16. November 1986 in Osnabrück)

„Es gilt ..., die Qualität der beruflichen Bildung in ihrer Gesamtheit zu verbessern.

Ziel gewerkschaftlicher Berufsbildungspolitik ist vor allem, eine zukunftsbezogene, den inhaltlichen und sozialen Anforderungen des technisch-organisatorischen Wandels entsprechende Berufsausbildung für alle Jugendlichen durchzusetzen. Um diesen Anspruch für alle Jugendlichen zu gewährleisten, sind staatliche Initiativen dringend erforderlich.

Die Einführung einer gesetzlichen Finanzierungsregelung, verbunden mit Qualitätsauflagen, ist längst überfällig.

Die Mittel für eine überbetriebliche Finanzierung sind in einen Fonds einzubringen, in den alle Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen einzahlen, die ihre Ausbildungspflichten nicht erfüllen. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Forderung: Wer nicht ausbildet, muss zahlen.“

(Gewerkschaftstag GEW 1986)

„Wir brauchen mehr Personal für alle Bereiche des Erziehungs- und Bildungssystems – insbesondere für den berufsbildenden und den weiterbildenden Bereich! Und dafür muss auch ausgebildet werden! Wer sich beispielsweise die Studentenzahlen in den berufsbildenden Fächern anschaut, kann eine Gänsehaut bekommen. In einigen Bereichen gibt es überhaupt keinen, in anderen viel zu wenig Nachwuchs.

Das ist das Ergebnis einer nicht stattfindenden langfristig orientierten Bildungsplanung. Eine solche Planung brauchen wir, damit wir nicht alle 25 Jahre wieder über einen nahezu unbehebaren Lehrermangel klagen müssen.“

(Rede auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 18. November 1989 in Osnabrück)

Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)

„Keinem von uns kann an einer einflußlosen oder gar gespaltenen CDA in einer Partei wie der CDU gelegen sein. Im Gegenteil: Nach meinem Eindruck braucht die CDU als Volkspartei einen starken Arbeitnehmerflügel. ...

Will aber innerhalb der CDU die CDA auf Kosten des von Wirtschaftsflügel und Mittelstandsvereinigung ohnehin ungeliebten DGB an Gewicht gewinnen, dann müssen sich die Gewerkschaften wehren.“

(Statement zum TOP „Einheitsgewerkschaft/Nachlese des Gesprächs mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand der CDA“ anlässlich der Sitzung des DGB-Bundesvorstands am 2. September 1986 in Düsseldorf)

Demokratisierung der Wirtschaft

„Wir gehen davon aus, daß die Grundregeln der politischen Demokratie – Macht zu begrenzen und zu kontrollieren und die Ausübung von Macht von der Führung derer abhängig zu machen, die ihr unterworfen sind – auf die Wirtschaft übertragen werden können.

...

Es geht um nichts weniger, als die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die in einem kapitalistisch verfaßten Wirtschaftssystem aus dem Eigentum abgeleitet wird, so zu begrenzen, daß die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Struktur unseres Wirtschaftens, die Verteilung seiner Ergebnisse von der Mehrheit der Bevölkerung bestimmt werden.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist nicht der Versuch, in die grundgesetzlich geschützte Verfügungsmacht über das Eigentum einzugreifen, sondern in die mit dem Eigentum an Produktionsmitteln verbundene Verfü-

gungsmacht über Menschen, gemeinhin als Arbeitnehmer bezeichnet.“
(Statement bei der Podiumsdiskussion „Auf dem Wege zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung“ im Rahmen der Programm-Werkstatt der SPD „Demokratisierung der Wirtschaft“ am 29. Januar 1988 in Bonn)

Demonstrationsrecht

„Das Demonstrationsrecht läßt sich nur wirksam schützen, wenn man Gewalttäter isoliert und sie bestraft. Aber dazu reichen unsere Gesetze aus. Es hieße, die schweren Aufgaben, die die Polizei für uns alle zu bewältigen hat, noch schwerer zu machen, wenn man ihr zusätzlich die Probleme auflädt, die die Politik zu lösen nicht in der Lage ist.“

(Grußwort beim Delegiertenkongress der Gewerkschaft der Polizei im November 1986)

Einheitsgewerkschaft

„Die Einheitsgewerkschaft ist das in der Nachkriegszeit erfolgreichste Gewerkschaftsmodell im internationalen Vergleich. Die aktuellen Analysen bestätigen das. Die Einheitsgewerkschaft taugt bestens zur Vertretung und zur Harmonisierung unterschiedlicher Arbeitnehmerinteressen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Rückkehr zu Standesverbänden oder die Formierung von gruppenspezifischen pressure groups oder Lobbies ein gesellschaftspolitischer Fortschritt wäre.

Allerdings werden wir die Einheitsgewerkschaft modernisieren, sie zukunftssicher machen müssen. Diejenigen, die bereits Mitglieder sind ebenso wie die, welche wir noch gewinnen wollen, müssen in den Gewerkschaften Diskussions-, Meinungsbildungs-, Versammlungs-, Vertretungs-, Beschluss- und Verwaltungsformen finden, die ihren Wünschen und Vorstellungen entsprechen. Die Gebräuche und Strukturen, die sich entwickelt haben, müssen daraufhin untersucht und weiterentwickelt werden. Das wird sicher nicht zur Folge haben, dass wir alles Altbewährte über Bord werfen müssen, aber manches wird so anzupassen oder zu ändern sein, dass es etwa gewachsenen Mitsprache- und Partizipationsbedürfnissen gerecht wird.“

(Für die Zukunft gerüstet? Der DGB nach 40 Jahren, in: GMH 1/89, S. 1-7, S. 4)

„In der Einheitsgewerkschaft wirken Arbeitnehmer mit verschiedenen religiösen, weltanschaulichen und parteipolitischen Bindungen und Vorstellungen zusammen und werben in den politischen Parteien um Unterstützung

für die gewerkschaftlichen Anliegen. So verstehen wir Einheitsgewerkschaft.

Einheitsgewerkschaft heißt nicht, dass hochrangige Parteipolitiker, nur weil sie ein Gewerkschaftsbuch in der Tasche haben, ein Vetorecht gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen besitzen.“

(Grußwort an den 15. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall am 19. Oktober 1986 in Hamburg)

Energiepolitik

„Es ist nun einmal so, daß aus den Schornsteinen von Kohlekraftwerken keine kühle Meeresbrise heraus weht. Aber es ist auch so, daß wir auf die Kohle – unserem einzigen eigenen Energie-Lieferanten von nennenswerter Größenordnung – nicht verzichten können, wenn wir in der Frage der lebenswichtigen Energiegewinnung nicht total von fremden Quellen abhängig sein wollen. Und das können wir nicht wollen. Darum brauchen wir den Jahrhundertvertrag.“

(Grußwort zur Eröffnung des 13. Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie am 26. November 1984 in Dortmund)

Entwicklungshilfe

„Alle Regierungen der Industrienationen müssen endlich ihre selbst im Rahmen der Vereinten Nationen schon vor zwei Jahrzehnten eingegangene Verpflichtung erfüllen, 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes in die Entwicklungshilfe zu geben. Sonst müssen sie sich gefallen lassen, daß man ihre Treue zu Vereinbarungen an ihrem Verhalten in dieser Frage mißt.“

(Rede vor gewerkschaftlichen Funktionären in Brasilien und Argentinien anlässlich der Reise einer DGB-Delegation in der Zeit vom 6. bis 19. Juli 1988)

Europa/Europäische Einigung

„Dass ein künftiges Gesamtdeutschland nur eingebettet in einen gesamt-europäischen Einigungsprozess zu denken ist, ist mittlerweile allseits akzeptierte Grundlage. Auch für die künftig vereinten Gewerkschaften in Gesamtdeutschland stellen sich in Wahrnehmung ihrer europäischen Verantwortung neue Aufgaben.

Dabei gilt es zunächst, mögliche Bedenken unserer Bruderorganisationen im Europäischen Gewerkschaftsbund hinsichtlich einer Dominanz der Deutschen nach erfolgtem Einigungsprozess wirksam zu zerstreuen. ...

Den vereinten Gewerkschaften in Gesamtdeutschland wird ... die Aufgabe zuwachsen, eine Brückenfunktion zwischen den Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund sowie denjenigen der bisherigen Ostblockländer zu erfüllen. ...

Die historische Chance einer Europäisierung der Gewerkschaftsarbeit ... gilt es zu nutzen.“

(Gewerkschaften in der Kritik – Rückblick und Ausblick, in: GMH 5-6/90, S. 258-262, S. 261/62)

Europapolitik

„Die Interessen der Arbeitnehmer haben in der Europäischen Gemeinschaft bislang weniger Beachtung gefunden als die Interessen anderer Bevölkerungsgruppen, allen voran die Landwirte.“

(Statement anlässlich einer Begegnung mit dem Präsidenten des Europ. Rates, Ministerpräsident Lübbers, am 18. Juni 1986 in Den Haag)

„Es gilt ... bei der Verwirklichung des Binnenmarktes die sozialen und rechtlichen Ansprüche der Arbeitnehmer mit den Interessen der Wirtschaft in ein Gleichgewicht zu bringen. Von diesem Gleichgewicht sind wir heute noch ein gutes Stück entfernt. Wenn sich die Konstruktion des Europäischen Binnenmarktes ausschließlich nach der Bauzeichnung der Unternehmer und deren Verbände verwirklicht, dann werden zwischen einem solchen Europa und den arbeitenden Menschen in Europa Lichtjahre liegen.“

(Rede auf der Tagung der Hans-Böckler-Stiftung „Gewerkschaftliche Kriterien für einen europäischen Sozialraum“ am 19. April 1988 in Bonn)

„Die von Michail Gorbatschow eingeleitete Politik der Umgestaltung war und ist die letzte Chance, die diese Gesellschaften (in Mittel- und Osteuropa, HOH) vor dem gänzlichen Auseinanderfallen, vor dem Chaos vielleicht, bewahren kann.

Viele Länder Mittel- und Osteuropas haben diese Chance inzwischen genutzt. Sie sind auf dem Weg hin zu Demokratien, hin zu Gesellschaften, denen die Verwirklichung der Menschenrechte oberstes Gebot ist.

Es sind nichts anderes als Revolutionen, die sich in diesen Ländern vollzogen haben. Wir sprechen den Menschen dort unseren Respekt aus.“

(Mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht, DGB-Kongress, 21. Mai 1990)

„Das, was sich bisher in Osteuropa Gewerkschaft nannte, war schon von der Konzeption her nicht mehr als der Transmissionsriemen von Partei und Staatsbürokratie; ihre Führer waren Teil einer privilegierten Bürokratiekaste.

Es überrascht deshalb nicht, wenn die offiziellen Gewerkschaften nun noch immer viel zu oft Teil der konservativen Kräfte sind, die ihre Privilegien verteidigen.

Ich Sorge mich nur, dass aus der Diskreditierung der Staatsgewerkschaften eine Diskreditierung gewerkschaftlichen Handels insgesamt erwächst.

Deshalb werden wir unsere solidarische Unterstützung all denen geben, die unabhängige, demokratische Gewerkschaften gründen oder die bestehenden Gewerkschaften von Grund auf umgestalten, umgestalten zu Gewerkschaften, die die Arbeits- und Lebensinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten.“

(Mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht, DGB-Kongress 1990)

Frauenförderung

„Wir brauchen konsequente Frauenförderungsmaßnahmen. Wir brauchen ein Angebot an Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen, das den Bedarf der Familien vollständig abdeckt. Und: Wir brauchen Arbeitszeiten, die es Frauen und Männern leichter machen, berufliche und familiäre Aufgaben untereinander in Einklang zu bringen und die ihnen mit ihren Kindern zusammen ein gemeinschaftliches Familienleben ermöglichen.“

(Rede auf der Kundgebung des DGB am 1. Mai 1989 in Recklinghausen)

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)

„Mir scheint, daß zwischen DGB und FDGB gute und solide Beziehungen herangewachsen sind.

Insbesondere hat sich dies darin gezeigt, daß eine offene Diskussion auch über strittige oder sensible Punkte – wie z. B. die Berlin-Frage – möglich ist.

Gerade in Fragen der deutsch-deutschen Beziehungen, insbesondere in der Berlin-Frage, war auch bei Harry Tisch ein deutliches Interesse an einem Hinausgehen über die bisherigen Vereinbarungen und Behandlungen auf politischer Ebene zu erkennen, also eine Politik, die unseren Wünschen entspricht und die wir deshalb fördern sollten.

Harry Tisch hat in diesem Zusammenhang mehrfach deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften in dieser Frage durchaus souverän und unabhängig von

den politischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten handeln könnten, und erklärt, daß die deutschen Gewerkschaften in den deutsch-deutschen Beziehungen als Vorreiter gelten sollten.“

(Statement zum TOP 8 Verschiedenes der 10. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 2. Juni 1987 in Düsseldorf über den Besuch der Delegation des DGB in der DDR)

„Keine Gesellschaftsordnung kann für sich in Anspruch nehmen, demokratisch zu sein, wenn sie keine freien und unabhängigen Gewerkschaften mit dem Recht auf Streik zuläßt. Gerade jetzt, in einer Phase sich anbahnender wirtschaftlicher Neugestaltung, brauchen die arbeitenden Menschen Schutz ihrer Interessen durch freie und unabhängige Gewerkschaften.

Was sie nicht gebrauchen können, sind parteiabhängige Überbürokratien, die sich aufs Jasagen und auf die Vergabe von Ferienplätzen und die Verwaltung sozialer Leistungen beschränken. Es wird sich zeigen, ob die organisatorischen Gebilde, die sich Gewerkschaften nennen, zu funktionierenden wirklichen Gewerkschaften umgestaltet werden können. Der DGB unterstützt die Entwicklung unabhängiger und freier Gewerkschaften in der Welt.“

(Rede bei der 13. Ordentlichen Bundesjugendkonferenz des DGB am 5. Dezember 1989 in Berlin)

„Es bleiben weiter gewichtige Zweifel bestehen, ob der FDGB als Gewerkschaftsbund reformierbar ist.

Für den DGB muss dies heißen: Es gilt, nicht die alten Kader des FDGB zu unterstützen, sondern neue Personen und neue Strukturen.

Und das heißt für mich: Eine wirkliche Reform des FDGB ist für mich nur über den Aufbau von Industriegewerkschaften und Gewerkschaften von unten möglich.

In diese Richtung sollten wir organisatorische Hilfe und Unterstützung bieten.“

(Ausführungen auf der Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 6. Februar 1990 zu deutschlandpolitischen Fragen)

„In der DDR wirkten die Werktätigen am Sturz des Stalinismus zwar entscheidend mit: als Republikflüchtlinge und als Feierabenddemonstranten, aber zu keinem Zeitpunkt war der Kampf gegen das SED-Regime ein Arbeitskampf. Anders als etwa in Polen entfaltete sich die DDR-Opposition

ausschließlich politisch als Demokratiebewegung, nirgends sozial als Arbeiterbewegung. Die DDR-Gewerkschaft blieb bis zuletzt Teil des Stasi-Staates und wird dafür von der Opposition mit Verachtung gestraft ...

Für den Vorwurf, der DGB habe zu lange mit Harry Tisch an einem Tisch gesessen, lassen sich im nachhinein gute Argumente finden. Nur: Ein anderes gewerkschaftliches Gegenüber gab es nicht, und gesamtdeutsche Tische waren ein rares Möbel. Hätte der DGB seinen Stuhl leer lassen dürfen? Bleibt als Faktum, dass diese Novemberrevolution bestenfalls ohne, schlimmstenfalls gegen die Gewerkschaften des Westens und des Ostens stattfand. Wird es auch ohne und gegen die Gewerkschaften weitergehen? ...

Inzwischen wächst die Erkenntnis, dass zum einen nicht beiderseitiges Abwarten, auch nicht einseitiges Vorpreschen, sondern nur gemeinsames Handeln weiterhilft; und dass es sich zum anderen nur um eine Scheinalternative handelt: Wo sich der FDGB und seine Einzelgewerkschaften reformfähig erweisen, muss kooperiert, wo nicht, muss die Neuorganisation betrieben werden.“

(Deutsche Einigung – ohne und gegen die Gewerkschaften?, in: GMH 3/90, S. 129-132, S. 129/30)

„Der Dachverband der Gewerkschaften, der FDGB, war nicht in der Lage, die notwendigen Reformen an Kopf und Gliedern durchzusetzen. Seine neu gewählten Führungspersonlichkeiten wollten es wohl auch nicht oder hatten nicht die Kraft dazu. Der DGB ist seitens der Gewerkschaften der DDR gebeten worden, auch als Dachverband demokratischer und unabhängiger Gewerkschaften in der DDR zu wirken. Wir werden diese Aufgabe in enger Abstimmung mit dem Sprecherrat der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften der DDR übernehmen.“

(Gewerkschaften in der Kritik – Rückblick und Ausblick, in: GMH 5-6/90, S. 258-262, S. 261)

„Die Herstellung der deutschen Einheit war immer eine Zielsetzung auch des DGB und seiner Gewerkschaften.

Aber: Sie stand bisher auch immer in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Notwendigkeit der Entspannungspolitik, das heißt der Politik des Gesprächs und des Ausgleichs, des Abbaus von Feindbildern – und nicht des Verwischens und Verdeckens der Gegensätze unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Miteinander reden, Gegensätze offen austragen, Feindbilder abtragen helfen – dies bildet auch die Grundlage unseres Verhältnisses zum FDGB.

Wir haben diese Kontakte immer auch als eine notwendige Rahmenbedingung angesehen, damit die Menschen beider deutscher Staaten einander näherkommen, damit humane Lösungen die Unmenschlichkeit der deutschen Teilung mildern. Die Krise der Gewerkschaften in der DDR war ebenso tief wie die des politischen Systems, dessen Teil sie waren. Der FDGB als Teil des Staats- und Parteiapparates war und ist bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diskreditiert.

Dies ist in der letzten Zeit immer klarer zu Tage getreten. Zu einer Erneuerung aus sich selbst heraus fehlte wohl nicht zuletzt auch der politische Wille.

Darum wurde auch immer klarer: Eine Kooperation mit dem FDGB kam und kommt für uns nicht in Betracht.

Aber dies ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß bei dem großen Teil der Gewerkschaften der DDR der notwendige Erneuerungsprozeß begonnen hat und deutlich sichtbar zu werden beginnt.

Wir unterstützen diesen Erneuerungsprozeß. Wir wollen handlungsfähige, demokratische, autonome und von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern akzeptierte Gewerkschaftsstrukturen in der DDR.“

(Mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht, DGB-Kongress 1990)

Fremdenhass

„Wir wissen, wohin Fremdenhaß in Form des systematisch propagierten Antisemitismus führt.

Deshalb wehren wir uns gegen jede aufkeimende Fremdenfeindlichkeit im eigenen Land.

Wir treten ein für Toleranz und Duldsamkeit gegenüber unseren Mitmenschen – egal welcher Rasse, welcher Hautfarbe oder welchem Glauben sie angehören.

Wir werden aber auch eintreten gegen Rassismus in allen Teilen dieser Welt.“

(Ansprache auf der Gedenkveranstaltung der Stadt München aus Anlass des 50. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ der Juden-Pogrome 1938 am 9. November 1988 in München)

Gemeinwirtschaft

Wir haben es „mit einer nicht zu unterschätzenden Vertrauenskrise bei den Mitgliedern gegenüber den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zu tun. Täuschen wir uns nicht: Skepsis und Kritik unserer Mitglieder richten sich in erster Linie gegen die Neue Heimat, und gegen sie ganz entschieden. Aber

Skepsis und Kritik haben auch gegenüber der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft insgesamt Platz gegriffen. Die Gewerkschaften sind seitdem, leider äußerst defensiv, unablässig gezwungen, die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen überhaupt gegenüber ihren Mitgliedern neu zu legitimieren.“
(Kurzreferat anlässlich der Sitzung des Konzernbetriebsrates der BGAG am 7. Oktober 1982 in Frankfurt/M.)

„Die Gründungsmotive waren weit überwiegend der Notwendigkeit zur Selbsthilfe entsprungen. Dies wurde durch die Beschränkung der Aktivität auf die elementaren Grundbedürfnisse wie angemessener Wohnraum, ausreichende Versorgung des täglichen Bedarfs, Versicherungsschutz vor Wechselfällen von Leben und Arbeit, deutlich.

Für die Aktivität auf diesen Gebieten wurden Organisationsformen gewählt, die dem Selbsthilfegedanken entsprachen, ich erinnere zum Beispiel an die der Konsumgenossenschaften. Die Interessen der Personen, die an der Einrichtung dieser Selbsthilfeorganisationen beteiligt waren, waren weitgehend die gleichen.

Bei den Genossenschaften und Vereinen waren die Kapitalgeber und die Kunden darüber hinaus zum Teil auch die Mitarbeiter weitgehend die gleichen.“
(Sitzung des Hans-Böckler-Kreises am 20. Oktober 1982)

„Insgesamt heißt das Ziel: Wir haben die Aufgabe, den uns verbleibenden Bereich der Gemeinwirtschaft so zu ordnen, daß er nicht mehr zu einer Belastung der Gewerkschaften werden kann.

Wir sind in einem Maße verletzlich geworden, wie das im Interesse unserer originären Aufgaben nicht vertretbar erscheint.“

(Referat auf der Betriebsrätevollkonferenz des DGB am 6. November 1986 in Düsseldorf)

Gemeinwohl

„Gemeinwohl ist für uns das Wohl der arbeitenden Menschen und ihrer Familien und damit das Wohl der großen Zahl der Bürger in unserem Land. In diesem Sinne sehen wir Gewerkschafter uns auch und gerade dem Gemeinwohl verpflichtet.“

(Grundsatzreferat DGB-Kongress 1982, S. 343)

Gerechtigkeit

„Allen Schwierigkeiten zum Trotz, Gerechtigkeit praktisch werden zu lassen,

sei es in Politik oder Gesellschaft, Wirtschaft oder Staat: Der ethisch-moralische Anspruch, dass nicht nur Unrecht, sondern auch Ungerechtigkeit nicht sein darf, muss als Stachel im dicken Fell der jeweils herrschenden Verhältnisse unbedingt erhalten bleiben. Hellhörig und unnachsichtig gilt es zu reagieren, sobald die Gerechtigkeitsforderung als lästig, das reibungslose Funktionieren störend, zurückgewiesen oder gar als ein Ausdruck des Neides unzufriedener Zeitgenossen gebrandmarkt wird. Eine Gesellschaft, die sich der Auseinandersetzung über die Gerechtigkeit ihrer Verhältnisse unter dem Hinweis auf ihre Funktionstüchtigkeit verweigert, hat etwas zu verbergen: nämlich die Opfer dieses Funktionierens.

Ist der Begriff Gerechtigkeit erst einmal so zurechtgestutzt, dass er nur noch soviel wie Leistungsgerechtigkeit bedeutet, dann verliert er seine Gültigkeit für alle, die – nach herrschenden Maßstäben – nichts mehr „leisten“ können, zum Beispiel weil sie arbeitslos, alt oder krank wurden. Dann erscheint es auch plötzlich, wenn schon nicht gerecht, so doch zumindest „funktionsgerecht“, wenn die „Leistungsträger“ nicht mit Solidaropfern belastet werden, denn von ihrer „Leistungsbereitschaft“ hängt doch alles ab. Und schon sind wir mittendrin in der Logik der feinen Leute: Gerechtigkeit ist leistungsfeindlich. Die Armen arbeiten nichts, wenn man ihnen etwas gibt; die Reichen arbeiten nur, wenn sie immer mehr bekommen. Mit dieser Logik wird dann sogar die Super-Steuerreform noch zu einem Akt der Gerechtigkeit.“ (Gerechtigkeit als Maßstab, in: GMH 4/88, S. 193-195, S. 194)

Gesundheitsreform

„Die Notwendigkeit einer Reform des Gesundheitswesens ist unumstritten. Solange aber im wesentlichen nur höhere Selbstbeteiligungen und reduzierte Kassenleistungen vorgesehen sind, kann nicht von einer – womöglich auch noch mittelfristig tragfähigen – Reform des Gesundheitswesens, sondern nur von Kostenverlagerungen innerhalb der Versicherten und Kranken geredet werden. Im Ergebnis sind nicht nur die sogenannten Anbieter – Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser – die lachenden Dritten. Vielmehr bleiben auch die kostentreibenden Strukturen vom Grundsatz her unverändert.“ (Einführendes Statement auf der Pressekonferenz am 31. August 1988)

Gewerkschaften/Gewerkschaftspolitik

„Selbstverständlich sind Gewerkschaften Gegenmacht, Gegenmacht nämlich zu Unternehmermacht; das zeigt sich doch bei jeder Tarifverhandlung. Unternehmermacht gründet sich auf die Verfügungsgewalt über Produkti-

onsmittel und Arbeitsplätze; die Gegenmacht der Gewerkschaften resultiert aus dem freiwilligen Zusammenschluss der Arbeitnehmer und aus der von ihnen geübten Solidarität.“

(Grundsatzreferat DGB-Kongress 1982, S. 330)

„Die Tarifautonomie, die den Tarifvertragsparteien Freiheit bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen lässt, überträgt auch den Gewerkschaften eine Ordnungsaufgabe, macht die Gewerkschaften insoweit zum Ordnungsfaktor im sozialen Leben. Kein Zweifel: Die Mitbestimmung, auch wenn sie noch nicht voll verwirklicht ist, schließt Mitverantwortung ein, und Mitverantwortung integriert in Richtung Ordnungsaufgabe. Als drittes: das System der sozialen Sicherheit. Die Selbstverwaltung in diesem System, die Beteiligung von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern an dieser Selbstverwaltung, weist ebenfalls in Richtung Ordnungsfaktor, zumindest im Rahmen dieser Selbstverwaltung.“

(Grundsatzreferat DGB-Kongress 1982, S. 332)

„Für uns Gewerkschafter galt und gilt, dass wir Gewerkschafter Politiker nicht nach ihrem taktischen Vermögen beurteilen, sondern einzig und allein daran messen, was an konkreter Politik am Ende herauskommt. Das bedeutet: Jede Politik, die nach unserer Einschätzung als sozial unausgewogen und beschäftigungspolitisch verfehlt anzusehen ist, wird von uns Gewerkschaftern auch fernerhin so genannt werden. Dabei gilt für uns als unverrückbarer Maßstab: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein sozialstaatliches Gebot allerhöchster Priorität, ohne daß dadurch etwa die Unternehmer aus ihrer Verpflichtung zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen entlassen wären!“

(Grußwort anlässlich des Außerordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft ÖTV am 29. September 1982 in Wiesbaden)

„Es war, ist und bleibt Ziel gewerkschaftlicher Politik, den Arbeitnehmern immer neue individuelle Freiheitsräume zu öffnen ... Das gegenwärtige Dilemma liegt darin, dass es den Gewerkschaften unter den Belastungen der Krise nicht hinreichend gelingt, objektiv mögliche Veränderungen der Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie wirklich (zumindest auch) den Arbeitnehmern und eben nicht nur den Arbeitgebern mehr Freiheit und Selbstbestimmung bringen. Weil sie deshalb eher dazu neigen, die vorhandenen Arbeitsbedingungen zu verteidigen, erwecken die Gewerkschaften heute bei oberflächlichen Betrachtern den Verdacht, sich zu einer konserva-

tiven Kraft entwickelt zu haben.“

(Fortschritt – gegen, ohne oder durch die Gewerkschaften?, in: GMH 1/85, S. 1-19, S. 13)

„Die Demokratie braucht starke und unabhängige Gewerkschaften und eine funktionierende Tarifautonomie. Die Demokratie braucht Gewerkschaften, die stark genug sind, um die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, die aber auch stark genug sind – und das ist die Kehrseite – Kompromisse zu schließen und diese Kompromisse auch zu vertreten.“

(Referat anlässlich der Vorstellung des Buches zur Geschichte der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten am 28. November 1985 in Hamburg)

„Sind die Gewerkschaften tatsächlich die „Dinosaurier des Industriezeitalters“, die nur noch jenen Teil der Menschen repräsentieren, deren Anteil an der Bevölkerung im Zuge des technologischen und Werte-Wandels immer kleiner wird?

Nicht zu übersehen ist, dass der Organisationsgrad der Gewerkschaften bei einigen Arbeitnehmergruppen trotz der Mitgliederzuwächse der letzten Jahre noch immer unbefriedigend ist. Besonders gilt dies für Jugendliche, für Frauen, für Angestellte und für Beschäftigte in kleineren Unternehmen, speziell in jenen Branchen, denen die Wirtschaftsforscher eine wachsende Bedeutung vorhersagen.

Allein schon dieser Sachverhalt ist für den DGB Grund genug für die ständige Überprüfung seines Vorgehens bei der zielgruppenorientierten Ansprache potentieller Mitglieder.“

(Statement zur Einführung in die Pressekonferenz am 17. Oktober 1986 zur Veröffentlichung der Ergebnisse einer Infas-Untersuchung zum Thema „Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern“)

Gewerkschaften und Krise

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat das vergangene Krisenjahrzehnt so durchgestanden, dass sie als gesellschaftliche Kraft nach wie vor ernst genommen werden muss. Doch die Krise wirkt weiter, Massenarbeitslosigkeit als ihr hervorstechendstes Merkmal droht auf nicht absehbare Zeit zu herrschen und die Schere zwischen dem Handlungsbedarf und den Handlungsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Politik offen zu halten; nicht zu ver-

gessen, dass gleichzeitig der historisch erreichte Stand des Demokratisierungsprozesses den Arbeitnehmern und damit auch ihrer Interessenorganisation prinzipiell (den Montanbereich ausgenommen) die Möglichkeit verschließt, in privatwirtschaftliche Entscheidungen ihre Interessen mitbestimmend einzubringen. Unter diesen ungünstigen Voraussetzungen wurden und werden die Gewerkschaften mit den zusätzlichen technologischen und ökologischen Herausforderungen konfrontiert, wobei weder die zur Zeit vorherrschende konservativ-liberale noch die im Moment spektakuläre Anziehungskraft ausstrahlende grün-alternative Lösungsstrategie im Interesse der Arbeitnehmer liegen.“

(Fortschritt – gegen, ohne oder durch die Gewerkschaften?, in: GMH 1/85, S. 1-19, S. 11/12)

Gewerkschaftsgeschichte

„Die Gewerkschaften sind der festen Überzeugung, dass es sich lohnt und dass es notwendig ist, für den Erhalt des demokratischen, freiheitlichen Rechts- und Sozialstaats alles zu tun – das verbindet uns mit unseren Vorläuferorganisationen der Weimarer Republik. Sie standen in den beginnenden dreißiger Jahren zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei und Teilen des Zentrums fast allein, wenn es um die Verteidigung der Republik ging. Rechts und links war man längst zu neuen Ufern unterwegs – zum Ständestaat, zur Diktatur, zum „Dritten Reich“ oder, wie die Kommunisten, zu einer unmittelbar bevorstehenden „Revolution“ – was sie allen Ernstes behaupteten. Und als wichtigstes Hilfsmittel für diese „Revolution“ galt ihnen der Kampf gegen Sozialdemokraten und „reformistische“ Gewerkschafter – von ihnen „Sozialfaschisten“ genannt – die auf der Liste ihrer unnachgiebig zu bekämpfenden Feinde an erster Stelle platziert waren – vor den Nazis. Diese verheerende Politik der Kommunistischen Partei hat die Gewerkschaftsbewegung, hat die Republik zusätzlich geschwächt.

Entscheidender war, dass große und einflussreiche Teile der deutschen Unternehmerschaft spätestens ab 1927/28 nicht mehr bereit waren, den sozialen Ausgleich auch in der zugespitzten Wirtschaftskrise als notwendiges Grundprinzip eines demokratischen und freien Staatswesens anzuerkennen und anzustreben. Ich habe ... den Unternehmern und ihren Verbänden geraten, sich mit Rolle und Politik ihrer Vorgänger vor 50 Jahren ebenso selbstkritisch und konstruktiv auseinanderzusetzen, wie wir es mit unserer Vergangenheit tun.“

(Der DGB stellt sich der Geschichte, in: GMH 4-5/83, S. 193-202, S. 197/98)

„Wie auch immer das historische Urteil über die Politik der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik ausfallen mag: Die Schuld am Aufstieg des Nationalsozialismus wird man ihnen sicher nicht zuschieben können.

Es waren die Radikalen von links und rechts, die die Weimarer Republik bekämpften.

Es waren die konservativen und reaktionären Parteien und Unternehmer, die die Nationalsozialisten benutzen wollten.

Es waren die Gegner der Gewerkschaften, die die Nationalsozialisten als Sachwalter ihrer publizistischen und ökonomischen Interessen ansahen und ihnen zur Macht verhalten.

Gewerkschafter gehörten nicht zuletzt deshalb zu den Ersten, die unter der grausamen Gewalt der Nazi-Herrschaft leiden mussten. Im Widerstand und in den Konzentrationslagern haben sie unzählige Opfer hinnehmen müssen, die unvergessen bleiben.

Aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Nazidiktatur haben die Gewerkschaften ihre Lehre gezogen. Sie haben nach dem Untergang des Nazireiches die Einheitsgewerkschaft gegründet, die die zweite, die freiheitlich-demokratische Republik auf deutschem Boden von Anfang an getragen und mitgestaltet hat.“

(Rede bei der Veranstaltung „Eine Demokratie gibt sich auf“ am 30. Januar 1983 in Mülheim/Ruhr)

„Es ist ein Problem, wenn im Zusammenhang der Gedenkfeiern zum 20. Juli 1944 nur der Widerstand derer gewürdigt wird, die aus den Kreisen der konservativen „Elite“ kamen.

Damit wird man den Opfern der deutschen Arbeiterbewegung nicht gerecht; damit wird oft der „Blutzoll“ übersehen, den „kleine Leute“, Arbeiterinnen und Arbeiter, Funktionäre von Parteien und Gewerkschaften gezahlt haben. Es bleibt festzuhalten: Der Widerstand aus den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung hat früher eingesetzt als der aus anderen gesellschaftlichen Schichten, er war umfangreicher und andauernder.“

(Rede bei der Gedenkfeier für Wilhelm Leuschner am 29. September 1984 in Berlin)

Hochschule

„Wir streben ... die Kooperation mit Hochschulen an, weil schon im Anfangsstadium von Forschung und dort auch von Technologieentwicklung Vorentscheidungen fallen, die bei der Anwendung der Ergebnisse Arbeitnehmerinteressen entscheidend berühren.

Es ist auch eine Aufgabe der Hochschulen, diese Arbeitnehmerinteressen von Anfang an zu berücksichtigen.

Deshalb muß die Kooperation Hochschule/Gewerkschaften einen ähnlichen Raum erhalten, wie ihn schon bisher der Wissenstransfer von Hochschulen in Richtung Unternehmensleitungen einnimmt.“

(GEW, Gewerkschaftstag November 1986)

Holocaust

„Der nationalsozialistische Holocaust am jüdischen Volk ist einzigartig in der Geschichte der Menschheit. Er geschah im deutschen Namen von Deutschen. Dies ist eine unumstößliche Wahrheit, und kein historischer Vergleich kann die deutsche Schuld, die damit verbunden ist, relativieren oder gar tilgen.“

(Ansprache bei der internationalen Gedenkfeier des DGB zum 50. Jahrestag der „Nacht der Schande“ am 9. November 1988 in Dachau, in: GMH 10/88, S. 645/46, S. 645)

Krisen

„1. Krisen – das zeigt die geschichtliche Erfahrung – sind Quellen für zweierlei: Sie leiten Wasser auf die Mühlen konservativer Politiker und sie leisten in Kreisen der Bevölkerung resignativen Tendenzen Vorschub. Beidem muß begegnet werden: der konservativen Politik und der Resignation.

2. Der konservativen Politik können wir nur wirksam begegnen, wenn wir eben nicht resignieren, sondern aktiv bleiben. Ein Gewerkschaftsmitglied, das glaubt, auf konservative Politik mit dem Austritt aus der Gewerkschaft antworten zu müssen, schwächt eine wesentliche gesellschaftliche Kraft, die sich der konservativen Politik entgegenstellt – und damit seine eigene Interessenvertretung.

3. Gewerkschaften sind nicht verantwortlich für politische Entscheidungen in Bonn; sie können bestenfalls den Versuch unternehmen, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Politische Entscheidungen sind aber nur wirkungsvoll zu beeinflussen, wenn wir Gewerkschafter geschlossen und nachdrücklich auftreten.“

(Bericht vor dem DGB-Bundesausschuss am 8. September 1982 in Düsseldorf)

Medienpolitik

„Es geht den Kritikern des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in unserem Lande heute nicht mehr allein darum zu kritisieren. Sie wollen das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem unterlaufen. Vorgesehen ist eine Änderung unseres Informationssystems von Grund auf. Und zwar unter dem Vorzeichen größter Informationsfreiheit für den Einzelnen, an der wir allerdings Zweifel hegen.“

(Referat anlässlich des 12. ord. Gewerkschaftstages der RFFU am 9. November 1982 in Lahnstein)

„Mit dem Einzug der Verleger in das damit privatisierte Fernsehen existiert die bisherige publizistische Gewaltenteilung von privatwirtschaftlicher Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk nicht mehr. Eine weitere enorme Machtzusammenballung im Verlagsbereich ist absehbar. Der Ruf nach Chancengleichheit von Verlegerseite in dieser Frage ist absurd, es stellt die Dinge und deren verfassungsmäßige Grundlage, nämlich Artikel 5 Grundgesetz – das Recht der freien Meinungsäußerung für jedermann – auf den Kopf.“

(Statement zum „Königsteiner Gespräch“ am 24. Januar 1984 in Königstein)

Mitbestimmung

„Die Mitbestimmung des Betriebsrates muss auf alle Angelegenheiten der Personalpolitik einschließlich der Personalplanung und ihrer Verzahnung mit der Unternehmensplanung, auf alle Maßnahmen der betrieblichen Berufsausbildung und auf alle Bereiche der Gestaltung der Arbeitsbedingungen ausgedehnt werden. Ferner muss der Betriebsrat stärker an den wirtschaftlichen Angelegenheiten beteiligt werden, und seine Informationsrechte sind wesentlich auszuweiten.“

(Mitbestimmungsinitiative: Abbau der Arbeitslosigkeit – Demokratisierung der Wirtschaft, in: GMH 10/82, S. 593-602, S. 598/99)

Der DGB sieht „die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft im Zusammenhang und begreift die Mitbestimmung als ein umfassendes Prinzip zur Demokratisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen und damit auch zur Verän-

derung der gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt“.

(Mitbestimmungsinitiative: Abbau der Arbeitslosigkeit – Demokratisierung der Wirtschaft, in: GMH 10/82, S. 593-602, S. 600)

„1. Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in der Wirtschaft bildet eine Einheit. Das heißt konkret: Die Montan-Mitbestimmung zu sichern, ist nicht eine Angelegenheit, die nur auf diesen Bereich bezogen wäre; vielmehr geht es darum, allen Arbeitnehmern klar zu machen, dass die Montan-Mitbestimmung und deren Sicherung nicht isoliert betrachtet werden kann.

2. Entscheidend wird es sein, den Arbeitnehmern die Bedeutung der Mitbestimmung für die eigene Interessenlage zu verdeutlichen. Das heißt konkret: Alle Arbeitnehmer müssen wissen, dass die Wahrung ihrer Interessen und Erhaltung zum Beispiel der beruflichen Qualifikation und zufriedenstellender Arbeitsplatz-Bedingungen mit Mitbestimmung auf allen vier Ebenen mittelbar oder unmittelbar zusammenhängt.“

(Kurzreferat anlässlich der Sitzung des Gewerkschaftsrates der SPD am 18. April 1983 in Bonn)

„Wir halten an dem Ziel fest, Wirtschafts- und Sozialräte im Bund, in den Ländern und Regionen einzurichten. Aber wir machen uns über die Möglichkeit, diese Forderung alsbald durchzusetzen, keine Illusionen.

Deshalb schlagen wir eine Reihe von Zwischenabschnitten vor: wir wollen eine gleichgewichtige Besetzung der Entscheidungsgremien von Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die nicht unwichtige öffentliche Aufgaben wahrnehmen.

Wir wollen darüber hinaus dort, wo es sich anbietet, Branchenausschüsse einsetzen, um besondere Strukturprobleme, wie in der Stahlindustrie, gemeinsam lösen zu können.

Und wir wollen Strukturräte – mit zunächst begrenzten Aufgaben –, um unsere struktur-, regional- und technologiepolitischen Vorstellungen zur Geltung zu bringen.“

(Einleitende Bemerkungen in der Sitzung des Gewerkschaftsrates der SPD am 28. November 1984 in Bonn)

„Wozu dient, wozu soll dienen Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in der Gesamtwirtschaft? Auf diese Frage sind, je nach den spezifischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten, unterschiedliche Ant-

worten denkbar, und es ist wichtig, dass die „Anwendungsbereiche“ von Mitbestimmung phantasievoll und innovativ ausgeschöpft werden. Bisher haben sich Anwendungsbereiche wie die Humanisierung der Arbeit, die berufliche Weiterbildung, aber auch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen bewährt. Ein zukunftsträchtiges weiteres Feld muss und wird die Technologiepolitik sein.“

(Vor neuen Herausforderungen – Eine Bilanz zum DGB-Bundeskongress, in: GMH 5/86, S. 257-269, S. 265)

Neonazismus

„Wir Gewerkschafter sagen dem Neonazismus, in welcher Form er auch immer sein scheußliches Haupt erhebt, den Kampf an. Ohne außer acht zu lassen, was sich im angeblich linken Extremismus tut: Den Neonazis setzen wir ein unmißverständliches „Nie wieder!“ entgegen. Wir fordern das Verbot und die Auflösung aller neonazistischen Organisationen, das Verbot aller ihrer Propagandamaterialien in Form von Büchern, Zeitschriften und Fahnen – so, wie unsere Verfassung es vorsieht.“

(Rede bei der Gedenkfeier für Wilhelm Leuschner am 29. September 1984 in Berlin)

Neue Heimat

„Nun konnte diese Krise ja auch deshalb so tief greifen, weil das Bild der Neuen Heimat von der Öffentlichkeit und in den gewerkschaftlichen Organisationen, bei Funktionären und Mitgliedern, schon vorher durchaus widersprüchlich war. Sowohl negative Erfahrungen als auch Vorurteile haben die Neue Heimat seit langem begleitet.“

(Kurzreferat auf der Betriebsversammlung der NH – Hauptverwaltung und der NH Nord am 21. September 1982 im Congress Centrum Hamburg)

„Für mich stellt sich ... die Frage, warum nicht rechtzeitig, das heißt früher als geschehen, geschäftspolitische Konsequenzen gezogen wurden.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es, als es notwendig war, wohl am Mut gefehlt hat, fehlerhafte Prognosen einzugestehen und das Ruder herumzureißen. Eine erfolgsgewöhnte Führung hat es augenscheinlich vorgezogen, das Prinzip Hoffnung an die Stelle einer notwendigen realistischen Einschätzung zu setzen. Warnende Stimmen wurden möglicherweise nur zum Schutze persönlicher Eitelkeiten in den Wind geschlagen.

Wir müssen nachträglich auch feststellen, dass das Bild der Sicherheit noch

gemalt wurde, als es die Führung dieser Unternehmen bereits besser wusste oder zumindest gewusst haben müsste. In diesem Verstoß gegen die Pflicht zur Information und zur schonungslosen Offenlegung der tatsächlichen Lage sehe ich eine vermutliche Ursache für verloren vergangenes Vertrauen.“ (Referat vor der 12. Betriebsrätevollkonferenz der NH/NHS am 3. November 1982 in München)

Die Neue Heimat stellt „eine bleibende politische Hypothek dar, die dem Ansehen der Gewerkschaften in der Bevölkerung und selbst bei vielen Mitgliedern schadet und die sich zur hemmungslosen Agitation nutzen lässt. Daran gibt es nichts zu beschönigen und auch nicht daran, dass in dem äußerst schwierigen Sanierungsgeschäft Fehler unterlaufen und unmittelbar Betroffene sich falsch behandelt fühlen und protestieren. Grundsätzlich sei erneut in Erinnerung gerufen, dass sozialer Wohnungsbau, den die gemeinwirtschaftliche Neue Heimat jahrzehntelang betrieben hat, keine gewerkschaftliche, sondern eine öffentliche Aufgabe war und ist. Es lässt sich auch im nachhinein nicht daran deuteln, dass Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft zur Erfüllung dieser Pflicht wesentlich beigetragen haben.“ (Vor neuen Herausforderungen – Eine Bilanz zum DGB-Bundeskongress, in: GMH 5/86, S. 257-269, S. 261)

„Wir haben ... nach jahrelangen eigenen Anstrengungen bei der NH und nach sorgfältiger Abwägung der möglichen weiteren Entwicklung und der Konsequenzen aus zunehmenden Gebrauchtwohnungsverkäufen ein Konzept beraten, bei dem die Wahrung der Interessen der Mieter und der Gesellschaft an preiswertem, öffentlich gebundenem Wohnraum im Vordergrund steht.

Wir nennen dieses Konzept die Regionalisierung und verfolgen damit das Ziel, daß in Übereinstimmung mit den Ländern und Kommunen Wege aufgezeigt werden, wie der Sozialwohnungsbestand möglichst weitgehend als wohnungspolitisches Instrument erhalten bleiben kann.

Das wird in den einzelnen Bundesländern sicherlich sehr unterschiedlich aussehen.

Dabei kann die Übernahme ganzer Regionalgesellschaften oder auch der Wohnungsbestände aus Regionalgesellschaften durch Länder und Kommunen erfolgen.

Wir gehen davon aus, daß auf diesem Wege nicht nur die Interessen der Mieter, sondern insbesondere auch die der Mitarbeiter der Neuen Heimat

in höchstmöglichem Maße berücksichtigt werden können.

Wenn eine Übereinstimmung mit Ländern und Kommunen nicht erreicht werden sollte, bleibt letztlich sicher nur der Weg, die zweifellos vorhandenen Reserven an den Wohnungsbeständen bei der Neuen Heimat für die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme einzusetzen.

... Wir sehen uns vor die Entscheidung gestellt, ob es auf Dauer verantwortbar ist, aus der Vermögenssubstanz der Gewerkschaften oder aus den Beiträgen eine laufende Unterstützung für eine öffentliche, gesellschaftliche Aufgabe zu werben, wenn gleichzeitig Bund und Länder ihre Mittel für den Sozialwohnungsbau kürzen und das wirtschaftliche Risiko dem Träger solcher Unternehmen aufbürden.“

(Referat auf der Betriebsrätevollkonferenz der BfG am 6. Juni 1986 in Düsseldorf)

„Der Neuen Heimat war es trotz intensiver Bemühungen seit 1982 auf unterschiedlichen Wegen, die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen, nicht möglich, gegen den organisierten politischen Widerstand Lösungen zu erreichen. Die aus unserer Sicht beste Lösung, nämlich eine Sanierung aus eigener Kraft, ist im wesentlichen daran gescheitert, dass die von der Neuen Heimat selbst getätigten Wohnungsverkäufe auf erhebliche Widerstände bei betroffenen Mietern und in der Öffentlichkeit gestoßen sind. Die aus unserer Sicht zweitbeste Lösung, nämlich die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften in den Regionalbereichen auf die Träger der Wohnungspolitik, d.h. die Länder und Kommunen zu übertragen, sind über fast ein Jahr intensiv verhandelt worden. In der politischen Auseinandersetzung um diese wohnungswirtschaftlich vernünftige Lösung war es bis auf die Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen nicht möglich, zu insgesamt tragfähigen Lösungsvorschlägen zu kommen.

Wir haben unsererseits alle Anstrengungen unternommen, um die auf Dauer unvermeidbare schlechteste Lösung, nämlich einen möglichen Konkurs von Teilen der Unternehmensgruppe, zu verhindern.

Deswegen mussten wir uns für die aus unserer Sicht nur drittbeste Lösung entscheiden, nämlich die Neue-Heimat-Gruppe als Gesamtunternehmen mit allen Rechten und Pflichten, auch den wohnungsgemeinnützigkeitsrechtlichen Bindungen, zu verkaufen.“

(Statement im Anschluss an die Sitzung des Aufsichtsrats der Neuen Heimat am 25. September 1986 in Hamburg, in: GMH 10/86, S. 634-636, S. 635/36)

„Von wildgewordenen Politikern, die die Justiz vor ihren Karren zu spannen versuchen, werden die Arbeitnehmer ihre Gewerkschaften nicht kaputt machen lassen. Diese Gewerkschaftsbewegung fordert die Kraft, Bonner Provokationen geschlossen zurückzuweisen.

Diese Gewerkschaftsbewegung hat auch die Kraft zur Selbstkritik. Wir werden die Ereignisse um die Neue Heimat in der Gewerkschaftsorganisation weiter aufarbeiten. Wir müssen die Diskussion um die Zukunft der Gemeinschaft führen. Die bittere Notwendigkeit, die Neue Heimat an einen Privatunternehmer zu verkaufen, wird durch die Verhaftung von Alfons Lappas nicht zur umjubelten Glanzleistung. Daß der Eindruck aufkommen konnte, Alfons Lappas wolle die Aussage generell verweigern, wird durch die Verhaftung nicht zur Heldentat. Die Verhaftung aber ist und bleibt ein Skandal allererster Güte.“

(Statement bei der Pressekonferenz am 2. Oktober 1986 in Hannover)

„Unsere politischen Gegner haben die Möglichkeit, uns fast nach Belieben vorzuführen: Einmal als durchtriebene und trickreiche Oberkapitalisten, im nächsten Atemzug als unfähige Gewerkschaftstöpel und als Intermezzo kommt die Mitleidstour, weil man ja starke Gewerkschaften brauche in diesem unserem Lande. Es kann kein Zweifel sein: Wir kommen aus der desolaten Lage, in die wir – auch aus eigener Schuld – durch die Neue Heimat geraten sind, nicht ohne schwere Schrammen heraus – aber wir kommen heraus.“

(Ansprache zur Eröffnung des Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 16. November 1986 in Osnabrück)

„Ich verstehe den Zorn all der Kolleginnen und Kollegen, die sich beschimpfen und verhöhnen lassen müssen für Entwicklungen und Vorgänge, die sie selbst nicht zu verantworten, nicht gewollt und nicht einmal gekannt haben.

Ich verstehe den Zorn und die Empörung, aber ich habe nichts anzubieten, um sie zu mildern; es sei denn den Hinweis, daß es nicht nur anstrengend ist, Gewerkschafter zu sein und zu bleiben: DGB-Vorsitzender zu sein und zu bleiben, ist derzeit auch nicht das bequemste aller Ämter.

In Politik und Publizistik sind die Stimmen unüberhörbar, die meinen, ich sollte es mir bequemer machen. Der Rücktritt des DGB-Vorsitzenden wird – vereinzelt auch gewerkschaftsintern – mehr oder weniger direkt gefordert.

Ich bin auf diesem Ohr sehr hellhörig, denn es kann kein Zweifel sein: Ich trage die politische Verantwortung.

Daraus ergibt sich die klare Verpflichtung: Wir müssen den Karren aus dem Dreck ziehen, und ich muß mich als erster dafür einspannen lassen.“

(Grußwort auf dem Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft am 23. November 1986 in Nürnberg)

Ökologie

„Es kann ... nicht unser Ziel sein, die Beschäftigung dem Umweltschutz unterzuordnen – oder umgekehrt. Es geht doch nicht nur darum – wie immer wieder behauptet wird –, Ökonomie und Ökologie untereinander zu versöhnen. Es geht vielmehr darum, dem Wirtschaften klare Ziele vorzugeben: Wenn die Zerstörung unserer Umwelt ein lebensbedrohendes Ausmaß angenommen hat, dann muss ihr Schutz zu einem vordringlichen Ziel gemacht werden, das zu verwirklichen auch – und zu allererst – Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist.“

(Referat auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik am 6. September 1984 in Berlin)

Organisationsreform

„Es ist nicht zu leugnen, daß wir zur Zeit in einer gewissen Zwickmühle stehen: Auf der einen Seite wachsen mit den Jahren die Aufgaben, und auf der anderen Seite fehlt uns das Geld, so weiter zu machen wie bisher. Die Ursache: Unsere Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen, und das heißt, nach allem was wir sicher erkennen und erwarten können, daß wir die Ausgaben bzw. deren Zuwachs reduzieren müssen.

So wie unsere Strukturen und Ansprüche sind: Ein solcher Prozeß wird sich nur gemeinsam bewältigen lassen. Entziehen können wir uns ihm – im Interesse unserer Aufgabe – nicht. Wir müssen also sehr genau betrachten, wer im DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften welche Aufgaben erledigen kann.“

(Rede auf dem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen am 1. November 1988 in Essen)

„Es herrscht ... Einverständnis darüber, daß der DGB möglichst nicht an die Stelle der Mitgliedsgewerkschaften treten soll, daß also die unmittelbare Gewerkschaftsarbeit mit den Mitgliedern von der Dachorganisation – mit der satzungsmäßig vereinbarten Ausnahme Rechtsschutz – nicht geleistet werden soll.

Andererseits war bei allen Beteiligten ein Bewußtsein dafür vorhanden, daß der DGB kein überflüssiger Überbau der Mitgliedsgewerkschaften ist, sondern daß er eine wichtige Koordinations-, Integrations- und Repräsentationsfunktion erfüllt, und zwar auf allen drei Ebenen, den Kreisen, den Landesbezirken und dem Bund.

Einen Beleg dafür liefert z. B. der Blick über die Landesgrenzen. Daß die Gewerkschaftsbünde von manchen anderen Ländern heute deutlich mehr Schwierigkeiten haben als in der Bundesrepublik, hängt nach meiner Einschätzung auch mit der Funktionsfähigkeit ihrer Dachorganisationen zusammen. Während des gesamten Verlaufs der achtziger Jahre war ein Zuwachs an politischen Aufgaben für die Gewerkschaften zu registrieren. Auf allen drei Ebenen hat die Präsenz des DGB geholfen, mit diesen Herausforderungen zu wachsen, statt an ihnen auseinanderzubrechen. Dabei ist für den DGB immer klar: Das Dach kann seine Funktion nicht erfüllen ohne die Stabilität der tragenden Teile.“

(Statement bei der Pressekonferenz des DGB am 9. Mai 1989 in Mannheim)

Privatisierung

„Wir wenden uns gegen die Privatisierung öffentlicher Güter- und Dienstleistungsangebote in Bund, Ländern und Gemeinden, gegen den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen und gegen den Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst bedeuten mehr Arbeitslosigkeit und schlechtere Arbeitsbedingungen, bedeuten Abbau sozialer Dienstleistungen und letztendlich Verlust an Lebensqualität für breite Schichten der Bevölkerung.“

(Grußwort zur Eröffnung des 10. Gewerkschaftstages der ÖTV am 17. Juni 1984 in München)

Rationalisierung

„Wir werden ... die Frage neu stellen müssen, zu wessen Nutzen rationalisiert wird. Man kann mit neuen Technologien Arbeitsplätze abbauen, aber auch die Arbeitszeit verkürzen. Statt Kurzarbeit oder Entlassungen können Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung der Arbeitnehmer ergriffen werden. Man kann die Arbeit monotoner, aber auch vielseitiger gestalten, das Wissen und die Erfahrung der Arbeitnehmer vermehren, ihnen Entscheidungsspielräume eröffnen, durch Gruppenarbeit mehr Abwechslung und soziale Kon-

takte herstellen, kurz: die Arbeit humanisieren und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze schaffen bzw. ihren rigorosen Abbau verhindern. Das von den Gewerkschaften geforderte qualitative Wachstum bezieht sich auch auf diese Ebene.“

(Mitbestimmungsinitiative: Abbau der Arbeitslosigkeit – Demokratisierung der Wirtschaft, in: GMH 10/82, S. 593-602, S. 598)

Solidarität

„Solidarität ... ist ... nicht nur eine Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung. Solidarität ist ... auch die grundlegende Idee unseres rechts- und sozialstaatlich verfassten Gemeinwesens. Auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land müssen zusammenstehen, zusammenstehen wahrlich nicht im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft; zusammenstehen aber in dem Sinne, dass unser Gemeinwesen nur funktioniert, wenn jeder einzelne bei dem, was er tut oder zu tun unterlässt, auch die Belange aller anderen im Auge behält.

Es ist eine Wahrheit: Viele von denjenigen, die hohe Einkommen beziehen, die zufriedenstellende Arbeit und angenehme Wohnungen haben, scheinen am wenigsten bereit zu sein, zur Finanzierung dessen beizutragen, was den sozial Schwächeren, den Arbeitslosen aus von ihnen selbst nicht verschuldeter Notlage helfen könnte.“

(DGB-Kongress 1982)

Solidarnosc

„Uns ist noch sehr bewußt, wie die polnischen Arbeiter an der Ostseeküste und in anderen Teilen des Landes im Sommer 1980 ihren Streik führten. Es begann mit Forderungen nach besseren materiellen Bedingungen. Doch sehr schnell kamen politische Forderungen dazu, voran die nach der Möglichkeit, eine unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft zu gründen.

Ihr habt durch diese Streiks die Staatsmacht gezwungen, eure Forderungen in den Abkommen mit den überbetrieblichen Streikkomitees zu akzeptieren. Die Gründung der Solidarnosc 1980 löste auch bei uns die Hoffnung aus, daß es auch unter totalitär kommunistischer Herrschaft möglich ist, Gewerkschaftsfreiheit durchzusetzen.“

(Statement vor dem Bundesausschuss anlässlich des Besuches des Solidarnosc-Vorsitzenden, Lech Walesa, am 6. September 1989 in Düsseldorf)

Sozialstaat

„Mit dem Sozialstaatspostulat wurde dem demokratischen Prinzip der bürgerlichen Revolution das Prinzip der sozialen Verpflichtung hinzugefügt. Gleichwohl hat es – und dies bis heute – nie an Versuchen gemangelt, dies zu leugnen und den Staat auf eine Nachwächterrolle in einer rein marktwirtschaftlich verfaßten Wirtschaftsordnung festzunageln.

Wir setzen diesen Verbiegungsversuchen jedoch unsere Auffassung und die ständige Rechtsprechungspraxis des Bundesverfassungsgerichts entgegen. Das höchste Gericht unseres Staates hat nochmals – zuletzt zum Mitbestimmungsgesetz 1976 – festgestellt, daß das Grundgesetz keine unmittelbare Festlegung und Gewährleistung einer bestimmten Wirtschaftsordnung enthält.

Daß das Sozialstaatsgebot Verfassungsrang hat, kommt auch in einzelnen Gesetzen zum Ausdruck.“

(Festansprache auf dem Bezirkstag der Deutschen Postgewerkschaft Koblenz/Trier am 22. Mai 1989 in Mainz)

SPD und Gewerkschaften

„Die Generation der Enkel in der SPD, die in Sachen Ökologie Wichtiges auf den Weg bringt, legt großen Wert auf ihre Unabhängigkeit, auch auf ihre Unabhängigkeit von den Gewerkschaften. Ich habe nichts dagegen, solange sie darauf achtet, daß sie nicht gewollt oder ungewollt in das Fahrwasser anderer Abhängigkeiten gerät. Mich stört allerdings, daß einige so tun, als sei die Interessenorganisation der Arbeitnehmer die Organisation in unserem Land, vor der sich Sozialdemokraten besonders in Acht zu nehmen hätten.

...

Die SPD hat immer dann schlecht dagestanden, wenn sie für Arbeitnehmer nur noch das kleinere Übel war. In diesen Situationen ist es aber auch den Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften nie gut gegangen.“

(Grußwort an den 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik am 4. September 1988 in Karlsruhe)

Streik und Aussperrung

„Zum Recht auf Arbeit gehört das Recht auf Streik. Beide sind Kernbestandteile einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Aussperrung und Verweigerung von Kurzarbeitergeld dagegen sind das eiskalte Kalkül einer Minderheit von wirtschaftlich Einflussreichen, die selbst kein persönliches Risiko eingehen.“

(Rede auf einer Kundgebung in München am 26. Juni 1984)

Tarifpolitik

„Selbstverständlich ist und bleibt die Tarifpolitik das Herzstück gewerkschaftlicher Arbeit. Hier besitzen die Gewerkschaften unmittelbare Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten. Über die Tarifpolitik verfolgen die Gewerkschaften das Ziel, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer einschließlich der Einkommen zu sichern und zu verbessern. Sie wollen hier aber auch ihren Beitrag dazu leisten, Arbeitsplätze zu erhalten und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wichtigstes Mittel dazu bleibt die Arbeitszeitverkürzung, in welcher Form auch immer.

Die Tarifautonomie besitzt für die Gewerkschaften einen zentralen Stellenwert. Sie gegen jegliche Verstöße zu sichern, bleibt eine wichtige Forderung, die sich auch an Parteien und Regierungen richtet.“

(Die Wahlprüfsteine '83, in: GMH 2/83, S. 65-70, S. 66)

Teilzeitarbeit

Wir müssen „über eine Ausgestaltung und die stärkere Absicherung der Teilzeitarbeit nachdenken. Wir können den Wunsch vieler unserer Mitglieder, eine Teilzeitstelle anzunehmen, nicht einfach ignorieren. Und wir können vor allem die, die freiwillig oder unfreiwillig ein Teilzeitarbeitsverhältnis eingegangen sind, nicht ihrem Schicksal – und das heißt: erhöhter sozialer Unsicherheit – überlassen.

Die Richtschnur unserer Bemühungen muss sein, daß die Arbeitnehmer die Lage und Verteilung ihrer Arbeitszeit möglichst weitgehend nach ihren individuellen Bedürfnissen bestimmen können und die Dauer ihrer Arbeitszeit so bemessen ist, daß das Arbeitsentgelt zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts ausreicht.“

(IG Chemie-Papier-Keramik, Gewerkschaftstag September 1984)

Terrorismus

„Der neu erlebte Terrorismus in unserem Land muß wirksam bekämpft werden. Seine Opfer sind unschuldige Mitbürger, deren Recht auf Leben und Unversehrtheit geschützt werden muß. Aber auch hier reichen die Gesetze aus. Es macht kaum Sinn, unsere Sicherung durch Einschränkung von bürgerlichen Freiheitsrechten erkaufen zu wollen.“

(Grußwort an den Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Polizei am 12. November 1986 in Mannheim)

UdSSR-Gewerkschaften

„Für mich waren die Gespräche mit sowjetischen Kolleginnen und Kollegen immer bedeutungsvoll und wichtig, denn durch sie wurde bestätigt, daß die bilateralen Beziehungen zwischen unseren beiden Organisationen nicht unwesentlich zur Verbesserung der allgemeinen politischen deutsch-sowjetischen Beziehungen beigetragen haben. Ohne die aus diesen Beziehungen resultierenden positiven Ergebnisse wäre aber die politische Entwicklung zwischen Ost- und Westeuropa mit Sicherheit anders – wahrscheinlich frostiger – verlaufen.

Vieles hat sich seit meinem ersten Besuch im März 1972 in Moskau – ich war damals als Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft Mitglied einer DGB-Delegation – verändert.

Auch unsere gewerkschaftlichen Beziehungen sind seit dieser Zeit verschiedenen Belastungen ausgesetzt gewesen – Belastungen, deren Ursachen nicht im gewerkschaftlichen Bereich gelegen haben und liegen.

Wenn wir zurückblickend trotzdem mit dem Erreichten zufrieden sein können, so wahrscheinlich deshalb, weil wir uns von Anfang an darauf beschränkt haben, unbeschadet der fortbestehenden Systeme und trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten zu einigen gewerkschaftlichen und politischen Fragen das Mögliche, das tatsächlich Machbare, anzustreben.

Diesen Weg sind der Deutsche Gewerkschaftsbund und die deutschen Gewerkschaften – langsam – aber unbeirrbar gegangen. Die dabei erzielten Erfolge wirken – isoliert betrachtet – nicht immer sehr aufregend.

...

Ich glaube: Die Phase des reinen Austausches von Freundlichkeiten – wo man ausschließlich besorgt war, einander nicht zu verletzen und zu überfordern – dürfte überwunden sein.

In unserem heutigen und in künftigen Gesprächen sollte es uns deshalb auch möglich sein, über Dinge zu sprechen, bei denen wir unterschiedlicher Auffassung sind, ohne uns die offenen Worte nachzutragen.

Schließlich ... leben wir in unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen, und daraus ergeben sich auch für die Gewerkschaften unterschiedliche Aufgaben und Sachzwänge.“

(Ausführungen über die wirtschaftliche, soziale und gewerkschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland anlässlich des Besuches des Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR, Stepan Schalajew, am 30. Juli 1986 in Düsseldorf)

USA-Gewerkschaften

„Die Hilfe amerikanischer Gewerkschafter für die Verfolgten der Nazi-Diktatur und ihre Unterstützung nach dem Kriege – dies alles ist heute Geschichte. Aber wir sollten sie nicht aus unserer Erinnerung verdrängen. Erinnern sollten wir uns daran, wo in schweren Zeiten unsere Freunde waren. Denn da werden wir sie wohl am ehesten finden, wenn wir ihrer wieder einmal bedürfen.“

(Ausführungen anlässlich der Übergabe der Schrift „Internationale Gewerkschaftssolidarität 1933 - 1944“ an Lane Kirkland, Präsident der AFL/CIO, im Rahmen der DGB-Bundesausschusssitzung am 5. Dezember 1984 in Düsseldorf)

Verkehrspolitik

„Wir wenden uns gegen einen Rückzug der Bundesbahn aus der Fläche. Wir wenden uns gegen einen Rückzug der Bundesbahn aus den Verkehrsverbänden in den Ballungsgebieten. Wir fordern stattdessen die Vorlage und Verwirklichung eines zukunftsweisenden Verkehrskonzeptes, in dem der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Aufbau eines leistungsfähigen Personen- und Güterverkehrs einen hohen Stellenwert einnimmt. Und dazu gehören die entsprechenden Investitionsprogramme.“

(Grußwort an den 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands am 13. Mai 1984 in Hamburg)

Wachstum

„5. Wir brauchen eine gezielte Wachstumsförderung, das heißt: Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen und mehr Auslösung von privaten Investitionen in Bereichen mit dringendem gesellschaftlichen Bedarf und großen Wachstumsmöglichkeiten. Der Umweltschutz drängt sich hier geradezu auf.“

6. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist für uns die entscheidende Flankierung einer gezielten Wachstumsförderung. Je besser eine solche Wachstumsförderung durch kooperatives Handeln der großen OECD-Mitgliedsstaaten gelingt, umso deutlicher werden auch die Arbeitsmarkteffekte der Arbeitszeitverkürzungen zu Tage treten.“

(Statement für das Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des Gewerkschaftsgipfels am 25. April 1985 in Bonn)

Wiedervereinigung

„Auch die Gewerkschaften vertreten das Ziel, die deutsche Einheit so schnell wie möglich anzustreben. Ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, unsere Unterstützung bei der Erreichung dieses Zieles zusagen, vor allem wenn dieser ganze Prozeß die Herausbildung einer allseits akzeptierten europäischen Friedensordnung fördert.

Wir sind ferner mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Meinung, dass die von Ihnen der DDR angebotene Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft grundsätzlich ein wichtiger Schritt ist. Sie ist ein großer Schritt hin zur deutschen Einheit, und vor allem kann sie Anstöße für die notwendige Modernisierung der Wirtschaft der DDR geben.

Für die Bürger der DDR ist sie zugleich ein wichtiges Signal, der zukünftigen Entwicklung mit größerer Zuversicht entgegenzusehen zu können.

Aber ebenso wichtig ist es auch, dass mit einer Währungsunion für die DDR die Gefahr einer zumindest vorübergehenden massenhaften Arbeitslosigkeit einhergehen kann. Ferner drohen gravierende soziale Folgeprobleme.“

(Statement für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 20. Februar 1990 zum Thema „Hilfe für die DDR“)

Wissenschaft

„Wissenschaft ist nicht wertfrei und nicht neutral, sondern sie trägt gesellschaftspolitische Verantwortung, weil sie in vielfacher Weise Wege in die Zukunft weist.

Dies umso mehr in einer Phase der technologischen Entwicklung, in der ein entscheidender Fehler hunderttausende von Menschen, ja die Menschheit, gefährden kann.“

(GEW, Gewerkschaftstag November 1986)

Lebenslauf Ernst Breit

- 20.8.1924 geboren in Rickelshof, Kreis Dithmarschen, Realschule
- 1941 Postinspektor-Anwärter
- 1941-1945 Kriegsdienst und -gefangenschaft
- 1946-1949 Postdienst und Mitglied in dem Vorgängerverband der erst 1949 bundesweit gegründeten Deutschen Postgewerkschaft (DPG)
- 1950 Postinspektor
- 1948-1956 örtlicher und bezirklicher Betriebsrat in Holstein
- 1956 Bezirkspersonalrat der Oberpostdirektion Kiel
- 1953-1959 ehrenamtliches Mitglied im DPG-Hauptvorstand
- 1956 Mitglied der SPD
- 1959-1971 Vorsitzender des Hauptpersonalrates im Bonner Postministerium
- 1965 Beisitzer der Gruppe „Beamte“ im Geschäftsführenden Hauptvorstand der DPG
- 1971-1982 Vorsitzender der DPG
- 1975 Vizepräsident der Internationale des Personals der Post-, Telegrafien- und Telefonbetriebe (IPTT)
- 1978-1981 Präsident der IPTT
- 1982-1990 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
- 1985-1991 Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)
- 1988-2003 stellv. Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Über die Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14-tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft.

Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon: 02 11/7778-0
Telefax: 02 11/7778-225
www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.